Gutachten

über die

voraussichtliche Gebarung der

gesetzlichen Pensionsversicherung

in den Jahren 2025 bis 2030

gemäß

§ 2 Abs. 1 Z 1 Alterssicherungskommissions-Gesetz

Wien, November 2025

(Beschluss durch die Alterssicherungskommission am 28.11.2025)

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 2

2 Voraussetzungen 4

2.1 Gesetzliche Grundlagen 4
2.2 Datenquellen 5

3 Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung, Bundesbeitrag, Bundesmittel 6

3.1 Beiträge für Teilversicherte 9
3.2 Partnerleistung 10
3.3 Bundesbeitrag für Erhöhung der Beitragsgrundlage im BSVG 11
3.4 Beitragsübernahme bei Erwerbstätigkeit neben Pensionsbezug 11
3.5 Ausfallhaftung 11
3.6 Ersatz des Ausgleichszulagenaufwandes 12

4 Entwicklung der Bundesmittel 13

4.1 Zerlegung der Bundesmitteldynamik im Prognosezeitraum 19
4.2 Entwicklung der Ausgleichszulagen 21

5 Pensionsaufwand 24

5.1 Pensionsstand 27
5.1.1 Bestimmende Faktoren des Pensionsstandes 27
5.1.2 Zugangsvoraussetzungen in die Alterspension 30
5.1.3 Entwicklung des Pensionsstandes 32
5.1.4 Entwicklung der einzelnen Pensionsarten im Detail 35
5.2 Pensionshöhe 40
5.2.1 Pensionsanpassung 40
5.2.2 Struktureffekt 41
5.2.3 Entwicklung der Durchschnittspension 44
5.2.4 Pensionsleistungen - Pensionsbezieher 46

6 Beitragseinnahmen aus Pflichtbeiträgen 47

6.1 Zusammenhänge mit der wirtschaftlichen Entwicklung 47
6.2 Entwicklung der Pflichtbeiträge 49
6.2.1 Beitragssätze 50
6.2.2 Entwicklung des Versichertenstandes 51
6.2.3 Entwicklung der Beitragsgrundlagen 52

7 Kennzahlen 54

7.1 Pensionsquoten 54
7.2 Deckungsquoten 56

8 Zusammenfassung 58

9 Anlagen 61

9.1 Aktuelle gesetzliche Änderungen mit Auswirkung auf die Finanzierung der gesetzlichen PV .61
9.2 Rehabiliation vor Pension – „IP neu“ 64
9.3 Anpassung und Aufwertung 66
9.4 Prognoserisiken 73
9.5 Abbildungsverzeichnis 76
9.6 Tabellenverzeichnis 77
9.7 Übersichten, Tabellen und Zeitreihen 78

Abkürzungsverzeichnis

Abs. .....Absatz
AP .....Alterspensionen
APG .....Allgemeines Pensionsgesetz
Art. .....Artikel
ASVG .....Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
AWZ .....Aufwertungszahl
AZ .....Ausgleichszulage
BB .....Bundesbeitrag
BGBl. .....Bundesgesetzblatt
BIP .....Bruttoinlandsprodukt
BM .....Bundesministerium
BMF .....Bundesministerium für Finanzen
BSVG .....Bauern-Sozialversicherungsgesetz
BVAEB .....Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau
bzw. .....beziehungsweise
FLAF .....Familienlastenausgleichsfonds
FSVG .....Freiberuflichen-Sozialversicherungsgesetz
GSVG.....Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz
IP .....Invaliditätspensionen
KEZ.....Kindererziehungszeiten
KV .....Krankenversicherung
Mio. .....Millionen
Mrd. .....Milliarden
Nr. .....Nummer
NSchG .....Nachtschwerarbeitsgesetz
ÖBB .....Österreichische Bundesbahnen
PAG .....Pensionsanpassungsgesetz
PV .....Pensionsversicherung
PVA.....Pensionsversicherungsanstalt
UG21.....Budgetuntergliederung UG21 (Soziales und Konsumentenschutz)
UG22.....Budgetuntergliederung UG22 (Pensionsversicherung)
VAEB .....Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau
VPI .....Verbraucherpreisindex
WIFO.....Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

1 Einleitung

Der Bedarf der gesetzlichen Pensionsversicherung an Bundesmitteln ist - in nominellen Werten - in den letzten beiden Jahren und voraussichtlich auch heuer markant angestiegen. Allerdings belegen mehrere Kennzahlen, dass es sich dabei nicht nur um inflationsbedingte nominelle Anstiege handelt, sondern dass das Verhältnis aus Einnahmen und Ausgaben der Pensionsversicherung den Bereich verlassen hat, den man in den letzten Jahrzehnten als mehr oder minder stabiles Gleichgewicht einordnen konnte. Der Anteil der Bundesmittel an den Ausgaben des Bundes etwa, der in den Jahren nach 2015 relativ konstant im Bereich zwischen 11 und 12 % lag, ist 2023 auf fast 13% und 2024 weiter auf 14,3% angestiegen.

Im letztjährigen Gutachten war an dieser Stelle zu lesen, dass die Inflation sich zwar sehr unmittelbar auf die Entwicklung der Pensionen auswirkt, gleichzeitig aber auch die Entwicklung der Beitragseinnahmen über die kollektivvertraglichen Gehaltsverhandlungen zumindest mittelbar ebenfalls mit der Preisentwicklung in Verbindung steht. Dementsprechend wäre davon auszugehen, dass Inflation für sich genommen nicht das Hauptproblem für die Gebarung der Pensionsversicherung ist, da höheren Ausgaben auch höhere Einnahmen gegenüberstünden. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass derartige Gesetzmäßigkeiten zwar in „normalen“ Zeiten gelten, in wirtschaftlich und budgetär herausfordernden Zeiten aber ökonomischen und budgetpolitischen Notwendigkeiten weichen können. Die Pensionsanpassung 2026 liegt im Schnitt um knapp 0,4 Prozentpunkte unter der für den Anpassungsfaktor maßgeblichen Inflation. Gleichzeitig haben sowohl die Gehaltsverhandlungen der Metaller als auch jene des öffentlichen Dienstes gezeigt, dass auch Abschlüsse unter der Inflation möglich sind. Sowohl Pensionisten als auch Erwerbstätige haben damit zur Sanierung des Staatshaushaltes und zur wirtschaftlichen Erholung unter Druck geratener Branchen beigetragen. Die Annahme, dass die Inflation Pensionsaufwendungen und Beitragseinnahmen in etwa gleich starkem Ausmaß antreibt, steht damit aktuell und in den nächsten Jahren auf dem Prüfstand.

Insgesamt zeigt sich unter den Annahmen des vorliegenden Mittelfristgutachtens, dass es in den nächsten Jahren nicht zu einem Aufholprozess der Beitragseinnahmen kommen wird, da sowohl die Anstiege der Beschäftigtenzahlen als auch die Einkommensentwicklung in den zu Grunde liegenden Wirtschaftsprognosen nicht ausreichen, um die Dynamik des Pensionsaufwandes zu übertreffen. Gleichzeitig ist

aber auch festzuhalten, dass der starke Anstieg der Bundesmittel, der in den Jahren 2023 bis 2025 aufgetreten ist, sich in den Folgejahren nicht in der Stärke fortsetzen, sondern auf ein moderateres Niveau zurückkehren wird.

2 Voraussetzungen

2.1 Gesetzliche Grundlagen

Mit 1. Jänner 2017 ist das Bundesgesetz zur Einrichtung einer Kommission zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherungssysteme (Alterssicherungskommissions-Gesetz) in Kraft getreten (BGBl. I Nr. 29/2017). Darin sind die Aufgaben, die Zusammensetzung, die Geschäftsordnung und die Abdeckung der Kosten der beim Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz einzurichtenden Kommission zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherungssysteme geregelt.

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 dieses Gesetzes ist bis längstens 30. November eines jeden Jahres ein Gutachten über die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung sowie über die Kostenentwicklung der Pensionen der Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinden für die folgenden fünf Jahre zu erstatten.

Gemäß § 10 Abs. 1 sind die Bürogeschäfte zu führen:

1. bezüglich der gesetzlichen Pensionsversicherung vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz;

2. bezüglich der Pensionen der Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinden vom Bundesministerium für Finanzen (BMF).

Im vorliegenden Gutachten wird gemäß § 2 Abs. 2 die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung für die nächsten fünf Jahre dargestellt. Die Kostenentwicklung der Pensionen der Beamten ist vom Bundesministerium für Finanzen darzustellen.

Für den gesamten Prognosezeitraum wird von der geltenden Rechtslage ausgegangen.

2.2 Datenquellen

Hinsichtlich der verwendeten Wirtschaftsdaten ist die Grundlage des vorliegenden Gutachtens die Konjunkturprognose des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) vom 7. Oktober 2025. Für die Jahre ab 2027 wurde eine an Hand dieser Konjunkturprognose aktualisierte mittelfristige Prognose des WIFO verwendet.

Diese Annahmen wurden, so wie in § 10 Abs. 3 Alterssicherungskommissions-Gesetz vorgesehen, mit dem BMF abgestimmt.

Basisjahr im vorliegenden Gutachten ist das Jahr 2024, da für dieses Jahr endgültige Daten aus dem Bereich der Pensionsversicherung (unter anderem Pensionsstände, Durchschnittspensionen, Versicherte und Beiträge) und auch endgültige Gebarungsdaten vorliegen. Die Änderungsraten in den Übersichten, auf die auch im Text Bezug genommen wird, beziehen sich daher auf dieses Basisjahr. Die Projektionen im Bereich der Beamten basieren auf Lohnsteuerdaten 2023. Da es bei den Beamten keine endgültigen Vollzugsdaten 2024 gibt, wird vom BMF der Zeitraum 2025 bis 2030 dargestellt (2025 ist das zweite Prognosejahr). Zur besseren Vergleichbarkeit wurden daher im vorliegenden Gutachten in den Übersichten neben den Änderungen in den einzelnen Jahren sowohl die Gesamtänderung 2024 bis 2030 als auch jene von 2025 bis 2030 dargestellt.

Die für die Berechnungen maßgeblichen Parameter sind in der ***Übersicht 1*** zusammengefasst.

Datengrundlage der dargestellten Tabellen und Grafiken sind neben eigenen Berechnungen die Statistischen Nachweisungen und laufende Monatsdaten der PV-Träger.

Berechnungen, die eine Bevölkerungs-/Geburtenprognose erfordern, beruhen auf zum Erstellungszeitpunkt des Berichtes aktuellen Daten der Statistik Austria.

3 Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung, Bundesbeitrag, Bundesmittel

Die Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung erfolgt im Umlageverfahren, was bedeutet, dass laufende Ausgaben der Pensionsversicherungsträger durch laufende Einnahmen gedeckt werden.

Die laufenden Ausgaben werden primär durch den Pensionsaufwand bestimmt. Daneben erbringt die Pensionsversicherung aber auch Leistungen wie Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation und leistet Krankenversicherungsbeiträge für die Pensionisten.

Die laufenden Einnahmen sind im Wesentlichen die Pensionsversicherungsbeiträge der pflichtversicherten Erwerbstätigen (=Pflichtbeiträge), Beiträge für Teilversicherte und die Partnerleistung des Bundes im Bereich der Selbständigen.

Die Einnahmen liegen üblicherweise unter den Ausgaben, die Differenz wird über die Ausfallhaftung des Bundes ausgeglichen. Die Ausfallhaftung ist jedoch nicht die einzige Zahlung, die vom Bund geleistet wird. Auch einen Teil der Beitragseinnahmen der Pensionsversicherung leistet der Bund. Dabei handelt es sich um Beiträge für bestimmte Personengruppen, die der Gesetzgeber dem Bund übertragen hat. Erstens leistet der Bund Beiträge für Teilversicherte, dabei handelt es sich grosso modo um Personengruppen, die zwar nicht erwerbstätig sind, für die der Gesetzgeber aber dennoch eine Pensionsversicherung vorgesehen hat (siehe Kapitel 3.1). Zweitens leistet der Bund die Partnerleistung, die dazu dient, die von Selbständigen (Bauern und Gewerbetreibenden) geleisteten Beiträge auf das in der Pensionsversicherung übliche Niveau von 22,8% der Beitragsgrundlage anzuheben (siehe Kapitel 3.2). Seit 2020 leistet der Bund auch Beiträge für hauptberuflich im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Kinder bis zum 27. Lebensjahr, in den Jahren 2024 und 2025 auch für Personen, die nach Erreichung des Regelpensionsalters neben einem Pensionsbezug erwerbstätig sind (Beitragsübernahmen).

Der so genannte „Bundesbeitrag“ setzt sich daher zusammen aus:

- einem Teil der Beiträge für Teilversicherte (§ 52 Abs. 4 Z 1 ASVG, § 27e Z 1 GSVG, § 24e Z 1 BSVG),
- der Partnerleistung (§ 27 Abs. 2 Z 2 GSVG, § 8 FSVG, § 24 Abs. 2 Z 2 BSVG),
- dem Bundesbeitrag für Erhöhung der Beitragsgrundlage nach § 23 Abs. 6 Z 1

BSVG,

- der Beitragsübernahme für erwerbstätige Pensionsbezieher nach § 54b ASVG, § 27g GSVG bzw. § 24g BSVG und
- der Ausfallhaftung des Bundes (§ 80 Abs. 1 ASVG, § 34 Abs. 1 GSVG, § 31 Abs. 1 BSVG)

Die folgende Abbildung veranschaulicht die Finanzierungsstruktur der Pensionsversicherung. Die Darstellung beruht auf den Zahlungen des Jahres 2024.

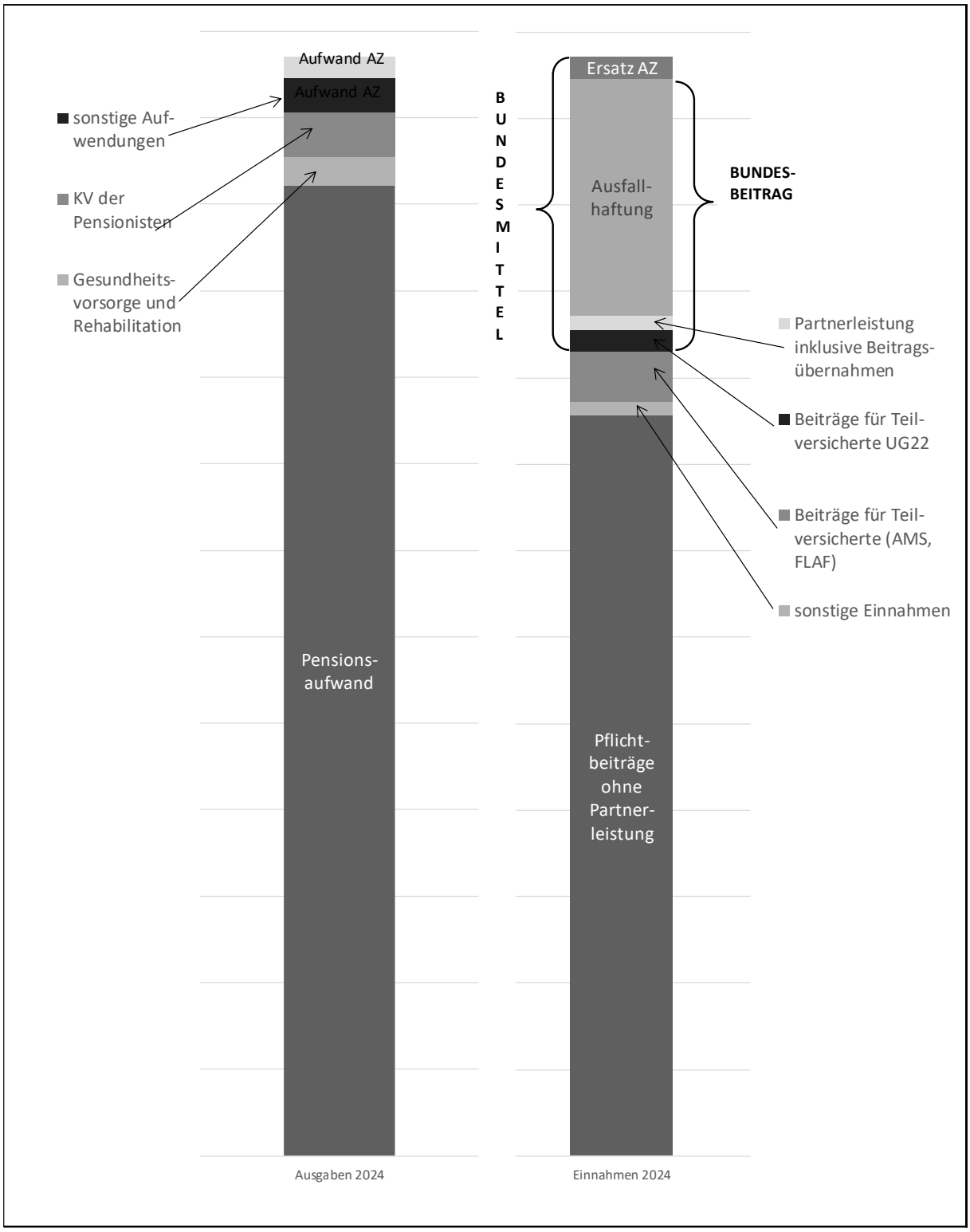


Abbildung 1: Ausgaben und Einnahmen gesetzliche Pensionsversicherung 2024

Der linke Balken stellt die Ausgabenseite der Pensionsversicherung dar, der rechte Balken die Einnahmenseite. Auf der Einnahmenseite finden sich auch jene Mittel, die aus dem Bundesbudget in die gesetzliche Pensionsversicherung fließen (Bundesmittel und jener Teil der Beiträge, die vom Arbeitsmarkservice bzw. dem Familienlastenausgleichsfonds zu leisten sind).

3.1 Beiträge für Teilversicherte

Zur Finanzierung der Beitragszeiten für Teilversicherte gemäß § 8 Abs. 1 Z 2 ASVG und § 52 Abs. 4 ASVG sowie den Parallelbestimmungen in GSVG und BSVG sind folgende Zahlungen vorgesehen:

Teilversicherte	**Tragung der Beiträge durch**
Bezieher einer Geldleistung nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, dem Sonderunterstützungsgesetz, dem Überbrückungshilfegesetz und dem Arbeitsmarktservicegesetz oder von Umschulungsgeld (berufliche Rehabilitation)	Arbeitsmarktservice (AMS)
Zeitsoldaten	BM für Landesverteidigung
Kindererziehungszeiten bzw. Bezieher des Familienzeitbonus	75% Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), 25% Bund
Bezieher von Wochengeld, Sonderwochengeld, Krankengeld, Rehabilitationsgeld (medizinische Rehabilitation), Wiedereingliederungsgeld, Übergangsgeld; Präsenz- und Ausbildungsdienstleistende, Zivildiener; (in den Jahren 2012 und 2013 auch Bezieher einer Familienhospizkarenz)	Bund (UG22 – Pensionsversicherung)
Bezieher einer Leistung aufgrund Familienhospizkarenz, Pflegekarenz, Familienhospizteilzeit oder Pflegeteilzeit	seit 2014 Bund (UG21 – Soziales und Konsumentenschutz) ARÄG 2013, BGBl. 138/2013

Insgesamt belaufen sich die Beiträge für Teilversicherte derzeit auf rund 4,1 Mrd. €. Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung der Beiträge für Teilversicherte im Jahr 2024:

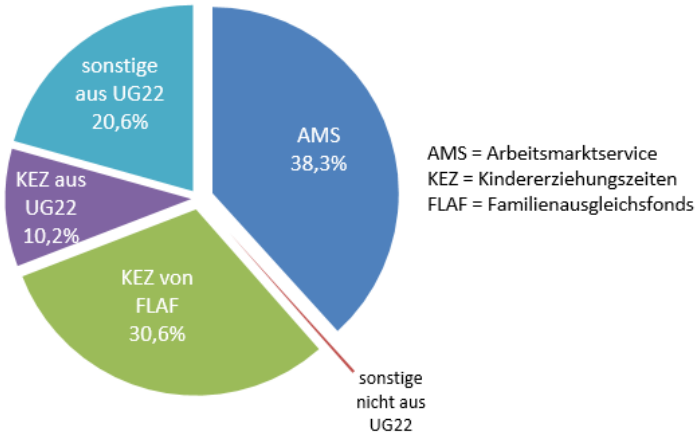


Abbildung 2: Zusammensetzung der Beiträge für Teilversicherte 2024

Die Höhe und die Entwicklung der einzelnen Zahlungsströme ist in der ***Übersicht 20*** dargestellt.

Der starke Anstieg bei der Leistung des AMS im Jahr 2020 (+42,9%) ist auf den Anstieg der Arbeitslosen von rund 301.000 im Jahr 2019 auf fast 410.000 im Jahr 2020 zurückzuführen. Die Arbeitslosenrate stieg von 7,4% auf 9,9%, sank danach aber auf 8,0% und 2022 auf 6,3%, wodurch auch die Beiträge wieder gesunken sind. Ein wesentlicher Teil des Rückgangs ab 2026 ist auf die Abschaffung des Weiterbildungsgeldes zurückzuführen

Im Bereich der Beiträge für Teilversicherte kann es immer wieder zu Nach- bzw. Rückverrechnungen kommen. Dadurch kann die Korrelation zwischen der Zahl der Begünstigten und dem finanziellen Volumen verschleiert sein, wie etwa anhand der unregelmäßigen Änderungsraten bei den Leistungen des FLAF im Beobachtungszeitraum zu sehen ist.

3.2 Partnerleistung

Versicherte nach dem GSVG, FSVG und BSVG sind selbständig, es ist somit nicht möglich, die Leistung der Pensionsversicherungsbeiträge wie im Bereich der Unselbständigen auf Dienstgeber und Dienstnehmer aufzuteilen. Der Gesetzgeber hat daher die „Partnerleistung“ vorgesehen, um die Beitragsleistung der Selbständigen auf das in der Pensionsversicherung geltende Niveau von 22,8% der Beitragsgrundlage anzuheben (§ 27 Abs. 2 Z 2 GSVG, § 8 FSVG, § 24 Abs. 2 Z 2 BSVG). Die Höhe der Partnerleistung beträgt derzeit im GSVG 4,3%, im FSVG 2,8% und im BSVG 5,8% der Beitragsgrundlage.

3.3 Bundesbeitrag für Erhöhung der Beitragsgrundlage im BSVG

Die Pensionsversicherungs-Beitragsgrundlage für hauptberuflich im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Kinder bis zum 27. Lebensjahr beträgt seit 2020 nicht ein Drittel, sondern die Hälfte der jeweiligen Beitragsgrundlage. Jener Teil des Pensionsversicherungsbeitrages, der sich aus dieser Erhöhung ergibt, ist aus Mitteln des Bundes zu tragen (§ 373 Abs. 3 BSVG).

3.4 Beitragsübernahme bei Erwerbstätigkeit neben Pensionsbezug

In den Jahren 2024 und 2025 übernimmt der Bund für Personen, die ab Erreichung des Regelpensionsalters neben der Pension einer Erwerbstätigkeit nachgehen, jenen Beitragsteil, der in der Pensionsversicherung auf die versicherte Person fällt, und zwar bis zu einer Höhe von 10,25% des doppelten Betrages der im Jahr gültigen Geringfügigkeitsgrenze.

3.5 Ausfallhaftung

Im Rahmen des Bundesbeitrages kommt der Ausfallhaftung besondere Bedeutung zu (§ 80 Abs. 1 ASVG, § 34 Abs. 1 GSVG, § 31 Abs. 1 BSVG). Während nämlich die Höhe der diversen Beitragszahlungen des Bundes (Teilversicherte, Partnerleistung, Beitragsübernahmen) von der Höhe der Beitragsgrundlage und der Größe jener Versichertengruppe abhängt, für die sie geleistet werden, ist die Ausfallhaftung als Abdeckung des Fehlbetrages konzipiert, der nach Saldierung sämtlicher Erträge und Aufwendungen der PV-Träger noch verbleibt. Die Ausfallhaftung sorgt somit dafür, dass die Pensionsversicherungsträger ausgeglichen bilanzieren. Da die Ausfallhaftung fast 87 % (2024) des Bundesbeitrages ausmacht, hängt dessen Entwicklung primär von der Ausfallhaftung und damit von der Entwicklung der Erträge und Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger ab, wobei sich die größte Wirkung aus der

- Entwicklung des Pensionsaufwandes sowie der
- Entwicklung der Pflichtbeiträge

ergibt.

Die Entwicklung des Pensionsaufwandes und der Pflichtbeiträge wird aufgrund ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Bundesbeitrages in den Kapiteln 5 und 6 ausführlich behandelt.

3.6 Ersatz des Ausgleichszulagenaufwandes

Zusätzlich zum Bundesbeitrag wird den Pensionsversicherungsträgern vom Bund auch der Aufwand für Ausgleichszulagen ersetzt (§ 299 ASVG, § 156 GSVG, § 147 BSVG) und auch jener für Pensions- bzw. Ausgleichszulagenbonus. Die Summe aus Bundesbeitrag und dem Ausgleichszulagenaufwand wird als **Bundesmittel** bezeichnet.

Die Bundesmittel in der Höhe von 17.068 Mio. € setzten sich im Jahr 2024 folgendermaßen zusammen:

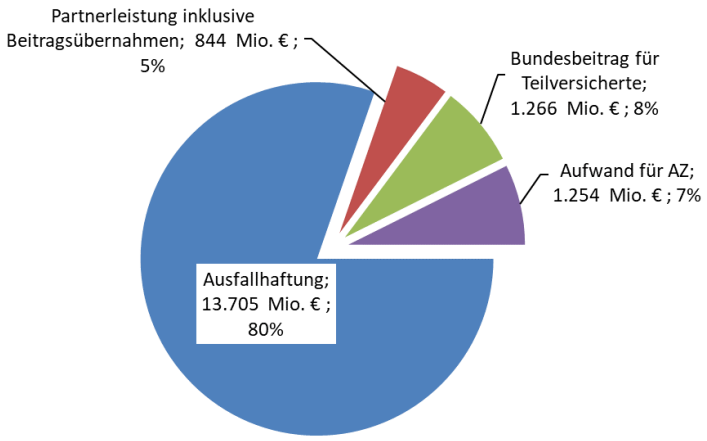


Abbildung 3: Zusammensetzung der Bundesmittel 2024

Nur rund 7% der Bundesmittel fallen auf den Aufwand für Ausgleichszulagen. Dessen Entwicklung verläuft zudem relativ stabil, sodass der bestimmende Faktor in der Entwicklung der Bundesmittel der Bundesbeitrag, und hier vor allem die Ausfallhaftung, ist. Auf die Entwicklung des Ausgleichszulagenaufwands wird im Kapitel 4.2 gesondert eingegangen.

4 Entwicklung der Bundesmittel

Nominell wird es bei den Bundesmitteln im Beobachtungs- und Prognosezeitraum voraussichtlich zu deutlich mehr als einer Verdoppelung kommen, und zwar von 9,4 Mrd. € (2018) auf 25,2 Mrd. € (2030) (***Übersicht 25***). Für das nominelle Bruttoinlandsprodukt wird im gleichen Zeitraum ein Anstieg von rund 55% erwartet, die Bundesmittel steigen also weitaus stärker an. Daher wird auch der Anteil der Bundesmittel am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stark von 2,45% im Jahr 2018 auf 4,23% im Jahr 2030 steigen, und damit deutlich über dem Ausgangswert von 2018 und auch über jenem des Jahre 2024 (3,45%) liegen (***Übersicht 28***).

Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung (starker Beschäftigtenanstieg), niedriger Inflationsraten und gebremster Zugänge in die vorzeitige Alterspension waren die Bundesmittel in den Jahren 2015 bis 2018 nominell gesunken, 2019 stiegen sie nominell nur schwach. Ihr Anteil am BIP erreichte mit 2,42% den tiefsten Wert seit 2001. 2020 bewirkte vor allem der geringe Anstieg der Pflichtbeiträge aufgrund der Corona-Krise stark steigende Bundesmittel, was den Anteil am BIP auf 2,96% erhöhte. 2021 und 2022 stiegen die Bundesmittel nominell zwar um 5,3% bzw. 7,2%, ein entsprechendes BIP-Wachstum ließ den Anteil dennoch auf 2,83% (2022) sinken. Im Jahr 2023 stieg der Anteil auf 2,96% an. Der Anstieg war vor allem auf die im Rahmen der Pensionsanpassung 2023 beschlossene Direktzahlung zurückzuführen.

Der deutliche Anstieg 2024 auf 3,45% ist durch die starke Zunahme der Pensionsaufwendungen erklärbar, die wiederum durch die inflationsbedingt hohe Pensionsanpassung und die Aussetzung der Aliquotierung der Anpassung für die Neuzugangspensionen des Jahres 2023 (in Verbindung mit den bis dato höchsten Zugangszahlen 2023) begründet werden kann.

Auch 2025 führen die hohen vorangegangenen Inflationsraten und die daraus resultierende hohe Anpassung zu stark steigenden Pensionsaufwendungen. Gleichzeitig muss unter Berücksichtigung der laufenden Beitragsdaten von einer Beitragsentwicklung ausgegangen werden, die mit dem Anstieg der Pensionsaufwendungen nicht Schritt hält. Dies ist teilweise der Einkommensentwicklung geschuldet, die mit dem Anstieg der Pensionshöhe nicht mithält, vor allem aber dem abermals äußerst dürftigen Anstieg der Versichertenzahlen. In Verbindung mit einem verhaltenen BIP-Wachstum führen diese Entwicklungen dazu, dass der Anteil der Bundesmittel am BIP

innerhalb von nur 2 Jahren von 2,96% (2023) auf 3,79% (2025) steigt.

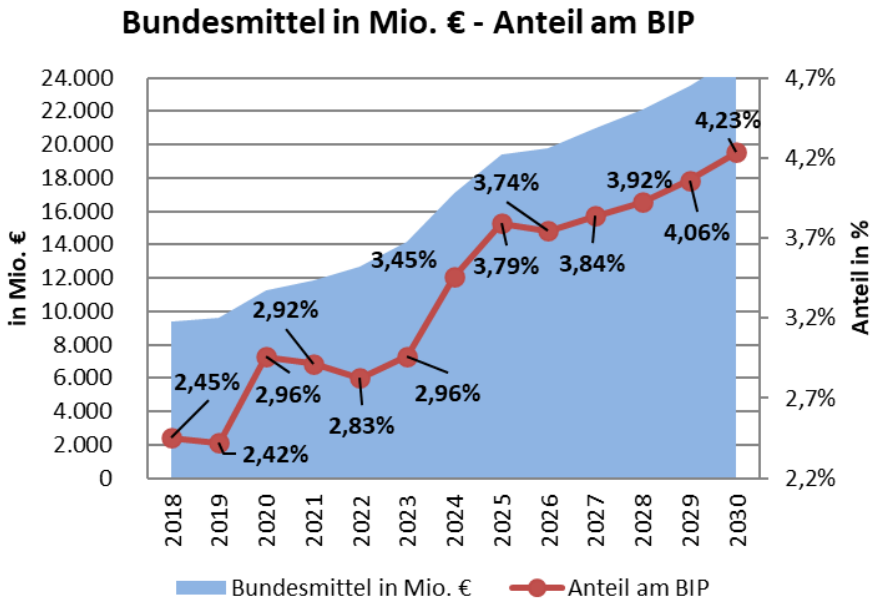


Abbildung 4: Entwicklung der Bundesmittel, Anteil am BIP

Die folgende Abbildung zeigt die jährlichen Änderungsraten der Bundesmittel.

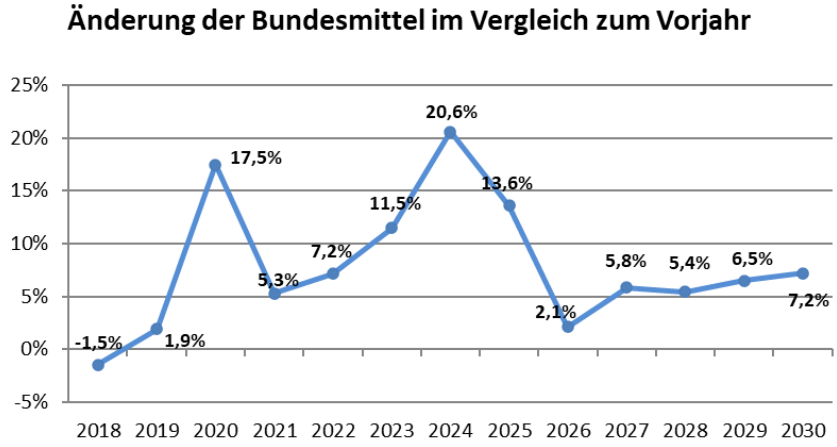


Abbildung 5: Änderung der Bundesmittel im Vergleich zum Vorjahr

Im Folgenden werden die wichtigsten Gründe für die Entwicklung der Bundesmittel in den einzelnen Jahren des Beobachtungszeitraumes herausgearbeitet und die wichtigsten Eckpunkte für die Einschätzung des Prognosezeitraumes erläutert.

- 2018: Der Trend sinkender Bundesmittel aus der unmittelbaren Vergangenheit setzte sich auch in diesem Jahr fort. Das hatte seine Ursache vor allem in einer herausragenden Beitragsentwicklung. Der immerhin seit 2013 stärkste Anstieg des Pensionsaufwands (+3,8%) wurde vom Beitragswachstum (+5,8%) noch deutlich übertroffen. Für den Anstieg des Pensionsaufwands war vor allem die Pensionsanpassung (durchschnittlich +1,94%) verantwortlich, der Struktureffekt und der Anstieg des Pensionsstandes waren moderat. Einnahmenseitig hat sich sowohl die Zahl der Pflichtversicherten (+2,6%) als auch die durchschnittliche Beitragsgrundlage (+3,1%) sehr stark entwickelt.
- 2019: Der Anstieg der Bundesmittel war im Jahr 2019 nur sehr gering. Während der Pensionsaufwand um 4,5% stieg, stiegen die Pflichtbeiträge (ohne Partnerleistung) stärker an, nämlich um 5,1%. Die starke Steigerung der Pflichtbeiträge ist dabei vor allem auf die positive Entwicklung der Beitragsgrundlagen zurückzuführen (+3,3%), die Zahl der Pflichtversicherten stieg um 1,8%. Gleichzeitig stiegen die Beiträge für Teilversicherte, die der FLAF leistet, sehr stark, nämlich um 18,9%. Dieser sprunghafte Anstieg ist auf eine Aufrollung der Vorjahre zurückzuführen.
- 2020: Das Jahr 2020 war geprägt von der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise. Durch das Absinken der Pflichtversicherten um 1,6% stiegen auch die Pflichtbeiträge in der gesetzlichen PV nur um 0,6%. Der Pensionsaufwand stieg hingegen um 5,8%. Dies hatte zur Folge, dass die Ausfallhaftung und in weiterer Folge Bundesbeitrag und Bundesmittel stark anstiegen, letztere um 17,5%. Die starke Steigerung des Pensionsaufwandes erklärt sich einerseits durch den steigenden Pensionsstand (+1,7%) und andererseits durch die starke Steigerung der Durchschnittspensionen (+4,0%), wobei hier sowohl die Pensionserhöhung von durchschnittlich 2,68%, als auch der recht hohe Struktureffekt von 1,3% zum Tragen kommt. Sowohl der überdurchschnittliche Anstieg des Pensionsstandes, als auch der starke Struktureffekt dürfte auch mit der Abschaffung der Abschläge bei Vorliegen von 45 Beitragsjahren zusammenhängen, die für 2 Jahre gegolten hat.
- 2021: In diesem Jahr war eine Erholung der Wirtschaft zu sehen. Die Zahl der Pflichtversicherten stieg um 2,8%, die durchschnittlichen Beitragsgrundlagen um 3,1%, die Pflichtbeiträge (ohne Partnerleistung) insgesamt um 5,9%. Im Bereich der Selbständigen stiegen die Beiträge nach einem Sinken im Vorjahr (-6,8%) in diesem Jahr um 17,2%, wodurch allerdings auch die Partnerleistung des Bundes

stark anstieg. Der Pensionsaufwand war um 4,8% höher als im Vorjahr – der Stand an Pensionen stieg zwar nur um 1,3%, die Höhe der Durchschnittspensionen allerdings um 3,5%, was zum größten Teil auf die gestaffelte Anpassung über der Inflation zurückzuführen ist. Insgesamt bedeutet dies eine Steigerung der Bundesmittel um 5,3%.

- 2022: Die Bundesmittel stiegen in diesem Jahr um 7,2% an. Während die Zahl der Pensionen nur um 1,4% gestiegen ist, waren die Durchschnittspensionen um 3,6% höher als im Vorjahr, wodurch die Steigerung beim Pensionsaufwand 5,0% betragen hat. Eine deutliche Steigerung des Gesamtaufwandes und damit eine Erhöhung der Bundesmittel bewirkten die im Jahr 2022 geleisteten Einmalzahlungen und Teuerungsausgleiche in Höhe von insgesamt 546,3 Mio. €. Ohne diese zusätzlichen Leistungen hätte die Steigerung der Bundesmittel nur 2,6% betragen. Die Pflichtbeiträge stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 6,9% (Pflichtversicherte +3,2%, Beitragsgrundlagen +3,5%). Durch die höheren Pflichtbeiträge stiegen allerdings auch die Beiträge des Bundes für die Partnerleistung. Die Beiträge für Teilversicherte, die das Arbeitsmarktservice AMS leistet und die ein Teil der Einnahmen sind, sind aufgrund der niedrigen Zahl an Arbeitslosen deutlich gesunken (-19,1%), was einen weiteren Anstieg der Bundesmittel bewirkt.
- 2023: Nominell stiegen die Bundesmittel um rund 1,5 Mrd. €, was ein Plus von 11,5% bedeutet. Gemessen am nominellen BIP stieg der Anteil auf 2,96%. Verursacht wurde dies durch eine sehr deutliche Steigerung des Pensionsaufwandes (+8,8%), der sich damit stärker erhöhte als die Pflichtbeiträge (+7,9%). Auch die Ausgaben für Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation stiegen in diesem Jahr deutlich an (+10,4%). Weiters wurde auch 2023 eine Direktzahlung an Bezieher einer gesetzlichen Pension ausbezahlt. Dies erhöhte den Bundesbeitrag um 522,8 Mio. €.
- 2024: Die Bundesmittel stiegen um mehr als 2,9 Mrd. € (+20,6%) und damit deutlich stärker an als im Vorjahr und erreichten gemessen am BIP einen Anteil von 3,45%. Dies ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Aufgrund der hohen Anpassung von 9,7%, die sich aus der hohen Inflation im zugrundeliegenden Zeitraum ergibt, stieg der Pensionsaufwand in diesem Jahr um mehr als 12%. Die im Vergleich zu den Vorjahren etwas geringer steigende Zahl an Pensionen, verursacht durch den in diesem Jahr startenden Anstieg des Regelpensionsalters der Frauen, konnte diese

Entwicklung nur geringfügig abschwächen. Der Struktureffekt lag ebenfalls bei 1,08%. Durch den hohen Pensionsaufwand erhöht sich auch der Beitrag, den die PV-Träger zur Krankenversicherung der Pensionisten leisten. 2024 – und auch 2025 – übernimmt der Bund auch bestimmte Beiträge von erwerbstätigen Pensionisten (siehe Kapitel 3.4). Gleichzeitig stiegen die Pflichtbeiträge, die von den Versicherten geleistet wurden, aber „nur“ um 7,8%. Der Anstieg der Beitragsgrundlage war mit +7,3% zwar beachtlich, 2024 war aber das Jahr, in dem die Entwicklung der Versichertenzahlen auf schwache +0,5% zurückging. D.h. die Aufwendungen entwickeln sich im Vergleich zum Vorjahr weit dynamischer als die Einnahmen, was zu diesem starken Anstieg der Bundesmittel führte.

Prognosezeitraum bis 2030: Insgesamt wird im Prognosezeitraum mit weiterhin steigenden Bundesmitteln gerechnet, und zwar um +47,8% (Beobachtungszeitraum: +81,6%).

Auf der Ausgabenseite wird damit gerechnet, dass die Pensionsstände nicht mehr so stark wachsen wie im Beobachtungszeitraum (insbesondere 2020 bis 2023). Zwar wären aktuell demografiebedingt die stärksten Zugangsjahrgänge zu erwarten, durch den Anstieg des gesetzlichen Antrittsalters für Frauen ab 2024 wird es gegenüber dem „Rekordzugang“ 2023 aber zu geringeren Zugängen kommen. Der Pensionsstand wird im Prognosezeitraum um 6,0% ansteigen, im Beobachtungszeitraum waren es +8,8%. Ein wesentlicher kostensteigender Faktor sind die Pensionsanpassungen 2024 und 2025. Im Jahr 2024 wurden die Pensionen um 9,7% erhöht, 2025 erfolgte eine Anpassung mit 4,6%. Die Entwicklung der Beitragsgrundlagen lag 2024 deutlich unter dem Anstieg der Durchschnittspension. Nun nähern sich voraussichtlich die Anstiege von Durchschnittspension und Beitragsgrundlage wieder an, wobei bei den Pensionen der Struktureffekt dafür sorgt, dass nur in einem Jahr die Beitragsgrundlage stärker steigt als die Durchschnittspensionen (2026). Dazu kommt, dass im gesamten Prognosezeitraum die Beschäftigungsentwicklung schwach ausfällt, was auch daran abzulesen ist, dass das Verhältnis von Versicherungsverhältnissen zu Pensionen nahezu konstant bleibt. Von 2010 (1,62) bis 2022 (1,73) hatte diese Kennzahl eine steigende Tendenz gezeigt, unterbrochen nur durch die Verwerfung infolge der Corona-Pandemie. Durch die Anhebung des KV-Beitragssatzes für Pensionisten von 5,1% auf 6% kommt es auch zu höheren Zuzahlungen der PV-Träger zur Krankenversicherung der Pensionisten. Diese Maßnahme trat 2025 unterjährig in Kraft,

2026 wirkt sie sich erstmals ganzjährig aus. Die Anstiege der Bundesmittel 2025 und 2026 sind daher auch durch diese Maßnahme bedingt. Über den Umweg der Ausfallhaftung führt diese Maßnahme somit zu einem höheren Mittelfluss in die Krankenversicherung aus dem „Pensionsbudget“ (Untergliederung 22).

Die folgende Grafik zeigt, wie sich die Pflichtbeiträge und der Pensionsaufwand seit dem Jahr 2018 zu Ungunsten der Finanzierung der Pensionsversicherung entwickelt haben bzw. voraussichtlich entwickeln werden. Es zeigt sich, dass sich nach einer relativ stabilen Phase in den 2010er-Jahren die Differenz zwischen Pflichtbeiträgen und Pensionsaufwand ab etwa 2020 deutlich vergrößert hat und sich auf absehbare Zeit auch weiter vergrößern wird.

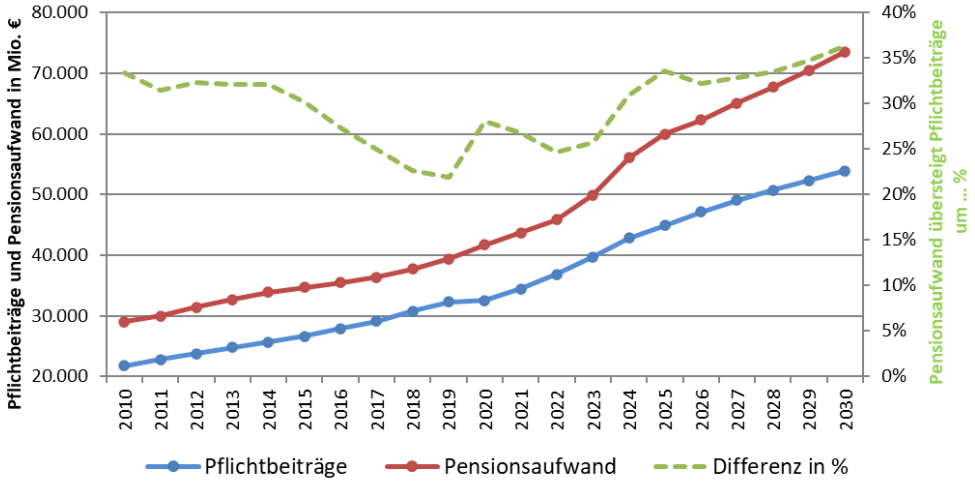


Abbildung 6: Entwicklung von Pflichtbeiträgen und Pensionsaufwand

4.1 Zerlegung der Bundesmitteldynamik im Prognosezeitraum

Der Anstieg der Bundesmittel in Höhe von mehr als 8 Mrd. €, der im Prognosezeitraum, also 2024 bis 2030 erwartet wird, kann in die Änderungen der einzelnen Komponenten, aus denen sich die Bundesmittel zusammensetzen, zerlegt werden. Diese Zerlegung ist in der folgenden Übersicht veranschaulicht.

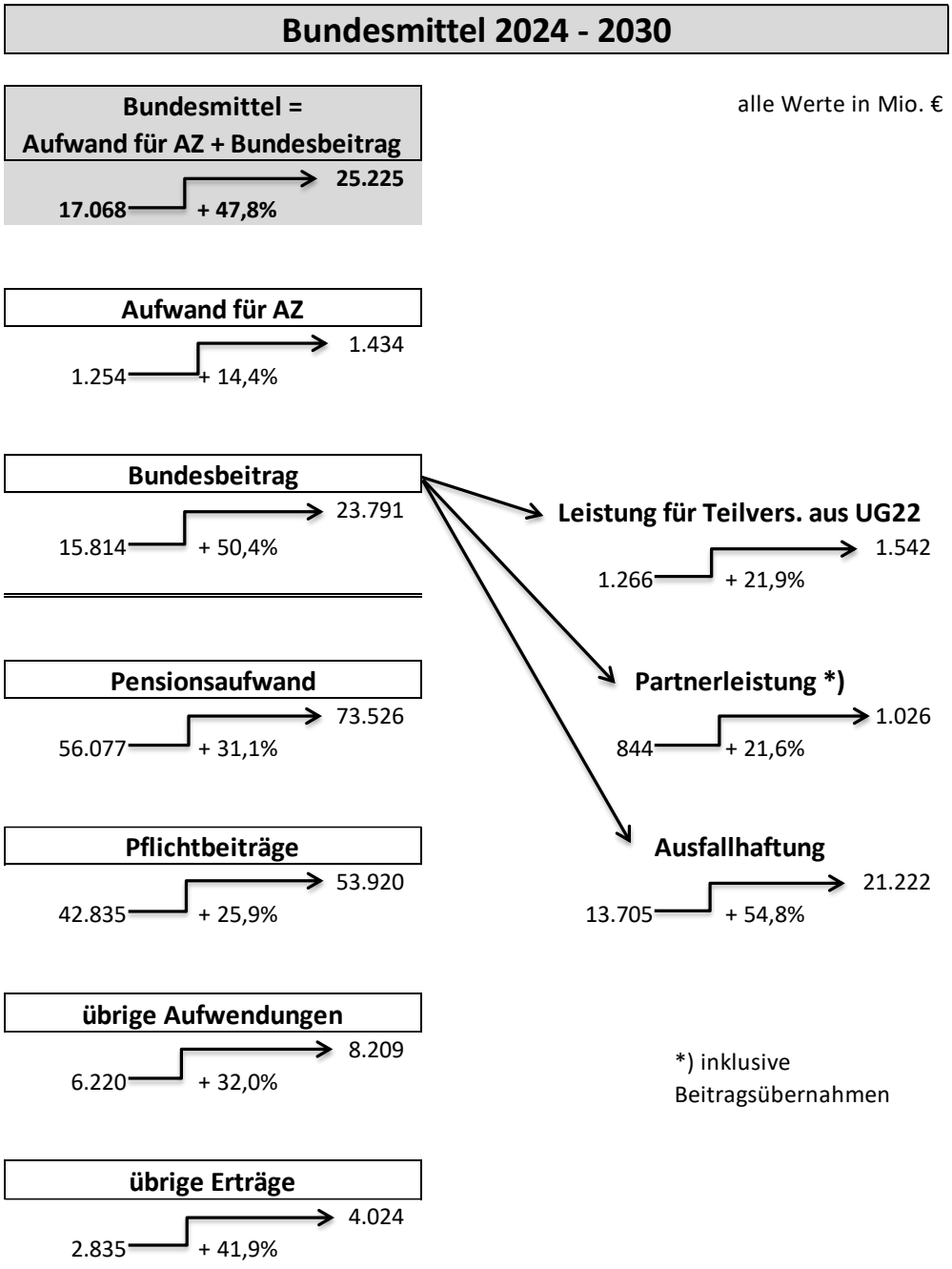


Abbildung 7: Dynamik Bundesmittel 2024-2030

Der Anstieg der Bundesmittel wird voraussichtlich rund 8 Mrd. € bzw. 47,8% betragen. Der Aufwand für die Ausgleichszulagen inklusive Bonus dürfte mit einem Plus von rund 181 Mio. € (+14,4%) prozentuell geringer steigen als im Beobachtungszeitraum (+277 Mio. €, +28,3%). Die Gründe dafür werden im Kapitel 4.2 erläutert. Der Anstieg des Bundesbeitrages um rund 8 Mrd. € (+50,4%) beruht wiederum zum größten Teil auf einem Anstieg der Ausfallhaftung um 7,5 Mrd. € bzw. +54,8%, welche damit sowohl absolut, als auch in Prozent den stärksten Anstieg aufweist. Dies beruht auf der Tatsache, dass die Pensionsaufwendungen stärker steigen als die Pflichtbeiträge. Während die Pensionsaufwendungen um mehr als 17 Mrd. € ansteigen, wird bei den Pflichtbeiträgen (ohne Partnerleistung) ein Anstieg etwas mehr als 11 Mrd. € erwartet. Daraus ergibt sich ein Saldo von mehr als 6 Mrd. €. Dass der Pensionsaufwand stärker steigt als die Pflichtbeiträge ist nicht nur auf demografische Gründe zurückzuführen. Zwar werden die Pensionsstände um mehr als 150.000 Leistungen steigen, dieser Anstieg dürfte jedoch durch einen Anstieg der Pflichtversicherten mehr als kompensiert werden (+258.000). Das Verhältnis von Pflichtversicherungen zu Pensionen bleibt insgesamt im gesamten Prognosezeitraum nahezu unverändert auf einem Wert von 1,71 (siehe Kapitel 7.1 bzw. ***Übersicht 14a***). Eine Herausforderung für die Finanzierung wird vielmehr die Tatsache sein, dass die Beitragsgrundlage mit insgesamt +18,8% weniger stark wächst, als die Durchschnittspension mit +23,7%. Wesentliche „Treiber“ ist neben den Pensionsanpassungen der permanent wirksame Struktureffekt. Pensionsanpassungen tragen insgesamt 17,5%-Punkte zum Wachstum der Durchschnittspension bei. Der verbleibende Zuwachs ist auf den Struktureffekt (+5,3%) zurückzuführen (siehe Kapitel 5.2.2).

4.2 Entwicklung der Ausgleichszulagen

Neben dem Bundesbeitrag wird der Aufwand für Ausgleichszulagen zu den Bundesmitteln gezählt. Seine Entwicklung kann der ***Übersicht 24*** entnommen werden. Grundsätzlich verläuft diese Entwicklung sehr stabil, eine leicht sinkende Zahl von Beziehern steht normalerweise einer moderat steigenden durchschnittlichen Ausgleichszulage gegenüber. Ausnahmen bilden jene Jahre, in denen die AZ-Richtsätze stärker erhöht wurden als die Pensionen. In diesen Jahren wurde zum einen der fallende Trend der Bezieherzahl gebremst, gleichzeitig stieg die durchschnittliche Höhe der AZ stärker als im langjährigen Schnitt.

Insgesamt ist der AZ-Aufwand im Beobachtungszeitraum um 28,3% gestiegen. Der große Anstieg im Jahr 2020 ist auf die Einführung des AZ- und Pensionsbonus zurückzuführen. Dies wirkte sich sowohl in der Zahl der Bezieher (inklusive Pensionsbonus-Bezieher) als auch beim Aufwand (+7,4%) aus. Jene Fälle, die bereits eine AZ beziehen und darüber hinaus einen AZ-Bonus erhalten, erhöhen die Zahl der Fälle nicht, der Bezieherkreis wird jedoch um die Zahl der Pensionsbonusbezieher (erhalten keine AZ) erweitert. Im Aufwand ist ab diesem Jahr sowohl der Aufwand für die „echte“ AZ ausgewiesen, als auch jener von AZ- bzw. Pensionsbonus. Diese Darstellung bewirkt, dass 2020 auch die durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen stärker gestiegen ist.

2023 führte die außerordentliche Erhöhung der Richtsätze über dem Anpassungsfaktor gemäß PAG 2023 zu einer stärkeren Steigerung des Aufwandes (+7,5%), da dadurch sowohl die Anzahl der Bezieher als auch die durchschnittliche Leistungshöhe stärker stieg. Im Jahr 2024 wurden die AZ-Richtsätze wieder gemäß geltendem Recht erhöht, die relativ starke Steigerung beim Aufwand (+7,6%) ergibt sich aus dem hohen Wert des Anpassungsfaktors in diesem Jahr (1,097). Die Effekte 2023 und 2024 (außerordentliche Richtsatzerhöhung 2023, hoher Anpassungsfaktor 2024) sind in der folgenden Grafik deutlich zu sehen. Im Jahr 2025 wurden die AZ-Richtsätze mit dem Anpassungsfaktor erhöht, auch für den restlichen Prognosezeitraum wird weiterhin von einer Erhöhung der AZ-Richtsätze mit dem Anpassungsfaktor ausgegangen. Dies führt dazu, dass der Aufwand nur noch moderat ansteigt und am Ende etwas mehr als 1,4 Mrd. € betragen wird (+14,4% im Prognosezeitraum).

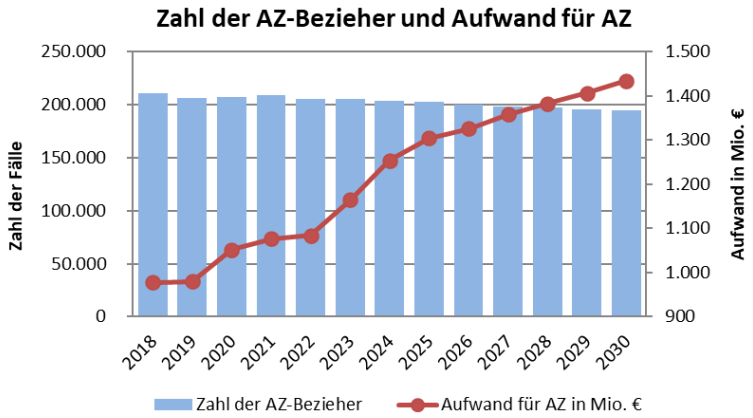


Abbildung 8: Zahl der AZ-Bezieher und Aufwand für AZ

Einen geringen Einfluss auf die Höhe des AZ-Aufwandes hat die ab 2025 geltende Regelung, dass Versehrtenrenten und andere Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung wie das Versehrtengeld und die an verunfallte BSVG-Versicherte ausgezahlte Betriebsrente nicht mehr bei der Berechnung der Ausgleichszulage berücksichtigt werden.

Der Anteil des AZ-Aufwandes an den Bundesmitteln wird am Ende des Prognosezeitraums niedriger sein als zu Beginn des Beobachtungszeitraums (2018: 10,4%, 2030: 5,7%), weil der Bundesbeitrag, und hier insbesondere die Ausfallhaftung, stärker steigt als der Aufwand für Ausgleichszulagen.

In den ***Übersichten 31 und 32*** finden sich die Zahl der AZ-Empfänger und die Höhe der durchschnittlichen AZ. Hier sieht man, dass im Prognosezeitraum die Zahl der AZ-Bezieher insgesamt um etwas mehr als 4% sinkt, die Höhe der durchschnittlichen AZ jedoch steigt, mit +19,7% aber wesentlich geringer als im Beobachtungszeitraum (+32,3%).

Die Höhe der Richtsätze sowie die Bonusobergrenzen sind im Kapitel 9.3 dargestellt.

Die Zahl der Personen mit Bezug eines Bonus entwickelte sich seit der Einführung folgendermaßen:

	Fälle AZ-Bonus				**Fälle Pensionsbonus**				**alle Bonusfälle**
	Alleinstehend		Verheiratet	gesamt	Alleinstehend		Verheiratet	gesamt	
	Zahl der Beitragsmonate				Zahl der Beitragsmonate				
	360	480	480		360	480	480		
Dez 20	12.688	2.017	1.182	15.887	5.701	1.184	2.976	9.861	25.748
Dez 21	13.453	2.191	1.780	17.424	6.411	3.279	3.002	12.692	30.116
Dez 22	13.749	2.327	2.961	19.037	6.305	3.699	2.561	12.565	31.602
Dez 23	14.759	2.538	3.233	20.530	5.455	4.027	2.319	11.801	32.331
Dez 24	14.876	2.676	3.299	20.851	5.447	4.317	2.254	12.018	32.869

Tabelle 1: Entwicklung der Zahl der Personen mit Bezug eines AZ- oder Pensionsbonus

Der Aufwand betrug laut Erfolgsrechnungen der PV-Träger:

	Aufwand laut Erfolgsrechnung		
	AZ-Bonus	Pensions-bonus	gesamt
2020	35,7 Mio. €	15,4 Mio. €	51,0 Mio. €
2021	42,9 Mio. €	21,2 Mio. €	64,1 Mio. €
2022	47,9 Mio. €	20,4 Mio. €	68,3 Mio. €
2023	45,8 Mio. €	19,0 Mio. €	64,8 Mio. €
2024	50,2 Mio. €	21,0 Mio. €	71,2 Mio. €

Tabelle 2: Aufwand für AZ- bzw. Pensionsbonus

5 Pensionsaufwand

Wie im Kapitel Bundesbeitrag erläutert wurde, ist einer der bestimmenden Faktoren des Bundesbeitrages der Pensionsaufwand. Die Höhe des Pensionsaufwandes ergibt sich aus der Anzahl der Pensionsleistungen und der durchschnittlichen Leistungshöhe.

Die Anzahl der Leistungen wird im Wesentlichen durch drei Faktoren bestimmt:

- demografische Entwicklung
- rechtliche Zugangsvoraussetzungen für die Inanspruchnahme einer Leistung
- Partizipationsraten am Arbeitsmarkt (Erwerbsquoten) - insbesondere jene der älteren Arbeitnehmer

Die durchschnittliche Höhe der Pensionen wird bestimmt durch

- die jährliche Pensionsanpassung, sowie durch
- die Tatsache, dass sich durch Wegfall und Zugang von Leistungen die Zusammensetzung des Pensionsstandes laufend ändert („Struktureffekt“).

Im Beobachtungszeitraum stieg der Pensionsaufwand von rund 37,7 Mrd. € auf rund 56,1 Mrd. €, was einem Anstieg um fast 49% entspricht.

Für den Prognosezeitraum wird eine Steigerung des Pensionsaufwandes auf fast 74 Mrd. € erwartet, was einen weiteren Anstieg um 31,1% bedeutet (***Übersicht 15***).

Worauf die Steigerung des Pensionsaufwandes im Prognosezeitraum zurückzuführen ist kann der folgenden Grafik entnommen werden.

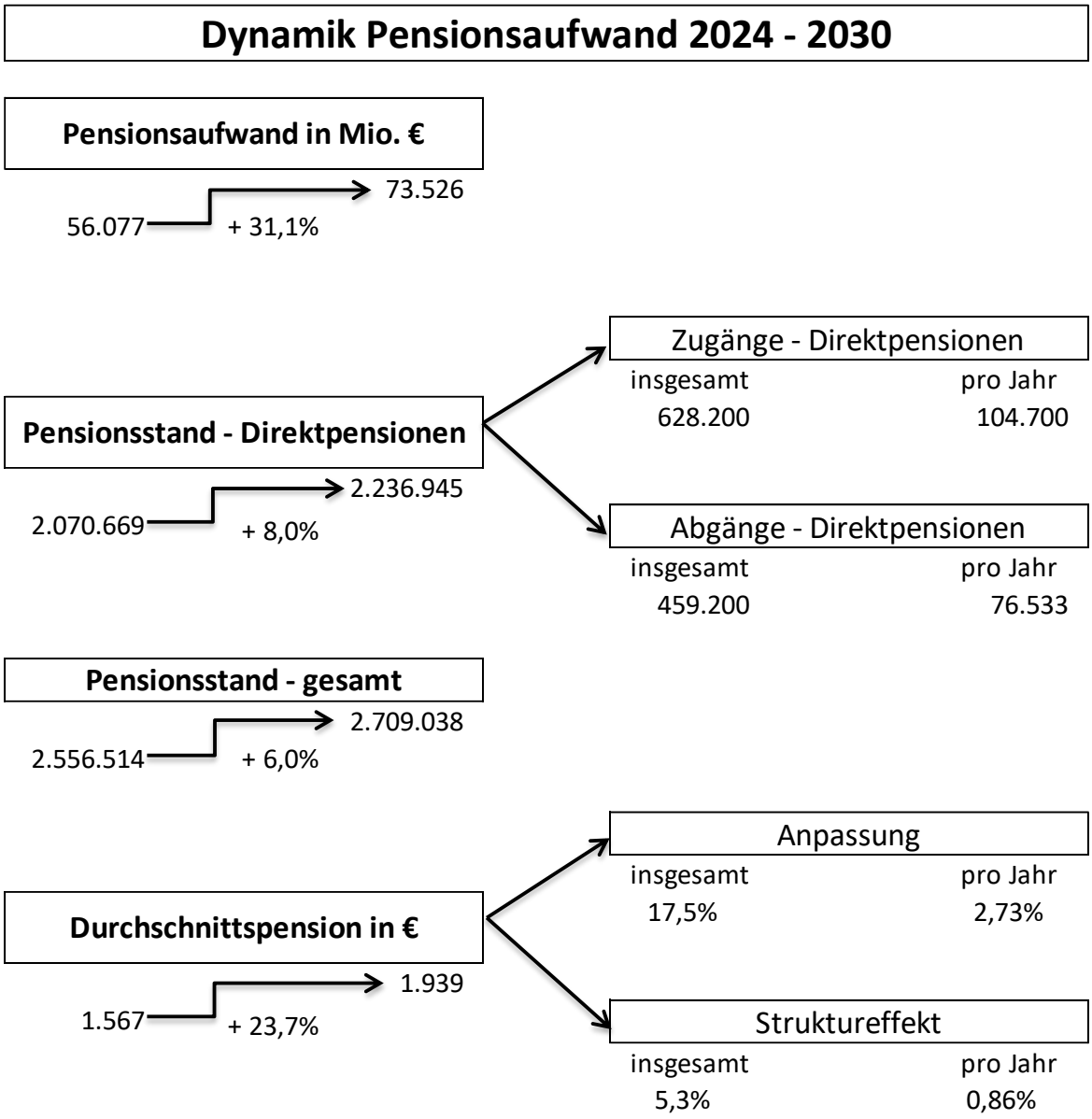


Abbildung 9: Dynamik Pensionsaufwand 2024-2030

Im Prognosezeitraum ist die Gesamtsteigerung des Pensionsaufwandes von 31,1% auf einen Anstieg der Zahl der Pensionen um 6,0% (***Übersicht 8***), sowie auf einen Anstieg der Durchschnittspension um 23,7% (***Übersicht 11***) zurückzuführen.

Beim Stand der Direktpensionen wird im Prognosezeitraum eine Steigerung um 8,0% von 2.070.669 auf rund 2.240.000 erwartet. Während nämlich pro Jahr, bei leicht steigender Tendenz, durchschnittlich knapp 76.500 Abgänge zu erwarten sind, wird die durchschnittliche jährliche Zahl der Zugänge fast 105.000 betragen. Beim Anstieg der Durchschnittspensionen wirkt einerseits die jährliche Pensionserhöhung (im gesamten Zeitraum 17,5%, jährlich durchschnittlich 2,7%) und andererseits auch der Struktureffekt (siehe Kapitel 5.2.2), durch den die Durchschnittspension zusätzlich

steigt. Durch die Abschaffung des Abschlages bei Vorliegen von 45 Beitragsjahren der Pflichtversicherung kam es in den Jahren 2020 und 2021 zu einer Verstärkung des Struktureffektes. Ab 2022 war die Abschlagsfreiheit wieder abgeschafft. Für das Jahr 2020 wurde jedoch die erstmalige Pensionserhöhung bereits im ersten Jahr nach Pensionsantritt wieder eingeführt: diese Regelung galt auch 2021. Im Jahr darauf erfolgte eine aliquote Anpassung abhängig vom Stichtag. 2023 erfolgte die Pensionserhöhung im ersten Jahr ebenfalls aliquot, betrug aber mindestens 50% des Anpassungsfaktors. Für die Jahre 2024 und 2025 wurde die Aliquotierung ausgesetzt. Diese Abfolge von Maßnahmen bewirkte eine nachhaltige Erhöhung der Durchschnittspensionen. In den Jahren 2024 und 2025 bewirkte die „Schutzklausel“ ebenfalls höhere Neuzugangspensionen. Ab dem Jahr 2026 werden die Pensionen bei der ersten Pensionsanpassung mit der Hälfte jenes Betrages erhöht, der sich aus der geltenden Anpassungsregelung ergibt, unabhängig vom Stichtag.

Vergleicht man die Entwicklungen in den beiden Zeiträumen, zeigt sich, dass sowohl Durchschnittspension als auch Pensionsstand im Prognosezeitraum weniger wachsen als im Beobachtungszeitraum, der stärkere Effekt auf den wachsenden Pensionsaufwand bleibt aber der Anstieg der Durchschnittspensionen.

	Änderung Pensionsaufwand 2018-2024	*davon Änderung*		Änderung Pensionsaufwand 2024-2030	*davon Änderung*		Änderung Pensionsaufwand insgesamt (2018-2030)
		Pensionsstand	*Durchschnittspension*		*Pensionsstand*	*Durchschnittspension*	
ASVG	+ 49,0%	*+ 9,1%*	*+ 36,6%*	+ 31,1%	*+ 5,6%*	*+ 24,1%*	+ 95,3%
GSVG+FSVG	+ 56,7%	*+ 21,4%*	*+ 29,1%*	+ 34,6%	*+ 15,2%*	*+ 16,8%*	+ 110,8%
BSVG	+ 29,4%	*- 8,8%*	*+ 41,8%*	+ 24,0%	*- 2,5%*	*+ 27,1%*	+ 60,4%
gesamte PV	**+ 48,8%**	***+ 8,8%***	***+ 36,8%***	**+ 31,1%**	***+ 6,0%***	***+ 23,7%***	**+ 95,1%**

Tabelle 3: Änderung des Pensionsaufwandes

Die folgende Abbildung stellt dar, inwieweit die Faktoren Pensionsstand und Durchschnittspension im Beobachtungs- und im Prognosezeitraum zum Anstieg des Pensionsaufwandes beigetragen haben. Der Pensionsaufwand im Basisjahr 2018 ist in dunkelblauer Farbe gehalten und stellt den Wert 100% dar.

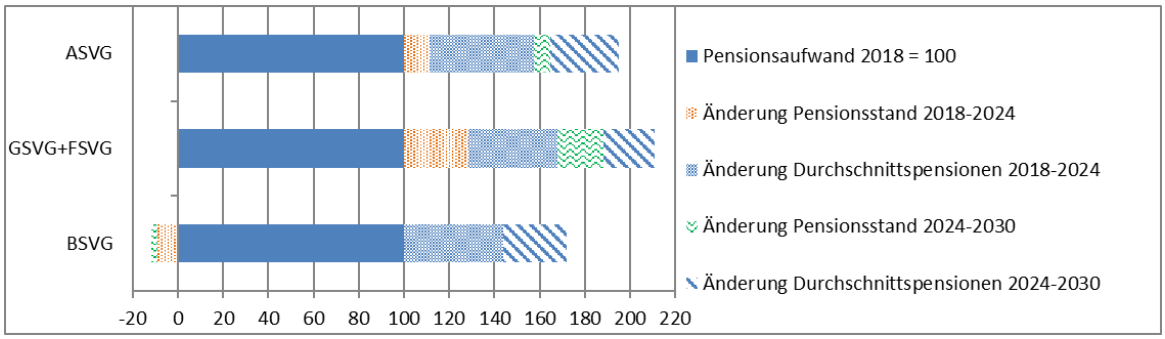


Abbildung 10: Änderung des Pensionsaufwandes

Während im Bereich des ASVG sowie bei den Selbständigen (GSVG+FSVG) in beiden Zeiträumen ein steigender Pensionsstand zu einer Erhöhung des Pensionsaufwandes beiträgt, bewirken im bäuerlichen Bereich sinkende Pensionsstände geringere Steigerungen beim Pensionsaufwand. In allen Versichertengruppen steigen jedoch die Durchschnittspensionen deutlich an – in der PV nach dem BSVG allerdings etwas stärker. Wie in ***Übersicht 11*** zu sehen ist, basieren die höheren Steigerungen aber auf niedrigeren Ausgangswerten.

5.1 Pensionsstand

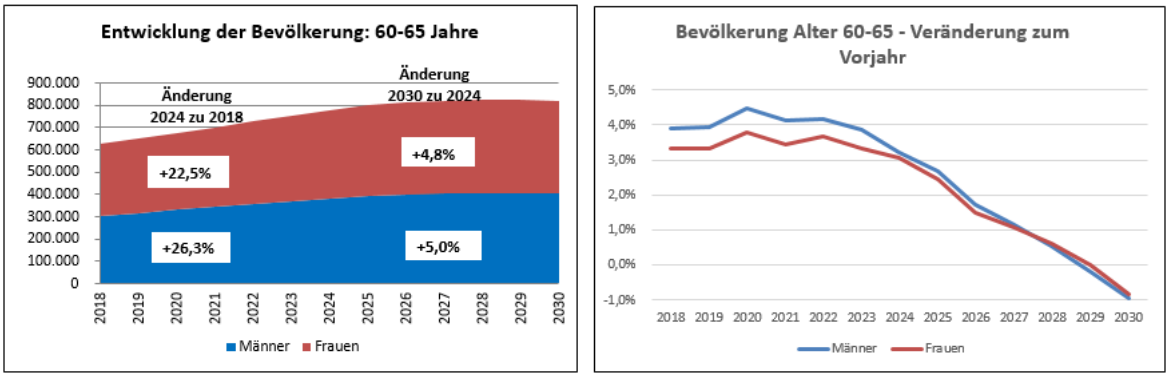
5.1.1 Bestimmende Faktoren des Pensionsstandes

Die Entwicklung des Pensionsstandes ist das Ergebnis der im Laufe eines Jahres stattfindenden Zu- und Abgänge.

Sowohl für die Zugänge als auch für die Abgänge ist die demografische Situation von Bedeutung: Die Anzahl der Zugänge hängt von der Besetzung jener Alterssegmente ab, aus denen nach geltender Rechtslage Pensionszugänge erfolgen können. Die Zahl der Abgänge ist – bei gegebenem Pensionsstand – von der Altersstruktur der Pensionisten abhängig.

Die demografische Situation ist derzeit noch durch ein Steigen der Bevölkerung in jenen Altersgruppen gekennzeichnet, aus denen der relativ größte Teil des Pensionsneuzuganges kommt: Die Bevölkerung im Alter 60 bis 65 wächst bei Männern und Frauen auch im Prognosezeitraum zunächst noch an. Die Zuwächse verringern sich im Laufe des Prognosezeitraumes aber, wie in der Grafik zu sehen ist. Ab 2029 wird ein sinkender Trend erwartet. Im Jahr 2024 waren rund 780.000 Personen in diesem Alterssegment, der Höchststand wird 2028 erreicht werden (rund 826.000 Männer und

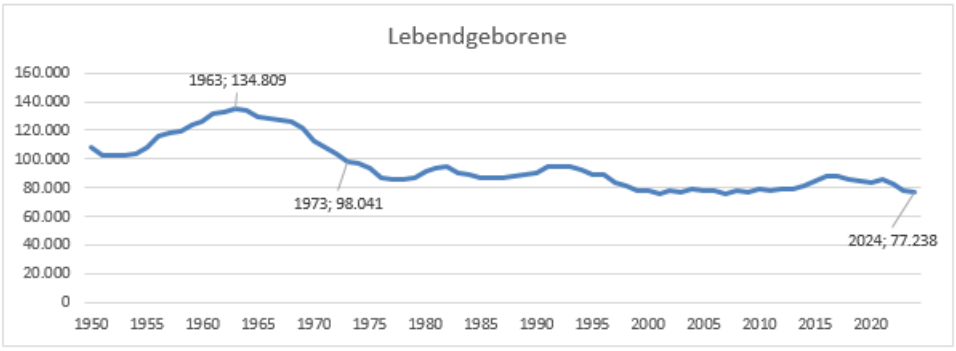
Frauen). Für das Jahr 2030 prognostiziert Statistik Austria rund 817.000 Personen – das ist im Vergleich zu 2024 ein Anstieg bei Männern um 5,0%, bei Frauen um 4,8%. Diese Steigerungen liegen damit deutlich unter jenen im Beobachtungszeitraum (Männer +26,3%, Frauen +22,5%).



Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2024, Hauptvariante, erstellt am 27.11.2024; eigene Berechnungen

Abbildung 11: Entwicklung der Bevölkerung Alter 60-65 Jahre, Änderung zum Vorjahr

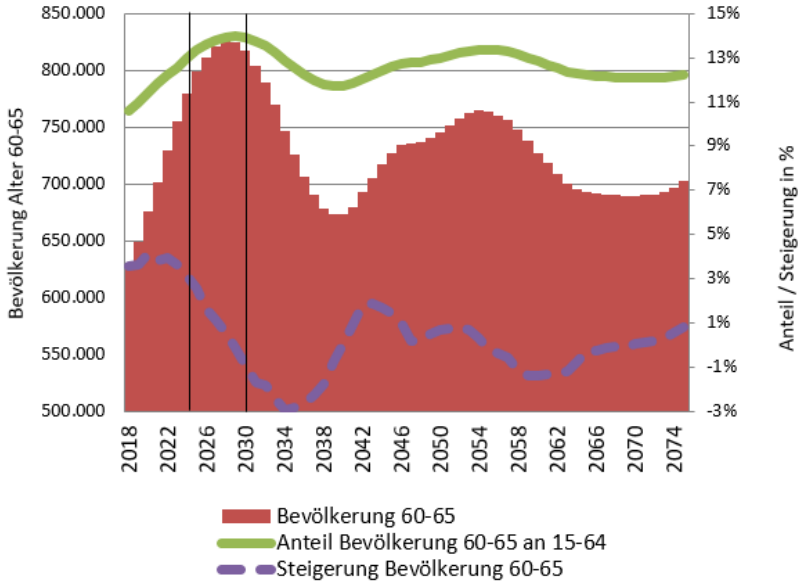
Bei der Personengruppe, die derzeit für Pensionszugänge in Frage kommt, handelt es sich um die so genannten „Babyboomer“, die besonders geburtenstarken Jahrgänge von Mitte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre. Der Zugang aus dieser Personengruppe wird im Prognosezeitraum dieses Gutachtens zunächst anhalten und danach bereits wieder zu sinken beginnen: Der geburtenstärkste Jahrgang war der des Jahres 1963 mit knapp 135.000 Geburten. Danach sank die Zahl kontinuierlich ab. Im Jahr 1973 lag die Zahl der Geburten bereits wieder unter 100.000, ab 1976 lag sie unter 90.000, um danach für einen längeren Zeitraum um diesen Wert zu pendeln. Aus den sinkenden Geburtenzahlen nach 1963 einen deutlichen Rückgang der Pensionszugänge abzuleiten würde allerdings ausblenden, dass die Erwerbsbevölkerung auch nicht in Österreich Geborene enthält.



Quelle: Statistik Austria

Abbildung 12: Entwicklung der Lebendgeborenen seit 1950

Die folgende Abbildung zeigt, mit welchen demografischen Rahmenbedingungen für die Zugänge im Prognosezeitraum dieses Berichtes, und auch darüber hinaus nach derzeitigem Stand zu rechnen ist.



Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2024, Hauptvariante, erstellt am 27.11.2024; eigene Berechnungen

Abbildung 13: Anteil der Bevölkerung 60-65 an der Bevölkerung 15-64

Neben der demografischen Situation sind die rechtlichen Zugangsvoraussetzungen der zweite Faktor, der die Zugangszahlen bestimmt. Die rechtlichen Zugangsvoraussetzungen definieren die Bedingungen wie Mindestalter oder erforderliche Zahl an Versicherungs- oder Beitragsmonaten, unter denen eine Pensionierung frühestmöglich stattfinden kann. Ab dem Zeitpunkt, an dem die rechtlichen Zugangsvoraussetzungen für den Pensionszugang erfüllt sind, handelt es sich um eine individuelle Entscheidung, ob die Pension auch tatsächlich angetreten wird. Diese Entscheidung wird von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst, darunter wohl die zu erwartende Pensionshöhe, aber auch die Bedingungen, mit denen ein älterer Arbeitnehmer/ Arbeitsloser am Arbeitsmarkt konfrontiert ist. So muss aus der Arbeitslosigkeit heraus der frühestmögliche Zeitpunkt des Pensionsantritts genutzt werden, weil mit diesem Zeitpunkt der Anspruch auf Arbeitslosengeld endet. Ein längerer Verbleib im Erwerbsleben kann hingegen nur dann erwartet werden, wenn eine für die betreffende Person ausreichend attraktive Erwerbstätigkeit vorliegt oder zumindest die realistische Möglichkeit besteht, eine solche zu finden bzw. rechtliche Rahmenbedingen geschaffen werden, die einen Verbleib attraktiver machen.

5.1.2 Zugangsvoraussetzungen in die Alterspension

Für **Frauen** geboren ab 1.1.1964 steigt das frühestmögliche Alter für den Zugang in eine normale Alterspension in Halbjahresschritten an, bis im Jahr 2033 das Antrittsalter 65 erreicht ist. Eine gleichlaufende Anhebung auf Alter 62 erfolgt bei der Langzeitversicherungspension (Alter 62 gilt für ab 1.7.1965 Geborene – Pensionsantritt zweite Jahreshälfte 2027), die Zahl der notwendigen Beitragsmonate liegt für Frauen geboren ab 1.1.1962 hier so wie bei Männern bei 540 (=45 Beitragsjahre). Es wird erwartet, dass Frauen, die zwischen 1.1.1962 und 31.12.1965 geboren sind, keine Langzeitversicherungspension in Anspruch nehmen werden, sondern eine normale Alterspension ohne Abschläge, da für sie bei beiden Pensionsarten das gleiche Antrittsalter gilt. Für Frauen geboren ab 1.1.1966 ist bei Vorliegen der übrigen Zugangsvoraussetzungen der Zugang in die Langzeitversicherungspension mit einem geringeren Alter möglich (mit Alter 62, möglicher Pensionsantritt ab dem Jahr 2028) als bei der normalen Alterspension (weiterhin steigendes Antrittsalter). Ab diesem Zeitpunkt werden daher auch wieder Zugänge von Frauen in diese Pensionsart erwartet.

Das Zugangsalter in die Korridorpension wurde von 62 auf 63 erhöht, für Personen geboren zwischen 1.1.1964 bis 31.3.1965 erfolgt die Erhöhung in 2-Monatsschritten. Die Zahl der notwendigen Versicherungsmonate steigt ausgehend von 480 ebenfalls in 2-Monatsschritten auf 504 (gilt für Personen geboren ab dem 1.10.1966). Personen, die eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen haben, die vor dem 16. Juni 2025 wirksam geworden ist, können weiterhin mit Alter 62 eine Korridorpension antreten, wenn die übrigen Zugangsvoraussetzungen erfüllt sind (480 Versicherungsmonate). Selbiges gilt bei Bezug bzw. bereits erfolgter Zuerkennung von Überbrückungsgeld. Für alle anderen Frauen wird die Korridorpension erst ab dem Geburtsjahrgang 1967 interessant (Zugang 2030), da zuvor mit geringerem Alter eine normale Alterspension abschlagsfrei angetreten werden kann.

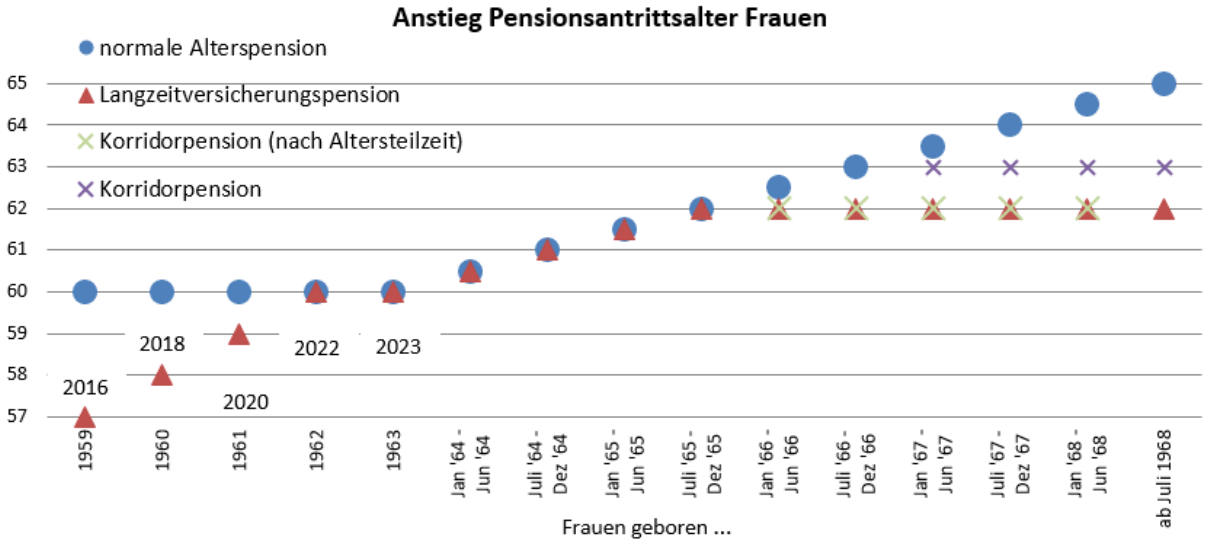


Abbildung 14: Anstieg Pensionsantrittsalter Frauen

Männer haben mit Alter 65 bei Erfüllung der übrigen Zugangsvoraussetzungen Anspruch auf eine normale Alterspension. Seit 2016 ist für Männer das frühestmögliche Antrittsalter in die Langzeitversicherungspension 62 Jahre (ab Geburtsjahrgang 1954), die Zahl der notwendigen Beitragsmonate 540 (=45 Beitragsjahre).
Die Neuregelung bei der Korridorpension gilt bei Männern gleich wie bei Frauen.

Die folgende Übersicht zeigt für das Jahr 2025, welche Voraussetzungen für den Zugang in die unterschiedlichen Arten der Alterspension erfüllt sein müssen:

Zugangsvoraussetzungen 2025						
		normale Alterspension	Korridor-pension	Langzeit-versicherungs-pension ("Hackler")	Schwerarbeits-pension nach APG	Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungs-dauer
Männer	Alter	65	62	62	60	Zugang war nur bis 1.10.2017 möglich (Männer: 65, Frauen: 60) seither nur noch Umwandlungen von Sonderruhegeld in diese Pensionsart
	Monate	180 VM (15 Jahre), davon mind. 84 Monate aufgrund Erwerbstätigkeit	480 VM (40 Jahre)	540 BM (45 Jahre)	540 VM, davon innerhalb der letzten 240 KM mind. 120 Schwerarbeits-monate	
	Abschlag pro Jahr		5,1%	4,2%	1,8%	
Frauen	Alter	1)	2)	3)	60	
	Monate	180 VM (15 Jahre), davon mind. 84 Monate aufgrund Erwerbstätigkeit		540 BM (45 Jahre) für Frauen geboren ab 1.1.1962	540 VM, davon innerhalb der letzten 240 KM mind. 120 Schwerarbeits-monate	
	Abschlag pro Jahr			4,2%	1,8%	
Zuschlag bei Inanspruchnahme der Pension nach Vollendung des Regelpensionsalters (trotz Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen) ab 1.1.2024: 5,1% pro Jahr (0,425% pro Monat), max. 15,3%; zusätzlich: nur halber Pensionsversicherungsbeitrag						

1) Alter 60 für Frauen, die bis 31.12.1963 geboren sind; ab 2024 Erhöhung Regelpensionsalter stufenweise auf 65
2) für Frauen noch nicht relevant
3) Alter 60 für Frauen geboren von 1.1.1962 bis 31.12.1963, Alter steigt stufenweise auf 62, ab 2028 relevant

Liegen bis 31.12.2021 540 BM vor, wird die Korridor-, Schwerarbeits- und Langzeitversicherungspension weiterhin abschlagsfrei zuerkannt. Für Pensionsstichtage ab 01.01.2022: grundsätzlich keine Abschlagsfreiheit.

VM …. Versicherungsmonate BM …. Beitragsmonate KM … Kalendermonate

Tabelle 4: Zugangsvoraussetzungen 2025

5.1.3 Entwicklung des Pensionsstandes

Der Pensionsstand steigt im Zeitraum von 2024 bis 2030 von 2.556.514 auf rund 2.709.000, was einem Anstieg um 6,0% entspricht (***Übersichten 8 und 10***), nachdem im Beobachtungszeitraum die Steigerung 8,8% betragen hat.

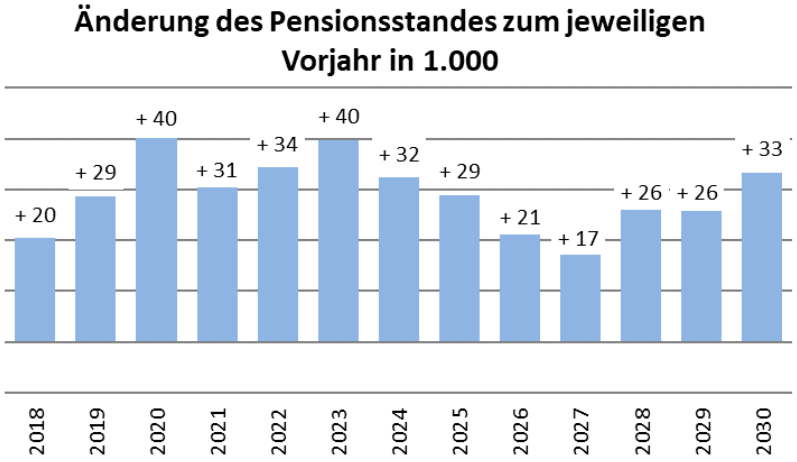


Abbildung 15: Veränderung des Pensionsstandes zum Vorjahr

Aufgrund der demografischen Entwicklung kommt es derzeit noch zu einem stärkeren Anstieg bei den normalen Alterspensionen. Im Jahr 2020 wurde die Langzeitversicherungspension in Folge der Abschlagsfreiheit verstärkt in Anspruch genommen. Durch den Vorzieheffekt war bei dieser Pensionsart im Jahr darauf wieder ein Absinken der Zugänge zu sehen (siehe dazu Kapitel 5.1.4), die grundsätzlich steigende Tendenz bei den normalen Alterspensionen war 2021 durch den Vorzieheffekt in die Langzeitversicherungspension ebenfalls gebremst.

Der Rückgang des Zuwachses im Jahr 2024 ist nahezu vollständig auf die Anhebung des Antrittsalters für Frauen zurückzuführen (BGBl. Nr. 832/1992). Durch die schrittweise Anhebung fällt im Bereich der Alterspensionen jährlich ein halber Jahrgang weg, wodurch es zu einer deutlich geringeren Steigerung des Pensionsstandes in diesem Jahr kommt. Diese Erhöhung des Antrittsalters setzt sich fort.

Wie zu erwarten war, wurden jedoch im Vorjahr zum ersten Mal Schwerarbeitspensionen nach APG auch von Frauen in Anspruch genommen, da bei dieser Pensionsart das Antrittsalter 60 ist. 2024 waren dies fast 500 Fälle, für das heurige Jahr wird aufgrund der bereits vorliegenden Monatsdaten mit einer deutlichen Steigerung auf rund 1.300 Fälle gerechnet. Ab dem Jahr 2028 wird es voraussichtlich auch Zugänge von Frauen in die Langzeitversicherungspension geben (Zugangsalter 62), ab

2030 vermehrt auch Zugänge in die Korridorpension.

Die Entwicklung des Pensionsstandes je Versichertengruppe zeigt folgende Tabelle:

	2018-2024	2024-2030	insgesamt (2018-2030)
ASVG	+ 9,1%	+ 5,6%	+ 15,1%
GSVG+FSVG	+ 21,4%	+ 15,2%	+ 39,9%
BSVG	- 8,8%	- 2,5%	- 11,0%
gesamte PV	**+ 8,8%**	**+ 6,0%**	**+ 15,3%**

Tabelle 5: Entwicklung des Pensionsstandes nach Versichertengruppe

Der Rückgang in der bäuerlichen Pensionsversicherung (BSVG) sowohl im Beobachtungs- als auch im Prognosezeitraum spiegelt - mit zeitlicher Verzögerung - den sinkenden Stand an Versicherten wider, hervorgerufen durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft.

Die detaillierten Zahlen zum Thema „Pensionsstände“ finden sich in den ***Übersichten 5 bis 8 und 10***. Dort findet sich auch eine getrennte Darstellung nach Alterspensionen und Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit. Zur Abgrenzung der Pensionsarten sei noch angemerkt, dass diese Pensionsleistungen ab Erreichen des gesetzlichen Antrittsalters in Alterspensionen umgewandelt werden (dadurch gibt es beispielsweise keine 70-jährigen Fälle mehr, die eine Invaliditätspension beziehen, auch wenn ursprünglich eine solche zuerkannt wurde).

Die Entwicklung der einzelnen Pensionsarten zeigt die folgende Grafik.

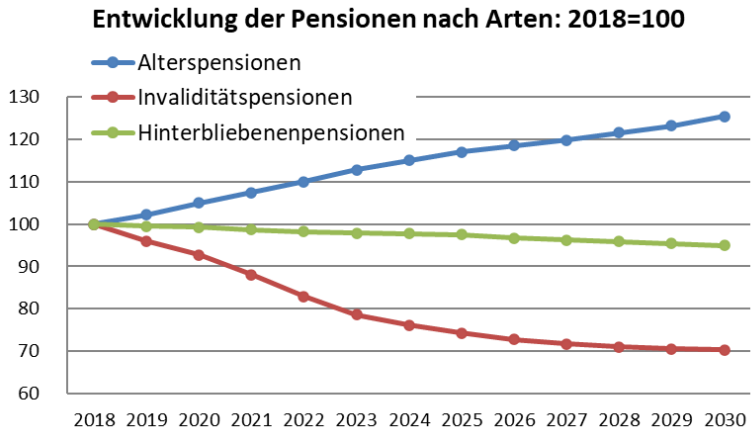


Abbildung 16: Entwicklung der Pensionen nach Pensionsarten

Während die Zahl der Hinterbliebenenleistungen sich nur wenig ändert und die Zahl der Invaliditätspensionen nach wie vor abnimmt, steigt die Zahl der Alterspensionen

sowohl im Beobachtungszeitraum als auch im Prognosezeitraum stetig an. Ab 2024 bewirkt die Anhebung des Frauenpensionsalters etwas geringere Steigerungen.

	2018	2018-2024	2024	2024-2030	2030	2018-2030
Alterspensionen	1.697.252	+ 15,0%	1.952.060	+ 9,0%	2.127.483	+ 25,3%
Invaliditätspensionen	155.824	- 23,9%	118.609	- 7,7%	109.461	- 29,8%
Hinterbliebenenpensioner	497.310	- 2,3%	485.845	- 2,8%	472.093	- 5,1%
alle Pensionen	**2.350.386**	+ 8,8%	**2.556.514**	+ 6,0%	**2.709.038**	+ 15,3%

Tabelle 6: Entwicklung des Pensionsstandes nach Pensionsart

5.1.4 Entwicklung der einzelnen Pensionsarten im Detail

Invaliditätspensionen

Die Neuregelung der Invaliditätspensionen im Zuge des Sozialrechts-Änderungsgesetz 2012 (BGBl. I Nr. 3/2013) führte in der Vergangenheit zu einem Rückgang bei den befristeten Invaliditätspensionen. Sie betrifft alle Versicherten, die ab dem 1.1.1964 geboren sind. Im Jahr des Inkrafttretens (2014) betraf es daher alle Versicherten unter 50, im Jahr darauf alle unter 51. Im Jahr 2025 fallen bereits alle unter 61 Jahren unter diese Regelung.

Die Zahl der Invaliditätspensionen sank in der gesamten Pensionsversicherung im Beobachtungszeitraum insgesamt um rund 24%, von rund 156.000 im Jahr 2018 auf rund 119.000 im Jahr 2024 (siehe ***Übersicht 8***). Im Jahr 2012 (vor Beginn der Regelung) hatte der Stand noch rund 210.000 betragen.

In der gesamten Pensionsversicherung wird im Prognosezeitraum im Jahresdurchschnitt bei den Invaliditätspensionen mit einem Sinken um weitere rund 8% auf rund 109.000 Fälle im Jahr 2030 gerechnet.

Alterspensionen gesamt

Im Prognosezeitraum wirkt einerseits die in Kapitel 5.1.1 gezeigte demografische Entwicklung. Die im Jahr 2024 beginnende Erhöhung des Antrittsalters bei den Frauen führt zu geringeren Zugangszahlen in diesem und in den Folgejahren. In Summe wird die Steigerung bei den Alterspensionen im Prognosezeitraum insgesamt daher auch niedriger erwartet als im Beobachtungszeitraum (+9,0% zu +15,0%). Dies würde für das Jahr 2030 einen Stand von rund 2.127.000 Alterspensionen bedeuten (2024: 1.952.060).

Vorzeitige Alterspensionen

In der Übersicht 9 ist die Zahl der neuzuerkannten Alterspensionen dargestellt.

Durch das Auslaufen der Langzeitversicherungspension mit Schwerarbeit sank bis 2023 die Zahl an **Frauen**, die eine vorzeitige Alterspension in Anspruch genommen haben, nahezu auf null. Waren im Jahr 2018 rund 15% aller Neuzuerkennungen an Alterspensionen bei den Frauen eine vorzeitige Alterspension, waren dies im Jahr 2023 nur noch 0,2% (121 Fälle). 2024 stieg der Anteil auf 1,3%, wobei in diesem Jahr

alle Zugänge in eine Vorzeitige Alterspension auf die Schwerarbeitspension nach APG entfielen – in dieser Pensionsart war das mögliche Antrittsalter mit 60 im Jahr 2024 bereits niedriger als in der normalen Alterspension. In den Monaten Jänner bis August 2025 betrug der Anteil bereits 3,0%.

Frauen	**erstmalige Neuzuerkennungen**			
	2018	**2023**	**2024**	**2025 Jan bis Aug**
Alterspensionen	41.559	60.034	38.593	17.476
davon				
vorzeitige Alterspensionen	6.335	121	484	525
Anteil	**15,2%**	**0,2%**	**1,3%**	**3,0%**

Tabelle 7: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen - Frauen

Es zeigt sich also im laufenden Jahr, dass aufgrund der Inanspruchnahme der Schwerarbeitspension nach dem APG auch bei den Frauen die Zugänge in Vorzeitige Alterspensionen wieder steigen. Ab 2028 werden auch Zugänge von Frauen in die Langzeitversicherungspension sowie – unter bestimmten Voraussetzungen - in die Korridorpension erwartet, da ab diesem Jahr die Altersgrenze bei diesen beiden Pensionsarten mit 62 Jahren niedriger sein wird als bei der normalen Alterspension. Ein Teil des Geburtsjahrganges 1966 wird also voraussichtlich mit Alter 62,5 abschlagsfrei eine normale Alterspension in Anspruch nehmen, während einige Frauen trotz des Abschlages mit Alter 62 in eine der beiden vorzeitigen Pensionsarten gehen werden. Bei der Korridorpension wurde mit dem Budgetbegleitgesetz 2025 die Altersgrenze auf 63 Jahre angehoben. Frauen geboren bis 31.12.1966 werden daher eher abschlagsfrei eine normale Alterspension antreten. Für Frauen geboren im ersten Halbjahr 1967 ist der Zugang in eine normale Alterspension erst mit Alter 63,5 möglich, der Zugang in die Korridorpension – mit Abschlägen – bereits mit Alter 63. Ab 2030 werden daher auch hier vermehrt Fälle erwartet.

Bei den **Männern** zeigt sich ein völlig anderes Bild. Das Regelpensionsalter ist mit 65 Jahren höher als bei den Frauen, es entfielen 2024 fast 62% aller Alterspensionsneuzugänge auf Langzeitversicherungs-, Korridor- und Schwerarbeitspension. Knapp die Hälfte dieser Fälle trat die Pension mit Alter 62 an – aus demografischer Sicht ist daher besonders die Entwicklung der 62-Jährigen von Interesse, ab 2026 wegen der Neuregelung der Antrittsvoraussetzungen bei den Korridorpensionen auch jene der 63-Jährigen. Im Beobachtungszeitraum stieg die Zahl der Männer mit Alter 62 um

28,7%, im Prognosezeitraum wird sie nur noch um 7,2% steigen – der „Pool“, aus dem diese Neuzugänge kommen, steigt also in Zukunft weniger stark. In der Grafik zeigt sich dies durch eine Abflachung der Kurve zum Ende des Prognosezeitraumes hin.

Männer	erstmalige Neuzuerkennungen	
	2024	davon mit Alter 62
Alterspensionen	48.539	
davon		
Langzeitversicherungspensionen	10.304	6.605
Korridorpensionen	12.063	7.034
Schwerarbeitspensionen	7.567	1.168
Anteil	**61,7%**	**49,5%**

Tabelle 8: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen – Männer 2024

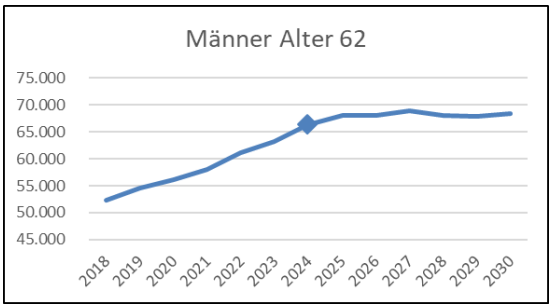


Abbildung 17: Entwicklung Zahl der Männer - Alter 62

Der Zugang in die **Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer** (§ 253b ASVG bzw. entsprechende Bestimmungen im GSVG und BSVG) war bis 2017 möglich. Ab 2018 scheinen hier nur noch Fälle auf, die sich aufgrund der Umwandlung des Sonderruhegeldes in diese Pensionsart ergeben. Pro Jahr sind dies zwischen 400 und 700 Fälle. Anspruch auf Sonderruhegeld entsteht bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen nach Vollendung des 57. (Männer) bzw. 52. (Frauen) Lebensjahres (Art. X NSchG). Mit Erreichen des 60. bzw. 55. Lebensjahres wird das Sonderruhegeld in eine Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer umgewandelt.
Seit 23.10.2019 wird das Sonderruhegeld abschlagsfrei gewährt. Das durchschnittliche Sonderruhegeld ist dadurch für Neuzugänge höher, wodurch zeitverzögert auch bei der Umwandlung in eine Alterspension für die gesetzliche Pensionsversicherung höhere Pensionen anfallen.

Bei den **Korridorpensionen** ist die Zahl an notwendigen Versicherungsmonaten (480) niedriger als bei der Langzeitversicherungspension (Männer: 540 Beitragsmonate), die Zugangsvoraussetzungen sind daher leichter zu erfüllen. Für das Jahr 2025 zeichnet sich ein etwas höherer Zugang ab als im Jahr zuvor. In den Jahren 2026 und 2027 wird aufgrund der Anhebung des Mindestalters auf 63 und der höheren Zahl an notwendigen Beitragsmonaten mit weniger Zugängen gerechnet, 2030 dürfte der vermehrte Zugang von Frauen wieder zu einem Anstieg führen.

Die Zugänge in die **Langzeitversicherungspension** entwickelten sich im Beobachtungszeitraum sehr unregelmäßig, was auf zwei Änderungen der Rechtslage

zurückzuführen war (Abschlagsfreiheit 2020, Wiedereinführung von Abschlägen 2021). Ausgehend von 10.304 Zugängen im Jahr 2024, eine Zahl die bereits wieder das „normale“, Zugangsverhalten repräsentieren dürfte, wird ein grundsätzlich leicht steigender Trend erwartet, der jedoch ab 2028 sprunghaft auf rd. 17.500 Zugänge ansteigt, weil ab diesem Zeitpunkt die Langzeitversicherungsregelung auch für Frauen attraktiv wird

Bei den **Schwerarbeitspensionen** war der Zugang insgesamt im Jahr 2023 etwas niedriger als im Vorjahr, was auch mit dem Auslaufen der „Langzeitversicherungspension mit Schwerarbeit“ in Zusammenhang steht.

Die „Langzeitversicherungspension mit Schwerarbeit“ ist im Jahr 2023 ausgelaufen, weil sie nur für begrenzte Jahrgänge galt, und zwar für Männer geboren nach dem 31.12.1953 bis geboren vor dem 1.1.1959 beziehungsweise für Frauen geboren nach dem 31.12.1958 bis geboren vor dem 1.1.1964. Insgesamt gab es fast 21.000 Zuerkennungen in dieser Pensionsart, davon etwas mehr als 15.000 Frauen (72%).

2023 nahmen geringfügig mehr **Männer** eine Schwerarbeitspension in Anspruch als im Jahr zuvor. Auch im weiteren Verlauf werden relativ konstante Zugangszahlen in dieser Pensionsart erwartet.

Insgesamt ergab sich im Jahr 2024 ein Zugang in die vorzeitigen Alterspensionen von 31.034, der damit um mehr als 2.000 Fälle höher war als im Jahr zuvor (2023: 28.848). Für die Jahre ab 2025 wird, vor allem bedingt durch die demografische Entwicklung und die zuvor beschriebenen Fakten, ein jährlicher Zugang von durchschnittlich rund 39.000 Fällen erwartet.

Bei den **normalen Alterspensionen** (Männer mit 65, Frauen mit ansteigendem Alter) zeigten sich 2024 bereits sinkende Zugangszahlen. Bis 31.12.1963 geborene Frauen konnten – wie bereits erläutert – 2023 noch mit 60 eine normale Alterspension in Anspruch nehmen. Danach steigt das frühestmögliche Alter für einen Pensionsantritt an, der Effekt auf das Zugangsverhalten ist daher ab dem Jahr 2024 zu sehen. 2024 sind einige Frauen in die Schwerarbeitspension „abgewandert“, 2028 wird dies für die Langzeitversicherungspension bzw. in geringerem Ausmaß in die Korridorpension erwartet. Hin zu letzterer wird sich voraussichtlich 2030 aufgrund der Erhöhung des Antrittsalters auf 63 Jahre eine stärkere Verschiebung ergeben.

Hinterbliebenenpensionen

In Bezug auf die Witwenpensionen wird erwartet, dass sich der Trend, der sich im Beobachtungszeitraum zeigt, im Prognosezeitraum fortsetzt (Beobachtungszeitraum -3,2% auf 391.719, Prognosezeitraum -3,8% auf rund 377.000). Der Anteil der Witwenpensionen an der weiblichen Bevölkerung ist abnehmend. Dieser Trend wirkt stärker als die demografische Entwicklung, denn die Zahl der Witwenpensionen sinkt, obwohl die Zahl der Frauen im relevanten Altersbereich steigt. Im Jahr 2018 waren rund 1,3 Mio. Frauen über 58 Jahre alt, im Jahr 2024 waren dies schon rund 1,5 Mio. und für das Jahr 2030 werden fast 1,7 Mio. Frauen in diesem Altersbereich prognostiziert. Dies entspricht einer Steigerung von 2018 auf 2030 um rund 25%.

Auch bei den Witwerpensionen wird für die Zukunft eine ähnliche Entwicklung erwartet wie dies in der Vergangenheit zu beobachten war, nämlich ein leichter Anstieg.
Erwartet wird ein Pensionsstand von rund 48.400 im Jahr 2030 (2018: 44.894, 2024: 46.796).

Bei der Zahl der Waisenpensionen wird angenommen, dass sich der sinkende Trend fortsetzt. Die „junge“ Bevölkerung wächst im Prognosezeitraum mit +0,1% kaum noch, nachdem sie im Beobachtungszeitraum noch um 2,2% gestiegen ist. Zusätzlich ist auch der Anteil der Waisenpensionen an diesem Bevölkerungssegment im Beobachtungszeitraum leicht abgesunken – dieser Trend wird in die Zukunft fortgeschrieben, wodurch sich in Kombination dieser Entwicklungen für 2030 ein Stand von rund 46.900 ergibt (2018: 47.757, 2024: 47.331).

5.2 Pensionshöhe

Die Entwicklung der Durchschnittspension lässt sich durch zwei Faktoren erklären:

- zum einen durch die jährliche Pensionsanpassung und
- zum anderen durch die Tatsache, dass sich durch Wegfall und Zugang von Leistungen die Zusammensetzung des Pensionsstandes laufend ändert. Die auf Veränderungen der Zusammensetzung des Pensionsstandes zurückzuführende Änderung der Durchschnittspension wird als Struktureffekt bezeichnet.

5.2.1 Pensionsanpassung

Seit dem Jahr 2006 basiert die Pensionsanpassung grundsätzlich auf der Entwicklung der Verbraucherpreise. Aus den Inflationsraten von August des vergangenen Jahres bis Juli des laufenden Jahres wird der Richtwert berechnet und auf dessen Basis der Anpassungsfaktor kundgemacht, welcher die Grundlage für die Pensionsanpassung des Folgejahres darstellt. Aufgrund der Prognosen über die zukünftigen Inflationsraten (***Übersicht 1***) ergeben sich die Richtwerte für die Jahre 2027 bis 2030.

Die Annahme, dass die Pensionserhöhung sich aus der Inflation ergibt, entspricht der in § 108 Abs. 5 ASVG in Verbindung mit § 108f ASVG geregelten Vorgehensweise. Durch eine einfachgesetzliche Regelung kann jedoch davon abgewichen werden, was im Beobachtungszeitraum ab dem Jahr 2018 geschah. Durch diese Staffelungen der Anpassungen kam es 2018 bis 2022 zu höheren Kosten im Vergleich zu Anpassungen mit dem auf den Inflationsraten basierenden Anpassungsfaktoren.

Die Anpassung im Prognosezeitraum ist insgesamt niedriger als jene im Beobachtungszeitraum. Während im Beobachtungszeitraum die durchschnittliche jährliche Anpassung fast 4% betrug, ergibt sich aufgrund der Inflationsentwicklung im Prognosezeitraum eine durchschnittliche jährliche Anpassung von rund 2,7% (***Übersichten 29 und 30a***).

Die Anpassungsfaktoren sind der ***Übersicht 2*** zu entnehmen.

5.2.2 Struktureffekt

Da wegfallende Pensionen im Durchschnitt niedriger sind, als die Durchschnittspension des Gesamtstandes, steigt letztere durch den laufenden Wegfall von Leistungen. Neu anfallende Leistungen liegen höher als die Durchschnittspension des Gesamtstandes, was den Durchschnitt ebenfalls steigen lässt.
Durch die Zu- und Abgangsbewegungen ändert sich die Durchschnittspension daher auch abseits der Pensionsanpassung. Die auf Zu- und Abgänge rückführbare Änderung der Durchschnittspension wird als Struktureffekt bezeichnet.

Er wird berechnet mittels Division der Durchschnittspension des Jahres t durch die mit dem Anpassungsfaktor des Jahres t erhöhte Durchschnittspension des Jahres t-1. Dass Neuzugangspensionen sich in ihrer Höhe von wegfallenden Pensionen unterscheiden, hat mannigfache Gründe, deren jeweilige Auswirkung auf den Struktureffekt kaum quantifiziert werden kann. Jede Veränderung der Pensionsberechnung wie beispielsweise die Erweiterung des Durchrechnungszeitraumes oder Änderungen bei Zu- und Abschlägen zählt ebenso dazu, wie Verhaltensänderungen der Versicherten, etwa Änderungen des Teilzeitverhaltens oder der Länge der Erwerbsbiografien. Beispielsweise ist zu erwarten, dass der Anstieg des faktischen Pensionsantrittsalters mit höheren Neuzugangspensionen einhergeht.

Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Faktor dürfte auch die steigende durchschnittliche Frauenpension sein. Die durchschnittliche Neuzugangspension der Frauen war 2024 mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2000 (+103,7%), die durchschnittliche Neuzugangspension der Männer nur um 80,6% höher. Dies hat sich auch auf die Durchschnittspension des Gesamtstandes ausgewirkt: Die durchschnittliche Frauenpension ist seit dem Jahr 2000 um 129,1% gestiegen, die Männerpension um 110,1%. Damit hat sich der Einkommensrückstand der Frauen seit dem Jahr 2000 deutlich verringert. Im Pensionsstand des Jahres 2000 lag die durchschnittliche Frauenpension noch um 43,3% unter jener der Männer, 2020 um 38,8% und 2024 um 38,2%. Bei den Neuzugängen des Jahres 2023 lag der Einkommensrückstand bei 32,8%, hat sich jedoch im Jahr 2024 auf 35,9% vergrößert. In diesem Jahr wurden von Frauen weniger Alterspensionen in Anspruch genommen, während die Zahl der Invaliditäts- bzw. Hinterbliebenenleistungen mit niedrigeren Pensionshöhen nahezu konstant geblieben ist. Eine gewisse Rolle spielt auch, dass das Verhältnis von

vorzeitigen Pensionen zu regulären Alterspensionen bei den Frauen gestiegen ist. Ausgehend von einem Einkommensrückstand beim Neuzugang von 43,2% im Jahr 2000 ist dieser Wert aber bis zum Jahr 2023 stetig gesunken.

	Pensionen Neuzugang				
	Frauen		Männer		Abweichung
	Pension in €	Steigerung zu 2000	Pension in €	Steigerung zu 2000	Pension Frauen / Pension Männer
2000	631,74		1.112,30		**-43,2%**
2020	1.105,39	75,0%	1.829,97	64,5%	-39,6%
2021	1.144,31	81,1%	1.820,75	63,7%	-37,2%
2022	1.209,91	91,5%	1.837,96	65,2%	-34,2%
2023	1.254,14	98,5%	1.866,73	67,8%	-32,8%
2024	1.286,80	**103,7%**	2.008,38	**80,6%**	**-35,9%**

	Pensionen Stand				
	Frauen		Männer		Abweichung
	Pension in €	Steigerung zu 2000	Pension in €	Steigerung zu 2000	Pension Frauen / Pension Männer
2000	552,93		975,24		**-43,3%**
2020	992,02	79,4%	1.619,75	66,1%	-38,8%
2021	1.028,87	86,1%	1.675,42	71,8%	-38,6%
2022	1.067,67	93,1%	1.732,86	77,7%	-38,4%
2023	1.144,54	107,0%	1.850,86	89,8%	-38,2%
2024	1.266,99	**129,1%**	2.049,46	**110,1%**	**-38,2%**

Tabelle 9: Steigerung der Durchschnittspensionen nach Geschlecht seit dem Jahr 2000

Wenngleich eine detaillierte Untersuchung dieser Entwicklung den gesetzlichen Auftrag des Gutachtens übersteigen würde, können aus den vorliegenden Daten eine (Teil-) Begründung abgeleitet werden: Aufgrund der stetig gewachsenen Erwerbsbeteiligung von Frauen ändert sich das Mischverhältnis zwischen den (niedrigeren) Witwenpensionen und den (höheren) Eigenpensionen in Richtung eines höheren Anteils der Eigenpension, was die Durchschnittspension von Frauen insgesamt steigen lässt. Der gegenteilige Effekt, der sich aus der derzeit laufenden Anhebung des Frauen-Antrittsalters ergibt, ist vorrübergehend und – wie oben beschrieben – vor allem auf eine verringerte Zahl an Zugängen in die Alterspension bei konstanten Zugängen in die Invaliditäts- und Hinterbliebenenpensionen zurückzuführen.

Für den Struktureffekt an Bedeutung gewonnen hat auch die Frage, ob es im Bereich der Pflichtversicherten Reallohnzuwächse gibt. Diese bewirken, dass die Aufwertungszahlen (welche seit Einführung des Pensionskontos zur Aufwertung von Pensionsanwartschaften (=Teilgutschriften) herangezogen werden) höher sind als die Anpassungsfaktoren. Dadurch bildet sich in einer Neuzugangspension der Reallohnzuwachs, der im Zeitraum des einem Neuzugang vorangegangenen Erwerbslebens stattgefunden hat, ab. Unter modellhaften Annahmen führt das Pensionskonto dazu, dass Neuzugangspensionen mit der Entwicklung des Lohnniveaus Schritt halten. Langfristig würde sich der Struktureffekt damit in der Höhe des Quotienten aus Lohnentwicklung und Inflation (=Reallohnzuwachs) einpendeln.
Generell kann gesagt werden, dass Änderungen im Leistungsrecht, die zu höheren/ niedrigeren Neuzugangspensionen führen, die Durchschnittspension des Gesamtstandes steigen oder sinken lassen können. Dieser Anstieg kann sich so lange fortsetzen, bis der gesamte Pensionsstand nach dem „neuen“ Leistungsrecht berechnet

wurde. Dies ist erst nach einem Zeitraum von über 20 Jahren der Fall. Erst dann hat eine Änderung ihren „Vollausbau“ erreicht. Da der zeitliche Abstand zwischen Änderungen im Leistungsrecht aber meist deutlich kürzer ist, muss davon ausgegangen werden, dass sich im Struktureffekt unterschiedlichste Maßnahmen überlagern.

Im Beobachtungszeitraum betrug der Struktureffekt durchschnittlich 1,33% pro Jahr, allerdings mit einer Schwankungsbreite zwischen 0,89% (2018) und 1,63% (2021). Eine teilweise Erklärung für den hohen Wert 2021 ist die Abschlagsfreiheit bei der Langzeitversicherungspension, die in diesem Jahr zur Anwendung kam. Langzeitversicherungspensionen sind per se schon überdurchschnittlich hoch. Durch die Abschlagsfreiheit wurden sie noch höher bzw. häufiger in Anspruch genommen.

Für die Zukunft wird für den Struktureffekt grundsätzlich jeweils ein linearer Verlauf unterstellt, der je nach Pensionsart bzw. Versichertengruppe steigend oder sinkend verlaufen kann. Ein gravierender Einfluss auf die durchschnittlichen Pensionshöhen wird sich allerdings auf den getroffenen Maßnahmen im Bereich der Korridorpension und die Einführung der Teilpension ergeben. Durch die spätere Inanspruchnahme der (hohen) Korridorpension und dem erwarteten Zugang in eine Teilpension anstelle einer Vollpension, werden die Durchschnittspensionen insgesamt zumindest kurzfristig sinken.

5.2.3 Entwicklung der Durchschnittspension

Als Ergebnis aus Durchschnittspensionen des Standes, der Entwicklung der Anpassung sowie der Annahmen über den Struktureffekt ergeben sich die Durchschnittspensionen für den Prognosezeitraum.

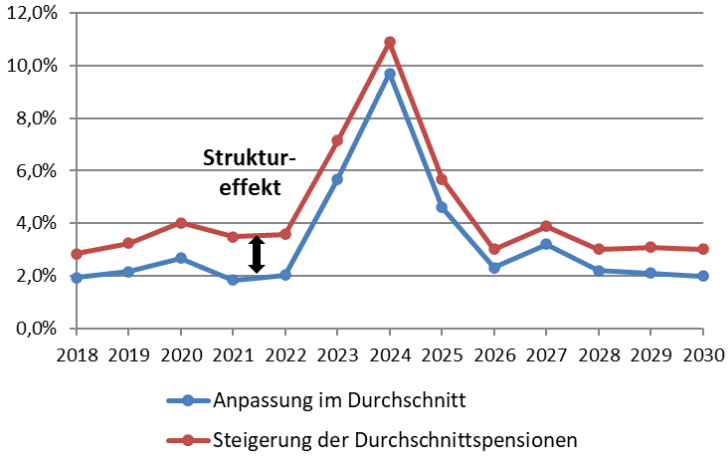


Abbildung 18: Entwicklung Anpassung und Steigerung der Durchschnittspensionen

Die ***Übersicht 11*** informiert über die Entwicklung der Durchschnittspensionen nach Versichertengruppen. Die Daten beziehen sich auf den Gesamtdurchschnitt aus Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspensionen, Alterspensionen und Hinterbliebenenpensionen.

Folgende Zuwächse gab es im Beobachtungszeitraum bzw. werden im Prognosezeitraum erwartet:

in €	2018	2018-2024	2024	2024-2030	2030	2018-2030
ASVG	1.162,20	+ 36,6%	1.587,65	+ 24,1%	1.970,78	+ 69,6%
GSVG+FSVG	1.325,36	+ 29,1%	1.710,89	+ 16,8%	1.997,88	+ 50,7%
BSVG	747,50	+ 41,8%	1.059,87	+ 27,1%	1.347,19	+ 80,2%
gesamte PV	**1.145,45**	+ 36,8%	**1.566,80**	+ 23,7%	**1.938,63**	+ 69,2%

Tabelle 10: Entwicklung der Durchschnittspensionen

Die Steigerungen im Beobachtungszeitraum ergaben sich aus einer gesamten durchschnittlichen Anpassung von 26,3% und einem Struktureffekt von 8,3%, wobei in diesen Zeitraum das Jahr mit der höchsten Pensionsanpassung fällt (Anpassungsfaktor 2024: 1,097) und zusätzlich im Jahr 2024 die Schutzklausel zum Tragen kam. Im Prognosezeitraum ist insgesamt von etwas geringeren Anpassungen auszugehen (insgesamt 17,5%). Nach dem hohen Anpassungsfaktor 2025 mit 1,046 werden sich

die Anpassungen wieder in Richtung 2% bewegen. Der Struktureffekt wird mit prognostizierten rund 5,3% niedriger sein als im Beobachtungszeitraum. Einerseits fallen bei den Frauen durch die Anhebung des Antrittsalters und den dadurch späteren Pensionsantritt höhere Alterspensionen weg, andererseits bewirken die gesetzlichen Änderungen bei den Korridorpensionen und die Einführung der Teilpension zu Beginn der Maßnahmen eine abgeschwächte Entwicklung beim Struktureffekt. Eine Steigerung der Pensionen im geringen Ausmaß ergibt sich durch den Frühstarterbonus. Dieser wird seit 2022 Personen gewährt, die zwischen dem 15. und 20. Geburtstag mindestens 12 Beitragsmonate und in Summe mindestens 300 Monate auf Grund einer Erwerbstätigkeit in der Pensionsversicherung erworben haben. 2024 bezogen bereits mehr als 160.000 Bezieher einer Pension einen Frühstarterbonus, durchschnittlich betrug dieser rund 49 €. Von den rund 100.000 neuzuerkannten Alters- und Invaliditätspensionen des Jahres 2024 erhielt fast die Hälfte diesen Bonus.

Der niedrigste Anstieg bei den Durchschnittspensionen wird in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und FSVG erwartet, der höchste im bäuerlichen Bereich – hier allerdings von einem deutlich niedrigeren Niveau aus. Die Gründe, warum diese Pensionen wesentlich niedriger sind, sind einerseits die geringere durchschnittliche Zahl an Versicherungsmonaten und andererseits auch niedrigere Beitragsgrundlagen.

Insgesamt sollte die Durchschnittspension in der gesamten Pensionsversicherung im Jahr 2030 mit fast 1.940 € um rund 372 € über jener im Jahr 2024 liegen. Dies bedeutet eine Steigerung um fast 24% nach einem Anstieg um knapp 37% im Beobachtungszeitraum.

5.2.4 Pensionsleistungen - Pensionsbezieher

Die im Gutachten dargestellte Zahl der Pensionen erfolgt auf Basis von Pensionsleistungen. Da eine Person über mehrere Pensionen verfügen kann, ist die Zahl der Bezieher („Köpfe“) geringer. Berücksichtigt man diese Mehrfachbezüge, zeigt sich im Beobachtungszeitraum jeweils im Juli des Jahres für die gesetzliche Pensionsversicherung folgendes Bild:

	Pensionsleistungen	Pensionsbezieher
2017	2.366.347	2.104.581
2018	2.389.646	2.125.674
2019	2.421.246	2.154.485
2020	2.462.389	2.192.662
2021	2.497.376	2.223.980
2022	2.522.092	2.245.620
2023	2.564.935	2.285.125
2024	2.585.020	2.302.486

Quelle: Dachverband der SV-Träger

Stand Juli 2024			
Zahl der Pensionen	Männer	Frauen	gesamt
1	912.165	1.108.459	2.020.624
2	47.445	233.746	281.191
3 und mehr	95	576	671
gesamt	959.705	1.342.781	2.302.486
1	95,0%	82,5%	87,8%
2	4,9%	17,4%	12,2%
3 und mehr	0,0%	0,0%	0,0%
gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Dachverband der SV-Träger, eigene Berechnungen

Tabelle 11: Pensionsleistungen - Pensionsbezieher

Im Juli 2024 erhielten 281.862 Personen und damit mehr als 12% der Pensionsbezieher mehr als eine Pension (davon 671 Fälle drei und mehr Pensionen), wobei dies bei Frauen mit 17,4% deutlich häufiger auftrat als bei Männern (4,9%). Die häufigste Kombination bei den Frauen ist mit rund 231.000 Fällen das Zusammentreffen einer Alterspension mit einer Witwenpension.

Dies wirkt sich auf die Pensionshöhe aus. Die durchschnittliche Bruttopension von Frauen betrug im Juli 2024 rund 1.250 €. Berücksichtigt man das Zusammentreffen mehrerer Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung, betrug die durchschnittliche Höhe (ohne Einbeziehung von Ruhe- und Versorgungsgenüssen) bei Frauen rund 1.480 € (+230 €). Bei den Männern betrug im Juli 2024 die Durchschnittspension in der gesetzlichen Pensionsversicherung auf Leistungsebene rund 1.990 €, auf Bezieherebene rund 2.130 € (+ 140 €) - die Auswirkung ist also geringer als bei den Frauen.

6 Beitragseinnahmen aus Pflichtbeiträgen

Die Pflichtbeiträge der Erwerbstätigen (***Übersichten 17 bis 19***) machen mit rund 90% den weitaus größten Teil der Erträge der Pensionsversicherungsträger aus (gemessen an den Erträgen ohne Bundesmittel). Daher sind sie auf der Einnahmenseite der Pensionsversicherung auch der wesentliche Einflussfaktor für die Höhe des Bundesbeitrages.

6.1 Zusammenhänge mit der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Entwicklung der Pflichtbeiträge steht, im Gegensatz zum Pensionsaufwand, in deutlichem Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Besonders im ASVG-Bereich besteht eine Korrelation zum einen zwischen der Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage und dem pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten, zum anderen zwischen der Anzahl der Pflichtversicherten und der Anzahl unselbständig Beschäftigter. Da die Beiträge im Bereich des ASVG über 90% der gesamten Beitragseinnahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung ausmachen, prägen die Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung der unselbständig Beschäftigten die Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung und damit den Bundesbeitrag ganz entscheidend.

Die Prognose der Beitragseinnahmen basiert auf der

- Entwicklung der unselbständig aktiv Beschäftigten als Basis für die Schätzung der Zahl der Pflichtversicherten, sowie auf der
- Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme gemäß VGR je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis (in weiterer Folge als „pro-Kopf-Einkommen“ bezeichnet) als Basis für die Schätzung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage.

Beide Größen erklären die Beitragsentwicklung jedoch nicht zur Gänze. Vielmehr wächst die Zahl der Pflichtversicherten stärker, als jene der unselbständig aktiv Beschäftigten und die Beitragsgrundlage geringfügig stärker, als das pro-Kopf-Einkommen. Der Zusammenhang zwischen Beitragsgrundlage und pro-Kopf-Einkommen ist dabei weniger stabil. Zwar ist die durchschnittliche Beitragsgrundlage im langjährigen Durchschnitt etwas stärker gestiegen als das pro-Kopf-Einkommen, hat aber darüber hinaus auch weniger stark geschwankt. Insbesondere in Jahren mit sehr

starkem Anstieg des pro-Kopf-Einkommens war die Wachstumsrate der Beitragsgrundlage in der Vergangenheit niedriger, als jene des pro-Kopf-Einkommens. Das hängt damit zusammen, dass die Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage durch die Verknüpfung mit der Aufwertungszahl der Lohnentwicklung zwei Jahre „hinterherläuft". Nach Phasen hoher Inflation steigen üblicherweise die Löhne deutlich, die Höchstbeitragsgrundlage jedoch erst zwei Jahre später. Im Jahr des starken Lohnwachstums ist daher die Beitragsleistung von Beziehern hoher Einkommen (über der Höchstbeitragsgrundlage) noch gebremst – sie steigt nur im gleichen Ausmaß wie die Höchstbeitragsgrundlage selbst. Dies bewirkt, dass die durchschnittliche Beitragsgrundlage weniger stark ansteigt, als die pro-Kopf-Einkommen. Wie stark dieser Effekt ausfällt, hängt jedoch auch davon ab, in welchen Einkommensbereichen das Lohnwachstum stattfindet. Wenn – etwa infolge sozial gestaffelter Lohnabschlüsse – das Lohnwachstum verstärkt im unteren Einkommensbereich stattfindet, wäre zu erwarten, dass der Effekt weniger stark ausgeprägt ist. Das verspätete Ansteigen der Höchstbeitragsgrundlage – während die Lohnsteigerungen wieder auf ein niedrigeres Niveau zurückgekehrt sind – bewirkt, dass Erwerbstätige mit Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage einen überproportionalen Anteil zum Beitragswachstum liefern.

Neben den Einkommensbestandteilen über der Höchstbeitragsgrundlage ist die unterschiedliche Entwicklung zwischen allgemeiner und beitragspflichtiger Lohnsumme auf einen weiteren Faktor zurückzuführen, nämlich den Rückgang der Zahl der Beamten zugunsten der Zahl der Vertragsbediensteten: Die Alterssicherung von Beamten erfolgt nicht aus der gesetzlichen Pensionsversicherung. Die Pragmatisierung wurde in den letzten beiden Jahrzehnten jedoch sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene restriktiv gehandhabt, so dass die Nachbesetzung von Abgängen in jenen Berufsgruppen, die eine Pragmatisierung nicht zwingend vorsehen, fast ausschließlich durch Vertragsbedienstete erfolgte. Da Vertragsbedienstete der gesetzlichen Pensionsversicherung unterliegen, erfährt die Gruppe der ASVG-Pflichtversicherten ein zusätzliches Wachstum, welches auf den „Ersatz" von Beamten durch Vertragsbedienstete zurückzuführen ist. Verstärkt wird dieser Effekt auch dadurch, dass viele ehemals staatliche Bereiche ausgegliedert wurden. Auch dort werden Beamte, die in den Ruhestand treten, durch ASVG-Versicherte ersetzt.

Diese Veränderungen im Öffentlichen Dienst sorgen dafür, dass die Zahl der ASVG-Versicherten stärker wächst, als die Gesamtheit der unselbständig Beschäftigten. In den letzten beiden Jahrzehnten dürfte diese Entwicklung wesentlich dazu beigetragen

haben, dass die unselbständigen Pflichtversicherten in der gesetzlichen Pensionsversicherung im Mittel um mehr als 0,3 Prozentpunkte stärker gestiegen sind, als die unselbständig Erwerbstätigen insgesamt. Im Prognosezeitraum wird von einer Fortsetzung dieses Trends ausgegangen.

Aus den genannten Gründen wurden für die Erstellung des vorliegenden Berichtes die Prognosewerte des pro-Kopf-Einkommens und der unselbständig aktiv Beschäftigten mit Korrekturfaktoren angepasst, die aus Daten der Vergangenheit errechnet wurden.

6.2 Entwicklung der Pflichtbeiträge

Die Pflichtbeiträge (ohne Partnerleistung und Beitragsübernahmen) sind im Beobachtungszeitraum um 39,3% gestiegen, das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg um 5,7%. Im Prognosezeitraum wird ein Gesamtanstieg von 25,9% erwartet, was einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg um 3,9% entspricht (***Übersicht 17***).

Die im Vergleich zum Beobachtungszeitraum schwächere Beitragsentwicklung im Prognosezeitraum ist überwiegend auf den weit geringeren Anstieg bei den Pflichtversicherten zurückzuführen (+5,9%/+8,4%). Hinzu kommt, dass auch die Beitragsgrundlagen voraussichtlich geringer steigen werden (+18,8%/+28,5%) (***Übersichten 12 und 13***).

Der Anstieg der Pflichtbeiträge, der im Prognosezeitraum erwartet wird, ist in der folgenden Übersicht einerseits nach Versichertengruppen gegliedert, andererseits ist dargestellt, auf welche Veränderungen von Beitragsgrundlage und Pflichtversichertenanzahl der Anstieg zurückzuführen sein wird.

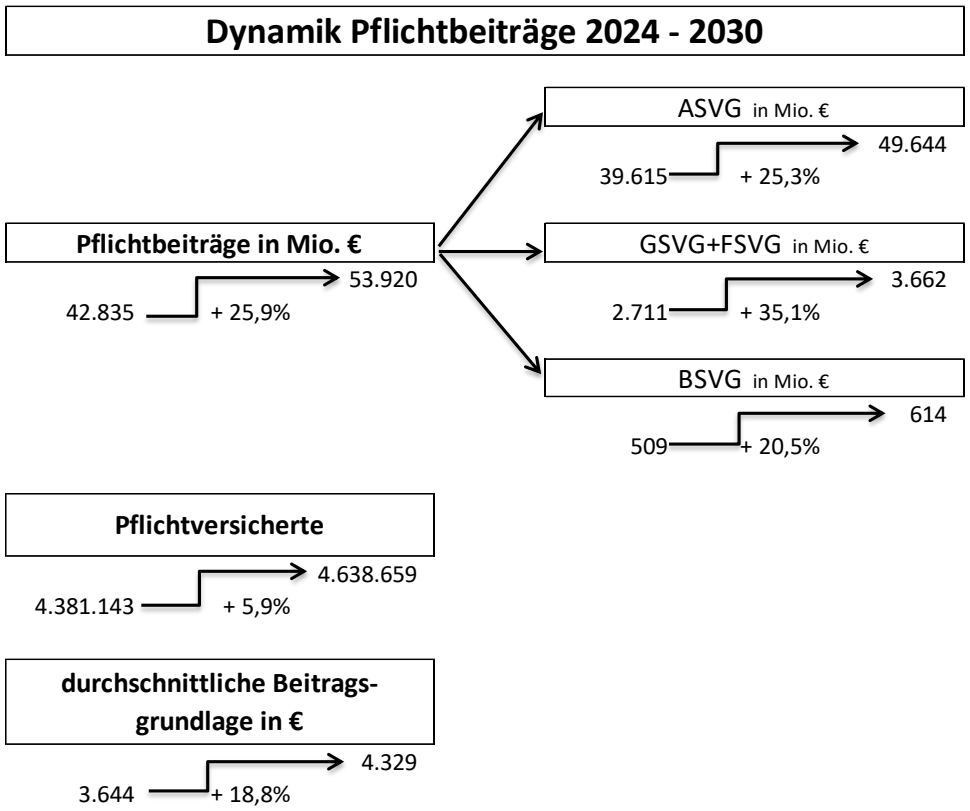


Abbildung 19: Dynamik Pflichtbeiträge 2024-2030

6.2.1 Beitragssätze

Die Beitragssätze betragen im Jahr 2025:

	Eigenbeitrag	Partnerleistung
PVA	22,8%	
BVAEB (Mischbeitragssatz inklusive Zusatzbeitrag in der knappschaftlichen PV)	22,9%	
PV nach dem GSVG	18,5%	4,3%
PV nach dem FSVG	20,0%	2,8%
PV nach dem BSVG	17,0%	5,8%

Tabelle 12: Beitragssätze

Diese Beitragssätze kommen im gesamten Prognosezeitraum zur Anwendung.

6.2.2 Entwicklung des Versichertenstandes

Die Entwicklung des Versichertenstandes (***Übersicht 12)*** deckt sich im Beobachtungs- und Prognosezeitraum (+8,4%/+5,9%) im Trend mit der zugrundeliegenden Wirtschaftsprognose, wo ein deutlich schwächerer Anstieg der unselbständig aktiv Beschäftigten im Prognosezeitraum erwartet wird (+6,6%/+3,8%). Im Beobachtungszeitraum war die Beschäftigungsentwicklung äußerst unregelmäßig. Nach soliden Zuwächsen in den Jahren 2018 und 2019 kam es im Jahr 2020 bedingt durch die Corona-Krise sogar zu einem Rückgang. 2021 und auch 2022 war der Anstieg mit +2,5% und +3,0% wiederum sehr kräftig. Ab 2026 werden Steigerungen von durchschnittlich 0,7% erwartet (***Übersicht 1***).

Während im Bereich des ASVG zwischen der Entwicklung des Versichertenstandes und der Entwicklung der unselbständig aktiv Beschäftigten eine deutliche Korrelation besteht, ein Faktum das für die Prognose genutzt wird, ist im Bereich des GSVG/FSVG kein eindeutiger Zusammenhang feststellbar. Seit dem Jahr 2000 waren hier durchwegs Zuwächse zu verzeichnen, die zwischen +0,7% und +5,2% pro Jahr schwanken (Mittelwert +2,8%). Eine Prognose des Versichertenstandes auf Basis der Wirtschaftsprognose ist daher nicht möglich. Die Prognose des Versichertenstandes für den vorliegenden Bericht beruht daher darauf, die Entwicklung der letzten Jahre möglichst realistisch fortzuschreiben (allenfalls unter Berücksichtigung getroffener Maßnahmen).

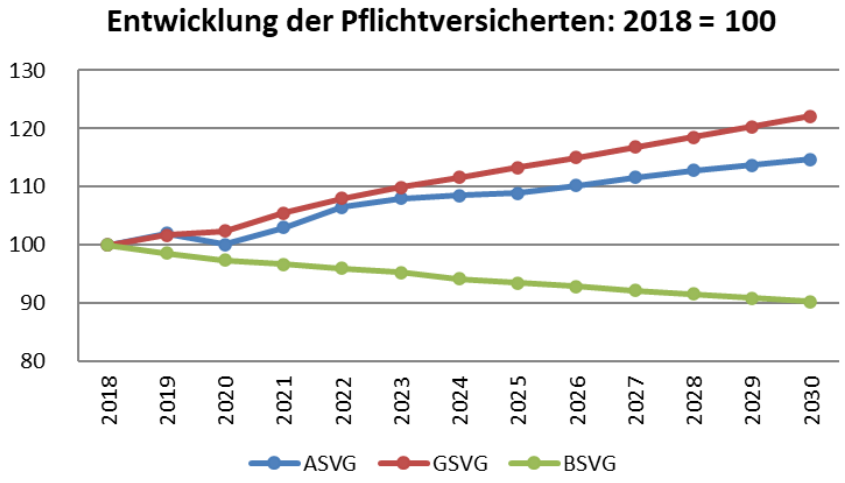


Abbildung 20: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen

Im Bereich des BSVG setzt sich der Rückgang des Versichertenstandes fort. Die hier zu beobachtende Entwicklung ist im Zusammenhang mit dem im landwirtschaftlichen Bereich seit einigen Jahrzehnten ablaufenden Strukturwandel zu sehen. Dieser äußert

sich in einer stetig sinkenden Zahl an landwirtschaftlichen Betrieben bei gleichzeitiger Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgröße (Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, Grüner Bericht 2024). Da sich die Pflichtversicherung nach dem BSVG im Wesentlichen auf Betriebsführer (auf deren Familienmitglieder jedoch nur bei hauptberuflicher Tätigkeit im Betrieb) erstreckt, erklärt sich die sinkende Zahl der Pflichtversicherten aus der sinkenden Betriebszahl.

Insgesamt ergeben sich bezüglich der Entwicklung der Versichertenzahlen im Beobachtungs- und Prognosezeitraum folgende Werte:

	2018	2018-2024	**2024**	2024-2030	**2030**	2018-2030
ASVG	3.454.873	+ 8,5%	3.748.875	+ 5,7%	3.964.261	+ 14,7%
GSVG+FSVG	452.514	+ 11,6%	505.198	+ 9,4%	552.568	+ 22,1%
BSVG	135.009	- 5,9%	127.070	- 4,1%	121.830	- 9,8%
gesamt	**4.042.396**	+ 8,4%	**4.381.143**	+ 5,9%	**4.638.659**	+ 14,8%

Tabelle 13: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen

6.2.3 Entwicklung der Beitragsgrundlagen

Die Entwicklung der Beitragsgrundlagen ist in der ***Übersicht 13*** dargestellt.

Die Beitragsgrundlagenentwicklung wird laut der vorliegenden Prognose (+18,8%) insgesamt niedriger sein als im Beobachtungszeitraum (+28,5%). Mit 2023 und 2024 liegen im Beobachtungszeitraum zwei Jahre mit außerordentlich hohem Anstieg der Beitragsgrundlage. 2023 lag dieser Anstieg bei 6,3%, 2024 bei 7,3%. Im Prognosezeitraum wird für 2025 aufgrund der vorliegenden Daten noch eine relativ starke Steigerung von 4,3% erwartet, im weiteren Verlauf werden die Zuwächse aber geringer ausfallen.

Im Beobachtungszeitraum ist die Entwicklung der Beitragsgrundlagen trotz des starken Anstiegs von 28,5% knapp hinter der Entwicklung der pro-Kopf-Einkommen (+29,2%) zurückgeblieben. Im Prognosezeitraum kehrt sich dies Entwicklung um. Die Entwicklung der Beitragsgrundlagen (+18,8%) wird höher angenommen, als jene der pro-Kopf-Einkommen (+16,9%).

Wie in Kapitel 6.1 beschrieben, war in der Vergangenheit im unselbständigen Bereich in Jahren mit sehr starkem Anstieg des pro-Kopf-Einkommens die Wachstumsrate der Beitragsgrundlage meist niedriger, als jene des pro-Kopf-Einkommens, sofern in

diesen Jahren das pro-Kopf-Einkommen stärker gestiegen ist, als die Höchstbeitragsgrundlage. In den Jahren 2022 und 2023 haben sich die geschilderten Zusammenhänge bestätigt. 2022 stieg das pro-Kopf-Einkommen um 4,9%. Da die Höchstbeitragsgrundlage nur um 2,2% gestiegen war, blieb auch der Anstieg der durchschnittlichen Beitragsgrundlage der Unselbständigen mit 3,6% deutlich hinter jenem des pro-Kopf-Einkommens zurück. Analoges gilt für 2023: Das pro-Kopf-Einkommen stieg um 7,1%, die Höchstbeitragsgrundlage um 3,2%, die durchschnittliche ASVG-Beitragsgrundlage um 6,8%. Über das Jahr 2024 sind Aussagen noch schwierig, da der von Statistik Austria festgestellte Wert des pro-Kopf-Einkommens noch mit Unsicherheiten behaftet ist. Im Jahr 2025 ist aus den bislang verfügbaren Daten ebenfalls eine Entwicklung abzulesen, die mit den Überlegungen zum „Höchstbeitragsgrundlageneffekt“ im Einklang steht: Während für das pro-Kopf-Einkommen ein Plus von 3,8% prognostiziert ist, zeichnet sich für die durchschnittliche ASVG-Beitragsgrundlage eine Entwicklung von +4,3% ab, da die Höchstbeitragsgrundlage um 6,4% höher ist, als im Jahr davor. Auch für 2026 wird erwartet, dass der Effekt sehr deutlich ausfällt, da die Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage mit +7,4% ihren Höhepunkt erreicht. Hier bildet sich der Aufholprozess der Höchstbeitragsgrundlage nach den starken Lohnsteigerungen der Jahre 2023 und 2024 ab. Ab 2027 wird die Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage auf ein niedrigeres Niveau sinken, bleibt aber bis 2030 über den Anstiegen der pro-Kopf-Einkommen. Insgesamt wird im Prognosezeitraum ein Anstieg der durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 2,9% erwartet, bei einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg des pro-Kopf-Einkommens von 2,6%.

Der sehr deutliche Anstieg der Beitragsgrundlage im BSVG-Bereich im Jahr 2018 ist unter anderem auf die in diesem Jahr wirkende Einheitswerthauptfeststellung zurückzuführen, welche die Beitragsgrundlage im BSVG-Bereich um 9,6% hat ansteigen lassen. Bei den Selbständigen kam es v.a. coronabedingt 2020 zu einem Sinken um 7,4%, 2021 zu einer Steigerung um 13,8%, die das Minus des Vorjahres mehr als ausgeglichen hat.

Die Steigerungsraten der durchschnittlichen Beitragsgrundlage betragen:

in €	**2018**	2018-2024	**2024**	2024-2030	**2030**	2018-2030
ASVG	2.982,75	+ 29,5%	3.863,13	+ 18,5%	4.577,00	+ 53,4%
GSVG+FSVG	2.046,91	+ 18,7%	2.428,74	+ 21,9%	2.960,66	+ 44,6%
BSVG	1.714,57	+ 16,5%	1.998,29	+ 24,0%	2.477,71	+ 44,5%
gesamt	**2.836,05**	+ 28,5%	**3.643,93**	+ 18,8%	**4.329,30**	+ 52,7%

Tabelle 14: Entwicklung der Durchschnittspensionen nach Versichertengruppe

7 Kennzahlen

7.1 Pensionsquoten

Im umlagefinanzierten Alterssicherungssystem ist die Finanzierbarkeit unter anderem davon abhängig, dass einer Pension eine hinreichend große Zahl an Erwerbseinkommen gegenübersteht, deren Beitragsleistungen die Auszahlung der Pension finanzieren. Die Entwicklung dieser so genannten Pensionsquote – ausgedrückt als die Zahl der Pensionen pro 1.000 Pflichtversicherungen – wird daher im Allgemeinen als Kennzahl für die „Stabilität" eines Pensionssystems gesehen. Mit Einschränkungen gilt das auch, allerdings darf nicht übersehen werden, dass auch andere Faktoren die Finanzierbarkeit beeinflussen. So kann etwa eine schwache Entwicklung der durchschnittlichen Erwerbseinkommen, beispielsweise durch verstärkte Teilzeitbeschäftigung, auch bei stabiler Pensionsquote die Finanzierung der Pensionen erschweren, andererseits kann eine steigende Pensionsquote dadurch kompensiert werden, dass die Erwerbseinkommen stärker steigen als die Durchschnittspensionen.

In der gesamten gesetzlichen Pensionsversicherung zeigt sich (***Übersicht 14***):

Jahr	Pensions-quote	Begründung
2018	581	
2019	578	Sinken: Zahl der Pflichtversicherten (+73.678) stieg stärker als Zahl der Pensionen (+28.677)
2020	597	deutlicher Anstieg: - relativ stark steigender Pensionsstand (+40.220) - stark sinkende Zahl an Pflichtversicherten (-66.033) aufgrund der Corona-Krise
2022	578	Sinken aufgrund der deutlichen Erholung der Versichertenstände: - Pensionen stiegen 2021 um rund 31.000, 2022 um 34.000 - Pflichtversicherte stiegen aufgrund der konjunkturellen Erholung um rund 114.000 (2021) bzw. 131.000 (2022)
2024	584	Anstieg: Pensionsstand stieg von 2023 auf 2024 stärker (+32.329) als die Zahl der Pflichtversicherten (+23.786)
2030	584	Bleibt mit geringen Schwankungen auf diesem Niveau

Tabelle 15: Entwicklung der Pensionsquote

Die einzelnen Versichertengruppen zeigen deutlich unterschiedliche Trends. Die Entwicklung im ASVG (insgesamt kaum Änderung von 576 auf 578) verläuft ähnlich der

Entwicklung in der gesamten Pensionsversicherung.

Auffallend ist im ASVG die recht deutliche Steigerung im Jahr 2020 von 572 auf 594: dies ist darauf zurückzuführen, dass der Pensionsstand um 1,8% stieg (absolut um rund 36.000), die Zahl der Pflichtversicherten aber um 1,9% sank (absolut um rund 67.000). Auch im Bereich des GSVG und FSVG stieg die Quote in diesem Jahr von 425 auf 436. Hier stieg die Zahl der Pensionen deutlich stärker an als die Zahl der Pflichtversicherten.

Die „Umkehrung“ der Pensionsquote ergibt eine Zahl die angibt, wie viele Pflichtversicherungen jeweils einer Pensionsleistung gegenüberstehen (***Übersicht 14a***).

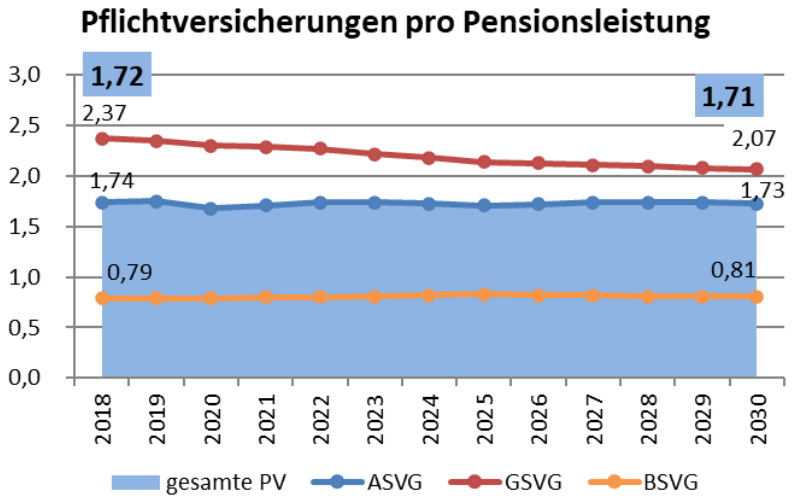


Abbildung 21: Zahl der Pflichtversicherungen pro Pensionsleistung

7.2 Deckungsquoten

Die relative Beteiligung der Zahlungen des Bundes an den Aufwendungen der Pensionsversicherung ist in den ***Übersichten 26, 26a, 26b und 27*** zusammengefasst.

Beispielhaft für diese grundsätzlich ähnlichen Kennzahlen zeigt die folgende Abbildung, welcher Anteil der Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger durch Bundesmittel (Ausfallhaftung, Beiträge für Teilversicherte aus der UG22, Beitragsübernahmen, Partnerleistung und Ausgleichszulagen) abgedeckt wird (***Übersicht 27***).

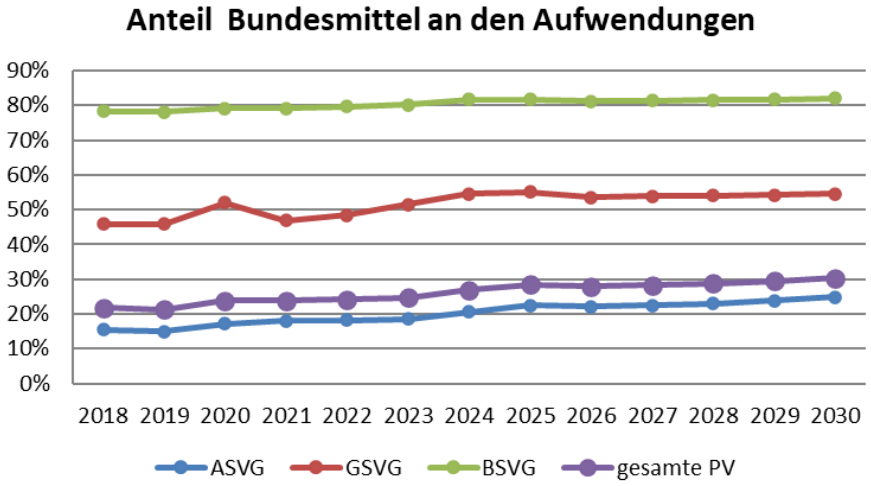


Abbildung 22: Anteil der Bundesmittel an den Aufwendungen

Der Anteil der Bundesmittel an den Aufwendungen sank zu Beginn des Beobachtungszeitraumes leicht ab, da in den Jahren 2018 und 2019 eine starke Beschäftigungs- und Lohnentwicklung, bei gleichzeitig moderatem Anstieg von Pensionsstand und Durchschnittspension, zu verzeichnen waren. Der Anstieg im Jahr 2020 ist zum größten Teil auf die Corona-Krise auf der Beitragsseite und die deutliche Steigerung des Pensionsaufwandes auf der Aufwandsseite zurückzuführen. Ab 2023 sind die starken Steigerungen v.a. auf die inflationsbedingt hohen Anpassungen zurückzuführen. 2026 sinkt der Anteil der Bundesmittel vorübergehend. Einerseits tritt eine Erholung auf der Beitragsseite ein, andererseits wirken sich zuletzt getroffene gesetzliche Maßnahmen aus (Pensionsanpassung, Korridorpensionen).

Insgesamt sind die Steigerungen im Prognosezeitraum etwas geringer als im Beobachtungszeitraum, 2030 beträgt der Anteil mehr als 30%.

Die Niveauunterschiede zwischen den Versichertengruppen stehen einerseits im

Zusammenhang mit den unterschiedlichen Pensionsquoten. Die Abdeckung der Aufwendungen der PV-Träger durch die Bundesmittel ist grundsätzlich dort höher, wo das Verhältnis von Pflichtversicherten zu Pensionisten niedriger ist. Andererseits kommt dazu, dass für GSVG-, FSVG- und BSVG-Versicherte der Bund eine Beitragssubvention in Form der Partnerleistung leistet. Dies führt dazu, dass so wie im BSVG auch im GSVG-Bereich die Abdeckung der Aufwendungen durch die Bundesmittel trotz des günstigeren Verhältnisses von Pflichtversicherungen zu Pensionsleistungen höher ist als im ASVG-Bereich.
Die Schwankungen der Kennzahl im zeitlichen Verlauf sind im Vergleich zu den Niveauunterschieden zwischen den Versichertengruppen vergleichsweise klein.
Dennoch sind wesentliche Entwicklungen ablesbar.

Da die finanziellen Volumina im Bereich des ASVG jene der anderen Versichertengruppen deutlich übersteigen, ist die Gesamtkennzahl in Niveau und Verlauf jener des ASVG-Bereichs sehr ähnlich.

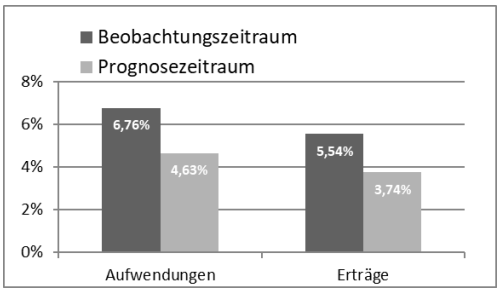
8 Zusammenfassung

In der Zusammenfassung erfolgt ein Vergleich der wichtigsten Ergebnisse zwischen Prognosezeitraum und Beobachtungszeitraum. Die Ergebnisse des Beobachtungszeitraumes finden sich in der ***Übersicht 29.*** Wie im Kapitel 2.2 erläutert wurde, sind im vorliegenden Gutachten sowohl die Gesamtänderung 2024 bis 2030 (***Übersicht 30a)*** als auch jene von 2025 bis 2030 (***Übersicht 30b)*** dargestellt, um die Vergleichbarkeit zum Gutachtenteil über die Entwicklung im Bereich der Beamten zu erleichtern.

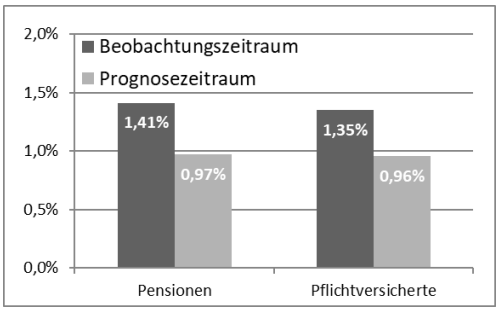
Zur Verbesserung der Vergleichbarkeit sind neben absoluter und relativer Änderung auch die durchschnittlichen jährlichen Änderungen dargestellt:

Entwicklung wichtiger Kenngrößen im Zeitraum 2024-2030 (Prognosezeitraum)

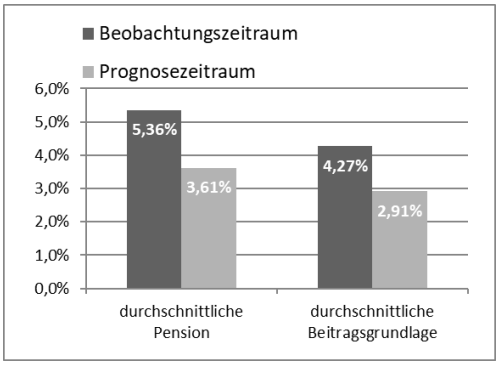
- Sowohl im Beobachtungs- als auch im Prognosezeitraum steigen die **Aufwendungen** jährlich im Schnitt stärker als die **Erträge** (ohne Bundesmittel). Der Abstand ist im Prognosezeitraum mit +0,89%-Punkten jedoch geringer als zuvor (+1,23%-Punkte).



- Die **Zahl der Pflichtversicherten** wird im Prognosezeitraum im Durchschnitt ähnlich steigen (+0,96%) wie die Zahl der **Pensionen** (+0,97%), bei denen sich seit 2024 die Anhebung des Antrittsalters der Frauen bemerkbar macht. Die Pensionsquote bleibt auf dem Niveau von 1,71.



- Allerdings verläuft die Entwicklung der **durchschnittlichen Beitragsgrundlagen** und der **Durchschnittspensionen** aus Sicht der Finanzierbarkeit weiterhin ungünstig, wenngleich etwas besser als in der Vergangenheit: Während im Beobachtungszeitraum die Pensionen im Schnitt um mehr als 1%-Punkte stärker gestiegen sind als die

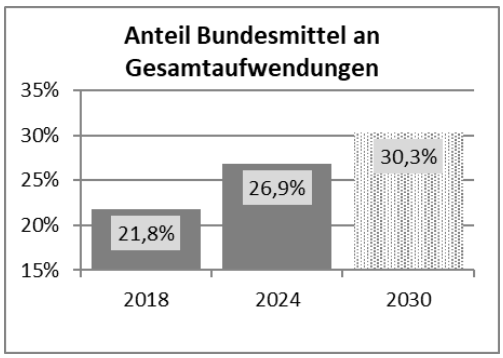


Beitragsgrundlagen, ist der Abstand im Prognosezeitraum 0,7%-Punkte.

- In Summe bewirken die beschriebenen Entwicklungen, dass die durchschnittliche jährliche Steigerung der **Bundesmittel** im Prognosezeitraum +6,73% beträgt und damit niedriger ist als im Beobachtungszeitraum (+10,46%).

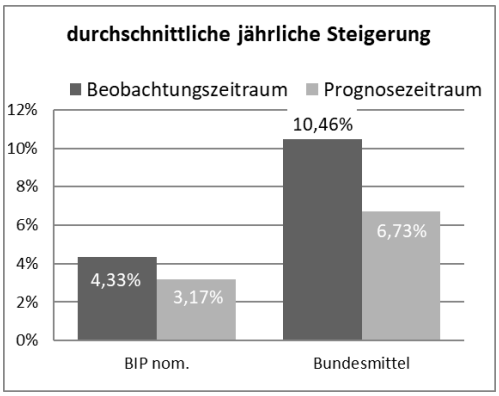
- **Bundesmittel gemessen an den Gesamtaufwendungen (beides inklusive AZ)**

  Die Bundesmittel werden bis 2030 auf mehr als 30% der Gesamtaufwendungen der PV-Träger steigen. Das ist deutlich mehr als in den Jahren 2018 (21,8%) und 2024 (26,9%).



- **Bundesmittel im Vergleich zum BIP**

  Für den Prognosezeitraum wird eine geringere Steigerung des nominellen **Brutto-inlandsproduktes** prognostiziert als im Beobachtungszeitraum (+4,33%/+3,17%). In beiden Zeiträumen ist der Anstieg des BIP niedriger als der Anstieg der Bundesmittel. Im Prognosezeitraum ist der Abstand allerdings geringer. Der Anteil der Bundesmittel gemessen am BIP steigt daher weiterhin an, von 2,45% 2018 auf 3,45% 2024 auf 4,23% 2030 (***Übersicht 28*** und ***Registern 8 bis 12*** der ***Zeitreihen***).



Entwicklung wichtiger Kenngrößen im Zeitraum 2025-2030

In der ***Übersicht 30b*** sind wichtige Ergebnisse für jenen Zeitraum dargestellt, der dem Gutachtenteil über die Entwicklung im Bereich der Beamten entspricht (2025-2030). In diesem Zeitraum wird die Zahl der Pflichtversicherten mit +5,41% (jährlich +1,06%) stärker steigen als die Zahl der Pensionen mit +4,78% (jährlich +0,94%). Allerdings entwickeln sich auch hier die Durchschnittspensionen (jährlich +3,20%) im Vergleich zur Steigerung der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen (jährlich +2,63%) stärker. Dies hat zur Folge, dass die Aufwendungen mit +22,48% stärker steigen als die

Erträge (+19,09%). Insgesamt steigt der Anteil der Bundesmittel an den Gesamtaufwendungen von 28,49% im Jahr 2025 auf 30,33% im Jahr 2030.

9 Anlagen

9.1 Aktuelle gesetzliche Änderungen mit Auswirkung auf die Finanzierung der gesetzlichen PV

Im Folgenden werden wesentliche gesetzliche Änderungen beschrieben, die seit Vorlage des letzten Gutachtens (November 2024) kundgemacht wurden und finanzielle Auswirkungen auf die Gebarung der PV-Träger hatten bzw. haben.

- **KV-Beitragssatz der Pensionisten (BSMG 2025 II, BGBl. I Nr. 20/2025)**

Ab 1. Juni 2025 haben Pensionisten 6,0% ihrer Pension als Beitrag zur Krankenversicherung zu leisten (zuvor: 5,1%). Abweichend davon ist (nur) im Jahr 2025 von Personen, die eine Ausgleichzulage, nicht aber einen Ausgleichzulagen- oder Pensionsbonus, beziehen sowie von deren im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegattinnen, Ehegatten, eingetragenen Partnerinnen und Partnern weiterhin ein Beitrag in der Höhe von 5,1% einzubehalten. Aufgrund der „Hebesätze“ ergeben sich für die PV-Träger Mehraufwendungen, die in der Ausfallhaftung des Bundes wirksam werden.

- **Erstmalige Pensionsanpassung (Budgetbegleitgesetz 2025, BGBl. I Nr. 25/2025)**

Entsprechend dem Regierungsprogramm 2025-2029 wurde die bisherige Aliquotierungsregelung für die erstmalige Pensionsanpassung durch eine neue Bestimmung ersetzt: bei der erstmaligen Anpassung werden Pensionen – einheitlich und unabhängig vom Kalendermonat des Pensionsantritts – mit 50% des Betrages erhöht, der sich aus der Anwendung des Anpassungsfaktors ergeben würde.

- **Korridorpension (Budgetbegleitgesetz 2025, BGBl. I Nr. 25/2025)**

Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme einer Korridorpension wurden für Personen, die ab dem 1.1.964 geboren sind, geändert. Einerseits wird das Antrittsalter vom vollendeten 62. Lebensjahr auf das 63. Lebensjahr angehoben, andererseits die erforderliche Versicherungszeit von 40 auf 42 Jahre. Für Personen geboren bis zum 31. März 1965 steigt das Antrittsalter stufenweise (pro Vierteljahr um 2 Monate). Für Personen geboren bis zum 30. September 1966 steigt die erforderliche Versicherungszeit ebenfalls stufenweise (pro Quartal um 2 Monate). Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer vor dem 16. Juni 2025 wirksamen Altersteilzeitvereinbarung bzw. zuerkanntem Überbrückungsgeld gelten die

Zugangsvoraussetzungen vom 31.12.2025.

- **Valorisierung Sozialleistungen (Budgetbegleitgesetz 2025, BGBl. I Nr. 25/2025)**

In den Jahren 2026 und 2027 werden Sozialleistungen gem. § 108i ASVG nicht valorisiert (Bemessungsgrundlagen von Rehabilitations- und Wiedereingliederungsgeld, Krankengeld).

- **Klarstellung Angehörige – Aufenthalt im Inland (BGBl. I Nr. 40/2025)**

So wie im ASVG wurde im GSVG und im BSVG klargestellt, dass der erhöhte Ausgleichszulagen-Familienrichtsatz nur dann zur Anwendung kommt, wenn der Partner bzw. die Partnerin einen rechtmäßigen Aufenthalt im Inland hat. Gleiches gilt für den Erhöhungsbetrag für Kinder bzw. den Ausgleichszulagen- und Pensionsbonus.

- **Teilpension nach APG (BGBl. I Nr. 47/2025)**

Um einen schrittweisen Ausstieg aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen, können Versicherte, die die Voraussetzungen für eine Art der Alterspension erfüllen, diese als Teilpension in Anspruch nehmen. Voraussetzung dafür ist, dass das Ausmaß der bisherigen Arbeitszeit um mindestens 25% und höchstens 75% reduziert wird, wobei jedenfalls weiterhin eine die Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung begründende Tätigkeit vorliegen muss.

- **Pensionsanpassung 2026 (BGBl. I Nr. 72/2025)**

Erhöhung des Gesamtpensionseinkommens inklusive Sonderpensionen bis 2.500 € mit dem gesetzlichen Anpassungsfaktor 1,027, darüber Fixbetrag 67,50 €.
Die Ausgleichszulagenrichtsätze werden mit dem gesetzlichen Anpassungsfaktor erhöht.

Nachhaltigkeitsmechanismus

Mit dem Teilpensionsgesetz - APG, BGBl. I Nr. 47/2025, wurde ein „Nachhaltigkeitsmechanismus“ beschlossen. Für die Kalenderjahre 2026 bis 2030 ist die jährliche Abweichung der Aufwendungen der UG22 von einem vorgegebenen Zielpfad durch die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz festzustellen. Eine Überschreitung des Zielpfades im jeweiligen Jahr um mehr als 0,5% ist gesondert auszuweisen. Ergibt die Summe der Abweichungen 2026 bis 2030 eine Überschreitung um mehr als 0,5% des kumulierten Zielpfades, sind Maßnahmen zu treffen. Die Zielwerte der einzelnen Jahre entsprechen den Aufwendungen der UG22

laut Bundesfinanzrahmen bis 2029 sowie eines Prognosewertes für 2030.
Der Nachhaltigkeitsmechanismus soll dazu beitragen, die langfristige Finanzierbarkeit und Stabilität des Pensionssystems zu gewährleisten.

Maßnahmen, die Bezieher:innen einer Pension betreffen, aber keine finanzielle Auswirkung in der UG22 haben

- Rezeptgebühr wird 2026 nicht mit der Aufwertungszahl erhöht (BSMG 2025 II)
- Um eine zusätzliche Entlastung von Versicherten mit einem hohen Bedarf an Heilmitteln zu erreichen, wird die bestehende Rezeptgebührenobergrenze stufenweise über einen Zeitraum von vier Jahren beginnend mit 2027 bis 2030 auf 1,5% des Nettoeinkommens abgesenkt (zuvor: 2,0%) (BSMG 2025 II)
- Erhöhung der e-card-Gebühr auf 25 € im Jahr 2025, auch Bezieher:innen einer Pensionsleistung haben diese zu leisten, erstmalig im Jahr 2026 für das Jahr 2027 (Budgetbegleitgesetz 2025)
- Geringfügigkeitsgrenze wird 2026 nicht erhöht (Budgetbegleitgesetz 2025)

9.2 Rehabiliation vor Pension – „IP neu“

Seit Inkrafttreten des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 2012 gebührt bei Vorliegen von vorübergehender Invalidität von mindestens sechs Monaten

- Rehabilitationsgeld: wenn berufliche Maßnahmen der Rehabilitation nicht zweckmäßig oder nicht zumutbar sind bzw.
- Umschulungsgeld: wenn berufliche Maßnahmen der Rehabilitation zweckmäßig und zumutbar sind.

Die Zahl der Bezieher entwickelte sich seit Einführung folgendermaßen:

	Bezieher von	
Stand im Dezember	**Rehabilitationsgeld *)**	**Umschulungsgeld**
2014	11.651	33
2015	19.114	115
2016	20.087	142
2017	20.680	141
2018	21.563	119
2019	20.911	123
2020	18.432	103
2021	18.113	103
2022	18.086	93
2023	18.166	100
2024	18.522	67

*) ab 2020: inklusive öffentlich Bediensteter

Quelle: Versichertenstatistik der Träger, BM für Arbeit und Wirtschaft

Tabelle 16: Zahl der Personen mit Bezug von Rehabilitations- oder Umschulungsgeld

In Jahren 2014 und 2015 entfiel ein großer Teil des Zuganges auf Weitergewährungen nach befristeten Invaliditätspensionen.

Folgende Ersätze wurden von den Pensionsversicherungsträgern geleistet:

	Ersätze für Rehabilitationsgeld inklusive KV-Beiträge	**Ersätze für berufliche Maßnahmen der Rehabilitation**	**gesamt**
2014	97,5 Mio. €	0,4 Mio. €	97,9 Mio. €
2015	274,7 Mio. €	6,6 Mio. €	281,3 Mio. €
2016	330,6 Mio. €	5,3 Mio. €	335,9 Mio. €
2017	378,4 Mio. €	6,1 Mio. €	384,5 Mio. €
2018	398,3 Mio. €	6,8 Mio. €	405,1 Mio. €
2019	416,6 Mio. €	6,5 Mio. €	423,1 Mio. €
2020	407,7 Mio. €	5,7 Mio. €	413,3 Mio. €
2021	387,8 Mio. €	8,2 Mio. €	396,0 Mio. €
2022	399,4 Mio. €	7,7 Mio. €	407,1 Mio. €
2023	444,2 Mio. €	6,1 Mio. €	450,3 Mio. €
2024	515,5 Mio. €	7,4 Mio. €	522,8 Mio. €

Quelle: PVA, VAEB / BVAEB, eigene Berechnungen

Tabelle 17: Ersätze für Rehabilitationsgeld und für berufliche Maßnahmen der Rehabilitation

In den Ersätzen für das Rehabilitationsgeld sind neben der Ersatzleistung selbst auch ein pauschaler Krankenversicherungsbeitrag sowie ein Ersatz der anteiligen Verwaltungskosten enthalten. Diese Ersätze finden sich in den ***Gebarungstabellen*** des vorliegenden Berichtes in der Position „Übrige Aufwendungen“. Zusätzlich zu diesen Aufwendungen fallen, wie im Kapitel 5 beschrieben, Beiträge für Teilversicherte an, die aus der Untergliederung 22 zu tragen sind.

Die Ersätze für „berufliche Maßnahmen der Rehabilitation“ bzw. für „sonstige Maßnahmen der Arbeitsintegration“ sind in den Erfolgsrechnungen der PV-Träger in der Position „Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation“ enthalten. Die Teilversicherungsbeiträge für die Bezieher von Umschulungsgeld werden vom Arbeitsmarktservice AMS getragen und sind in den Erfolgsrechnungen der PV-Träger in der Position „Beiträge für Teilversicherte gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 APG“ zu finden.

Zusammengefasst werden folgende Leistungen erbracht:

	Medizinische Rehabilitation	**Berufliche Rehabilitation**
Geldleistung erbringt	KV-Träger	Arbeitsmarktservice
PV-Träger leisten	• Ersätze für Rehabilitationsgeld inklusive KV-Beiträge • Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation	Ersätze für „berufliche Maßnahmen der Rehabilitation“ (Teil der „Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation“)
Beiträge für Teilversicherte	UG22	Arbeitsmarktservice

Tabelle 18: Geldflüsse bei medizinischer und beruflicher Rehabilitation

Weiterführende Daten sind auf der Website des Sozialministeriums im „Bericht Rehabilitationsgeld und medizinische Rehabilitation“ unter „Themen → Soziales → Sozialversicherung → Pensionsdaten, Berichte und Studien → Berichte und Studien“ zu finden (www.sozialministerium.at).

9.3 Anpassung und Aufwertung

Gemäß § 108 Abs. 5 ASVG hat der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz jedes Jahr für das folgende Kalenderjahr den **Anpassungsfaktor** gemäß § 108f ASVG bis spätestens 30. November eines jeden Jahres durch Verordnung festzusetzen.

Der Anpassungsfaktor ist dabei unter Bedachtnahme auf den Richtwert festzusetzen (§ 108f Abs. 1). Der Richtwert ist gemäß § 108f Abs. 2 ASVG so festzusetzen, dass die Erhöhung der Pensionen auf Grund der Anpassung mit dem Richtwert der Erhöhung der Verbraucherpreise entspricht (Durchschnitt der zwölf Kalendermonate bis zum Juli des Jahres, das dem Anpassungsjahr vorangeht).

August	2024	2,3%
September	2024	1,8%
Oktober	2024	1,8%
November	2024	1,9%
Dezember	2024	2,0%
Jänner	2025	3,2%
Februar	2025	3,2%
März	2025	3,0%
April	2025	3,1%
Mai	2025	2,9%
Juni	2025	3,3%
Juli	2025	3,6%
Durchschnitt		**2,7%**

Der **Richtwert** für das Jahr **2026** lautet somit **1,027**.

Gemäß § 108h Abs. 1 ASVG sind die Pensionen mit Wirksamkeit ab dem 1. Jänner eines jeden Jahres mit dem Anpassungsfaktor zu vervielfachen. Laut BGBl. I Nr. 72/2025 werden Pensionen 2026 nur bis zu einem Gesamtpensionseinkommen von 2.500 € mit dem Anpassungsfaktor von 1,027 erhöht, darüber gebührt ein Fixbetrag in Höhe von 67,50 €, wobei bei der Berechnung des Gesamtpensionseinkommens Sonderpensionen einbezogen werden. Diese Pensionsanpassung wird den Aufwand der Pensionsversicherungsträger im ersten Jahr um rund 1,5 Mrd. € erhöhen. Seit Einführung der „inflationsbasierten“ Anpassungsbestimmung kam es – mit Ausnahme der Jahre 2015 bis 2017 – in allen Jahren durch Beschluss einer von § 108h Abs. 1 ASVG abweichenden gesetzlichen Bestimmung zu unterschiedlichen Ausgestaltungen der jeweiligen Pensionserhöhungen (Sonderbestimmungen, fallweise Einmalzahlungen) bzw. auch zu außertourlichen Erhöhungen der Ausgleichszulagenrichtsätze.

Jahr	Richtwert	Erhöhung	Anmerkung
2006	1,025	2,5% Erhöhung für Pensionen bis zur halben HöchstBG, d.s. 1.875 €; für höhere Pensionen: 46,88 € Fixbetrag (§617 Abs. 9 ASVG)	
2007	1,016	1,6% Erhöhung für Pensionen bis zur halben HöchstBG, d.s. 1.920 €; für höhere Pensionen: 30,72 € Fixbetrag (§617 Abs. 9 ASVG) zusätzlich Einmalzahlung	
2008	1,017	Pensionen bis 747 € werden um 1,7% erhöht Pensionen von 747 € bis 1.050 € werden um 21 € erhöht Pensionen von 1.050 € bis 1.700 € werden um 2,0% erhöht Pensionen von 1.700 € bis 2.161,50 € werden von 2,0% bis 1,7% erhöht Pensionen über 2.161,50 € werden um 36,75 € erhöht (68.Novelle zum ASVG (§634 Abs.10)) zusätzlich Einmalzahlung	aufgrund eines EUGH-Urteiles wurden Pensionen bis 747 € nachträglich um +1,1% erhöht (BGBl. I Nr. 76/2012)
2009	1,032	3,4% Erhöhung für Pensionen bis zu 60% der HöchstBG; d.s. 2.412 € für höhere Pensionen: 82,01 € Fixbetrag (SRÄG 2008, §634 Abs.12 ASVG)	Die Anp. der Pensionen für 2009 erfolgte bereits im Nov. 2008
2010	1,015	1,5% Erhöhung für Pensionen bis zu 60% der HöchstBG; d.s. 2.466 € für höhere Pensionen: 36,99 € Fixbetrag (§634 Abs.12 ASVG) zusätzlich Einmalzahlung	Die Auszahlung der Einmalzahlung 2010 erfolgte bereits im Dez. 2009
2011	1,012	1,2% Erhöhung für Pensionen bis zu 2.000 €, zwischen 2.000 € und 2.310 € sinkt der Prozentsatz von 1,2% auf 0,0% (§658 Abs.6 ASVG)	
2012	1,027	2,7% Erhöhung für Pensionen bis zu 3.300 €, zwischen 3.300 € und 5.940 € sinkt der Prozentsatz von 2,7% auf 1,5%, mehr als 5.940 €: 1,5% (§663 Abs.4 ASVG)	
2013	1,028	1,8% Erhöhung für alle Pensionen (Richtwert aufgrund 2. Stabilitätsgesetz 2012 um 1%-Punkt verringert)	
2014	1,024	1,6% Erhöhung für alle Pensionen (Richtwert aufgrund 2. Stabilitätsgesetz 2012 um 0,8%-Punkte verringert)	
2015	1,017	1,7% Erhöhung für alle Pensionen	
2016	1,012	1,2% Erhöhung für alle Pensionen zusätzlich Einmalzahlung zur Dezemberpension in Höhe von 100 €	
2017	1,008	0,8% Erhöhung für alle Pensionen	
ab 2018: Gesamtpensionseinkommen wird erhöht, wenn es ….			
2018	1,016	nicht mehr als 1.500 € monatlich beträgt, um 2,2% über 1.500 € bis zu 2.000 € monatlich beträgt, um 33 € über 2.000 € bis zu 3.355 € monatlich beträgt, um 1,6% über 3.355 € bis zu 4.980 € monatlich beträgt, von 1,6% bis 0% mehr als 4.980 € monatlich beträgt: keine Erhöhung (BGBl. I Nr. 151/2017)	Gesamtpens.einkommen inkl. aller Pensionen gem. Sonderpensionenbegr.ges. (BGBl. I Nr. 46/2014)
2019	1,020	nicht mehr als 1.115 € monatlich beträgt, um 2,6% über 1.115 € bis zu 1.500 € monatlich beträgt, von 2,6% bis 2,0% über 1.500 € bis zu 3.402 € monatlich beträgt, um 2,0% über 3.402 € monatlich beträgt, um 68 € (BGBl. I Nr. 99/2018)	Summe aller Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung
2020	1,018	nicht mehr als 1.111 € monatlich beträgt, um 3,6% über 1.111 € bis zu 2.500 € monatlich beträgt, von 3,6% bis 1,8% über 2.500 € bis zu 5.220 € monatlich beträgt, um 1,8% über 5.220 € monatlich beträgt, um 94 € (BGBl. I Nr. 98/2019, 103/2019)	Gesamtpensions-einkommen wie 2018
2021	1,015	nicht mehr als 1.000 € monatlich beträgt, um 3,5% über 1.000 € bis zu 1.400 € monatlich beträgt, von 3,5% bis 1,5% über 1.400 € bis zu 2.333 € monatlich beträgt, um 1,5% über 2.333 € monatlich beträgt, um 35 € (BGBl. I Nr. 135/2020)	Summe aller Pensionen wie 2019
2022	1,018	nicht mehr als 1.000 € monatlich beträgt, um 3,0% über 1.000 € bis zu 1.300 € monatlich beträgt, von 3,0% bis 1,8% über 1.300 € monatlich beträgt, um 1,8% (BGBl. I Nr. 210/2021) zusätzlich Zahlungen betr. Teuerungsausgleich	Gesamtpensions-einkommen wie 2018
2023	1,058	nicht mehr als 5.670 € monatlich beträgt, um 5,8% darüber um 328,86 € (BGBl. I Nr. 175/2022) zusätzlich Direktzahlung am 1.3.2023	Gesamtpensions-einkommen wie 2018
2024	1,097	nicht mehr als 5.850 € monatlich beträgt, um 9,7% darüber um 567,45 € (BGBl. I Nr. 133/2023)	Gesamtpensions-einkommen wie 2018
2025	1,046	nicht mehr als 6.060 € monatlich beträgt, um 4,6% darüber um 278,76 € (BGBl. I Nr. 145/2024)	Gesamtpensions-einkommen wie 2018

Tabelle 19: Erhöhung der Pensionen seit 2006

Die Anpassung im 1. Jahr nach Pensionsantritt wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach geändert. Von 2022 bis 2025 hätte die Pensionsanpassung für Pensionen mit Stichtag im vorangegangenen Kalenderjahr grundsätzlich aliquot erfolgen müssen (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020 - BGBl. I Nr. 28/2021), faktisch wurde die Aliquotierung aber 2023, 2024 und 2025 abgeschwächt bzw. ganz ausgesetzt, da sich aufgrund der hohen Inflation durch die aliquote Anpassung ein hoher Verlust für die jeweiligen Neuzugänge ergeben hätte. Mit dem Budgetbegleitgesetz 2025 wurde die bisherige Aliquotierungsregelung abgeschafft. Ab 2026 werden bei der erstmaligen Anpassung Pensionen – einheitlich und unabhängig vom Kalendermonat des Pensionsantritts – mit 50% des Betrages erhöht, der sich aus der Anwendung des Anpassungsfaktors ergeben würde.

	Anpassung im 1. Jahr	gültig für Anpassung ab
Anpassung gemäß §108h Abs. 1 ASVG, § 50 GSVG, § 46 BSVG	voll	
Budgetbegleitgesetz 2003	keine	1.1.2004
Sozialrechts-Änderungsgesetz 2008	voll	1.1.2009
Budgetbegleitgesetz 2011	keine	1.1.2011
Pensionsanpassungsgesetz 2020 bzw. Steuerreformgesetz 2020	voll	1.1.2020
Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020	**aliquot**	1.1.2022
Pensionsanpassungsgesetz 2023	aliquot, aber mind.50% der regulären Anpassung	gültig nur für Anpassung am 1.1.2023
BGBl. I Nr. 36/2023	voll	gültig für die Anpassungen 2024 und 2025
Budgetbegleitgesetz 2025	50%	1.1.2026

Tabelle 20: Anpassung der Pensionen im 1. Jahr nach Pensionsantritt

Die Berechnung des Richtwertes seit 2006 und die zugehörigen Inflationsraten sind in der folgenden Tabelle zu sehen.

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Jahresinflationsraten																						
Jänner	1,1	2,9	1,2	1,6	3,2	1,2	1,2	2,4	2,8	2,7	1,6	0,7	1,2	2,0	1,8	1,8	2,0	0,8	5,0	11,2	4,6	**3,2**	
Februar	1,4	2,8	1,2	1,6	3,2	1,3	1,0	3,0	2,6	2,5	1,5	0,8	1,0	2,2	1,8	1,5	2,2	1,2	5,8	10,9	4,1	**3,2**	
März	1,5	2,9	1,0	1,8	3,5	0,8	2,0	3,1	2,4	2,3	1,7	1,0	0,7	1,9	1,9	1,8	1,6	2,0	6,8	9,2	4,1	**3,0**	
April	1,6	2,6	1,7	1,8	3,3	0,7	2,0	3,3	2,3	2,0	1,7	1,0	0,5	2,1	1,8	1,7	1,5	1,9	7,2	9,6	3,5	**3,1**	
Mai	2,1	2,3	1,7	2,0	3,7	0,3	1,9	3,3	2,1	2,3	1,8	1,0	0,6	1,9	1,9	1,7	0,7	2,8	7,7	8,9	3,3	**2,9**	
Juni	2,3	2,3	1,5	2,0	3,9	-0,1	2,0	3,3	2,2	2,2	1,9	1,0	0,6	1,9	2,0	1,6	1,1	2,8	8,7	8,0	3,0	**3,3**	
Juli	2,2	2,2	1,5	2,1	3,8	-0,3	1,9	3,5	2,1	2,0	1,8	1,2	0,6	2,0	2,1	1,4	1,7	2,9	9,4	7,0	2,9	**3,6**	
August	2,3	2,0	1,8	1,7	3,7	0,3	1,7	3,5	2,2	1,8	1,7	1,0	0,6	2,1	2,2	1,5	1,4	3,2	9,3	7,4	**2,3**		
September	2,1	2,4	1,4	2,1	3,8	0,1	1,9	3,6	2,7	1,7	1,6	0,7	0,9	2,4	2,0	1,2	1,4	3,3	10,6	6,0	**1,8**		
Oktober	2,6	2,0	1,2	2,8	3,1	0,2	2,1	3,4	2,8	1,4	1,6	0,7	1,3	2,2	2,2	1,1	1,3	3,7	11,0	5,4	**1,8**		
November	2,6	1,6	1,6	3,1	2,3	0,7	1,9	3,6	2,8	1,4	1,7	0,6	1,3	2,3	2,2	1,1	1,3	4,3	10,6	5,3	**1,9**		
Dezember	2,9	1,6	1,5	3,6	1,3	1,0	2,3	3,2	2,8	1,9	1,0	1,0	1,4	2,2	1,9	1,7	1,2	4,3	10,2	5,6	**2,0**		
Jahresinflation	2,1	2,3	1,5	2,2	3,2	0,5	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	1,7	0,9	2,1	2,0	1,5	1,4	2,8	8,6	7,8	2,9		
Richtwert [1]	1,5	1,5	2,5	1,6	1,7	3,2	1,5	1,2	2,7	2,8	2,4	1,7	1,2	0,8	1,6	2,0	1,8	1,5	1,8	5,8	9,7	4,6	**2,7**
ungerundet	1,5417	1,5250	2,5417	1,6167	1,7000	3,1583	1,5083	1,1917	2,6500	2,8167	2,4417	1,6833	1,1917	0,7667	1,6250	2,0417	1,8333	1,4500	1,7500	5,7858	9,7083	4,6000	2,6750

1) VPI von August des zweitvorangegangenen Jahres bis Juli des Vorjahres

Tabelle 21: Berechnung des Richtwertes seit 2006, Inflationsraten

Die Ausgleichszulagenrichtsätze wurden 2025 wie gesetzlich vorgesehen mit dem Anpassungsfaktor erhöht, auch 2026 wird die Erhöhung mit dem Anpassungsfaktor erfolgen.

Richtsatz	**2023**	**2024**	**Steigerung**	**2025**	**Steigerung**
Alleinstehende	1.217,96 €	1.273,99 €	+ 4,6%	1.308,39 €	+ 2,7%
Verheiratete	1.921,46 €	2.009,85 €	+ 4,6%	2.064,12 €	+ 2,7%

Tabelle 22: Erhöhung der AZ-Richtsätze

Die Richtsätze für den Bonus zu einer Ausgleichszulage bzw. zur Pension, der seit 1.1.2020 für langzeitversicherte Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland gewährt wird, betragen:

	Alleinstehende (§299a Abs. 1 und 2 ASVG)	Alleinstehende (§299a Abs. 3 und 4 ASVG)	Verheiratete (§299a Abs. 5 und 6 ASVG)
Beitragsmonate	360	480	480
Anspruchsgrenze			
2020	1.080,00 €	1.315,00 €	1.782,00 €
2021 *)	1.113,48 €	1.339,99 €	1.808,73 €
2022 *)	1.141,83 €	1.364,11 €	1.841,29 €
2023	1.208,06 €	1.443,23 €	1.948,08 €
2024	1.325,24 €	1.583,22 €	2.137,04 €
2025	1.386,20 €	1.656,05 €	2.235,34 €
2026	1.423,63 €	1.700,76 €	2.295,69 €
*) Die Anspruchsgrenzen wurden entsprechend ihrer Lage im Einschleifbereich der Pensionsanpassung erhöht.			

Tabelle 23: Entwicklung der Richtsätze für AZ- bzw. Pensionsbonus

Für die Jahre ab 2027 wird im vorliegenden Gutachten von einer Erhöhung der Pensionen und Ausgleichszulagenrichtsätze in Höhe des Richtwertes ausgegangen, was einem Inflationsausgleich entspricht (***Übersicht 4***). Die Erhöhung der Richtsätze mit dem Anpassungsfaktor entspricht der geltenden Rechtslage, von der allerdings – wie bei der Anpassung der Pensionen – im Beobachtungszeitraum mehrfach abgewichen wurde:

Jahr	Richtwert	Anpassung der Pensionen	Erhöhung der Richtsätze
2018	1,016	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	2,2%
2019	1,020	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	2,6%
2020 *)	1,018	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	3,6%
2021	1,015	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	3,5%
2022	1,018	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	3,0%
2023	1,058	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	7,74%

Tabelle 24: außertourliche Erhöhungen der AZ-Richtsätze

*) Die Ausgleichszulagenrichtsätze wurden 2020 nicht mit dem Anpassungsfaktor (1,018) angepasst, sondern um 3,6% erhöht. Der Richtsatz für Ehepaare wurde in einem ersten Schritt auf 1.472 € erhöht (BGBL. I Nr. 98/2019). Die Festsetzung des Verheiratetenrichtsatzes in Höhe von 1.472 € war notwendig, um angesichts der ab 2020 eingeführten Steuerpflicht der Ausgleichszulage Verluste für Bezieher zu verhindern. Nachträglich wurde dieser

Richtsatz um 3,6% auf 1.524,99 € erhöht um zu gewährleisten, dass auch diese Bezieher von der Pensionsanpassung profitieren. Auch dies trug 2020 zu einer Steigerung des Aufwandes bei.

Die **Aufwertungszahl** hat in der Pensionsversicherung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Pensionskonto und bei der Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage, große Bedeutung. Sie wird jährlich vom Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz für das folgende Kalenderjahr ermittelt und kundgemacht. Damit die Aufwertungszahl nicht auf vorläufigen Zahlen beruht, erfolgt die Berechnung für ein Jahr x auf Daten der Jahre x-2 und x-3 (für 2026 Daten der Jahre 2024 und 2023).

Die **Aufwertungszahl** für das Jahr **2026** lautet: **1,073.**

	Pflichtbeiträge (inklusive Partnerleistung)	**Pflicht-versicherte**	**Beitrags-grundlage**
Vergleichsjahr: 2023	40.479.161.692,19 €	4.357.357	3.395,41 €
Ausgangsjahr: 2024	43.679.032.086,94 €	4.381.143	3.643,93 €

Tabelle 25: Berechnung der Aufwertungszahl 2026

Aus den vorstehenden Durchschnittsgrößen errechnet sich die Steigerung der Beitragsgrundlagen mit

3.643,93 : 3.395,41 = 1,0731929

Daraus ergeben sich folgende **Höchstbeitragsgrundlagen 2026**:

Höchstbeitragsgrundlage	**2025**	**2026**	**Steigerung in €**	**Steigerung in %**
täglich	215 €	231 €	16 €	7,44%
monatlich - ASVG	6.450 €	6.930 €	480 €	7,44%
monatlich – GSVG, BSVG	7.525 €	8.085 €	560 €	7,44%

Tabelle 26: tägliche und monatliche Höchstbeitragsgrundlagen 2025 und 2026

Die relativen Erhöhungen der Höchstbeitragsgrundlagen entsprechen nur annähernd den Aufwertungszahlen, weil bei der Festsetzung der täglichen Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 108 Abs. 3 ASVG diese auf den vollen Eurobetrag zu runden ist.

Die Entwicklung von Aufwertungszahl (AWZ) und Höchstbeitragsgrundlage (HBG) ist

in der folgenden Übersicht zu sehen.

	Auf-wertungs-zahl AWZ	**tägliche Höchstbeitrags-grundlage**		Steigerung abs.	Steigerung rel.	**monatliche Höchstbeitrags-grundlage ASVG**
2001		107,56 €				3.227 €
2002	1,018	109 €		1,44 €	1,34%	3.270 €
2003	1,026	112 €		3 €	2,75%	3.360 €
2004	1,022	115 €	1)	3 €	2,68%	3.450 €
2005	1,023	121 €	1)	6 €	5,22%	3.630 €
2006	1,030	125 €		4 €	3,31%	3.750 €
2007	1,024	128 €		3 €	2,40%	3.840 €
2008	1,023	131 €		3 €	2,34%	3.930 €
2009	1,025	134 €		3 €	2,29%	4.020 €
2010	1,024	137 €		3 €	2,24%	4.110 €
2011	1,021	140 €		3 €	2,19%	4.200 €
2012	1,006	141 €		1 €	0,71%	4.230 €
2013	1,028	148 €	1)	7 €	4,96%	4.440 €
2014	1,022	151 €		3 €	2,03%	4.530 €
2015	1,027	155 €		4 €	2,65%	4.650 €
2016	1,024	162 €	1)	7 €	4,52%	4.860 €
2017	1,024	166 €		4 €	2,47%	4.980 €
2018	1,029	171 €		5 €	3,01%	5.130 €
2019	1,020	174 €		3 €	1,75%	5.220 €
2020	1,031	179 €		5 €	2,87%	5.370 €
2021	1,033	185 €		6 €	3,35%	5.550 €
2022	1,021	189 €		4 €	2,16%	5.670 €
2023	1,031	195 €		6 €	3,17%	5.850 €
2024	1,035	202 €		7 €	3,59%	6.060 €
2025	1,063	215 €		13 €	6,44%	6.450 €
2026	**1,073**	**231 €**		**16 €**	7,44%	**6.930 €**

1) außerordentliche Erhöhungen:
2004: +1 € (gemäß Budgetbegleitgesetz 2003)
2005: +3 € (gemäß Pensionsharmonisierungsgesetz)
2013: +3 € (gemäß 2. Stabilitätsgesetz 2012)
2016: +3 € (gemäß Steuerreformgesetz 2015/2016)

Tabelle 27: Entwicklung von Aufwertungszahl und Höchstbeitragsgrundlage

9.4 Prognoserisiken

Im Folgenden wird zusammengefasst, welche makroökonomischen oder demografischen Parameter die Gebarung der Pensionsversicherung beeinflussen und damit zu einem Steigen bzw. Sinken der Bundesmittel führen können.

Steigt die Zahl der Pensionen bzw. die Höhe der Durchschnittspensionen, so steigt der Pensionsaufwand und in weiterer Folge auch die Ausfallhaftung. Steigt die Zahl der Versicherten und/oder die Höhe der durchschnittlichen Beitragsgrundlage, so steigen die Pflichtbeiträge und die Ausfallhaftung sinkt. Wesentlichen Einfluss auf die Höhe und den Verlauf der Ausfallhaftung hat daher alles, was auf die Parameter Durchschnittspension, Pensionsstand, Beitragsgrundlage und Anzahl der Versicherten wirkt. Dazu zählen Faktoren wie die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung, die wirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Preis- und die Einkommensentwicklung sowie der Beschäftigtenstand) und die rechtlichen Rahmenbedingungen betreffend Zugangsvoraussetzungen und Ermittlung der Leistungshöhe.

Pensionsaufwand (zuzüglich Beiträge zur KV der Pensionisten):

Der Pensionsaufwand (inklusive die von ihm linear abhängigen Zahlungen an die Krankenversicherung) ist die größte Einzelposition in der Gebarung der Pensionsversicherung (siehe auch Abbildung 1). Er ergibt sich multiplikativ aus dem Pensionsstand und der Durchschnittspension. Die Prognoseunsicherheit bezüglich des **Pensionsstandes** ist aufgrund der demografischen Ausgangslage, die bekannt ist, nicht allzu groß. Zwar kommt es durchaus zu Verschiebungen zwischen Einzeljahren, die potentielle Schwankungsbreite ist jedoch im Hinblick auf ihre finanziellen Auswirkungen kleiner als beispielsweise die Schwankungsbreite der Prognose der Versichertenstände.

Die **Durchschnittspension** hängt maßgeblich von der Inflationsentwicklung ab. Die Inflation wirkt über die jährliche **Pensionsanpassung**, welche per Annahme dem Anpassungsfaktor entspricht und daher rechnerisch mit der Inflationsprognose zusammenhängt. Hier können sich Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von der Prognose stark auswirken, insbesondere, wenn die Abweichung über mehrere Jahre in die gleiche Richtung geht. Im Bereich des Pensionsaufwands ist daher die Unsicherheit über die künftige Inflationsentwicklung das größte Prognoserisiko.

Aus dem aktuellen Pensionsaufwand für das Jahr 2025 ergeben sich pro zusätzlichem Prozentpunkt Pensionsanpassung Kosten in Höhe von rund 600 Mio. €.

Im Zusammenhang mit der Pensionsanpassung sind potentiell abweichende Anpassungsmodelle ebenfalls ein Unsicherheitsfaktor. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich die Annahme einer Pensionsanpassung mit dem Anpassungsfaktor oft als falsch herausgestellt hat. Zuletzt ist der Struktureffekt ein potentieller Grund für Abweichungen. Die auf den Struktureffekt rückführbare Prognoseunsicherheit ist jedoch überschaubar, da sich rückblickend die Annahme eines mittleren jährlichen Struktureffekts zwischen 0,9% und 1,4% über einen mittelfristigen Zeitraum als zutreffend herausgestellt hat.

Pflichtbeiträge

Die Pflichtbeiträge sind nach dem Pensionsaufwand die zweitgrößte Einzelposition in der Gebarung der Pensionsversicherung (siehe Abbildung 1). Sie ergeben sich multiplikativ aus der durchschnittlichen **Beitragsgrundlage** und dem **Versichertenstand**. Für den Versichertenstand gibt es nur in sehr abgeschwächter Form einen „demografischen Rahmen“ wie für die Zahl der Pensionsbezieher, denn er wird auch durch die allgemeine konjunkturelle Situation, durch Zu-/Abwanderung und Änderungen im Erwerbsverhalten beeinflusst. Seine Prognose ist daher ähnlich „offen“ wie die Prognose der Beitragsgrundlage. Die Beitragsgrundlage ist im Wesentlichen ebenfalls inflationsabhängig, der Zusammenhang ist jedoch weniger strikt als zwischen Inflation und Anpassungsfaktor. Bei der Beitragsgrundlage ist daher neben der Prognoseunsicherheit über die Inflation entscheidend, wie sich die Inflation über den Mechanismus der Lohnverhandlungen in einen Anstieg der pro-Kopf-Einkommen abbildet. Dieser Teil der Prognoseunsicherheit liegt bei den Wirtschaftsforschungsinstituten. Der andere Teil der Unsicherheit ergibt sich aus der Frage, wie sich die Entwicklung der pro-Kopf-Einkommen auf die durchschnittliche Beitragsgrundlage auswirkt.

Beiträge für Teilversicherte

Die maßgeblichen Größen im Bereich der Teilversicherten sind die **Beiträge für Kindererziehungszeiten** und die **Beiträge für Arbeitslose**. Betreffend die Beiträge für Kindererziehungszeiten ist es mittlerweile gelungen, eine relativ präzise Prognose zu errechnen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen (4 Jahre ab Geburt des Kindes) ermöglichen es, die erwarteten Mittelflüsse auf Basis der Geburtenstatistik zu prognostizieren, für zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung noch nicht Geborene kann auf Geburtenprognosen der Statistik Austria zurückgegriffen werden, die

zumindest für den mittelfristigen Prognosezeitraum relativ treffsicher sind.

Mit weit größeren Unsicherheiten ist die Prognose der Beiträge für Arbeitslose behaftet. Die Zahl der Arbeitslosen unterliegt konjunkturellen Schwankungen, die eine ebenso große Unsicherheit aufweisen, wie die Konjunkturprognose per se. Ceteris paribus bewirken mehr Arbeitslose höhere Beitragseinnahmen aus dieser Gruppe. Da allerdings hohe Arbeitslosenzahlen im Regelfall mit einer schwachen Beschäftigungsentwicklung einhergehen (wenngleich Arbeitslose und Beschäftigte keine vollkommen „kommunizierenden Gefäße“ darstellen), ist hohe Arbeitslosigkeit für die Pensionsversicherung per Saldo kein wünschenswerter Zustand.

Gesetzliche Maßnahmen

Zusätzlich haben Maßnahmen, die vom Gesetzgeber oft auch kurzfristig getroffen werden, Einfluss auf die Gebarung. In der Vergangenheit waren dies, wie bereits dargelegt, beispielsweise Einmalzahlungen/Direktzahlungen oder eine geänderte Form der Pensionsanpassung (gestaffelte Anpassung über dem errechneten Anpassungsfaktor oder verringerte Anpassungen wie in den Jahren 2013 und 2014). Aus den letzten beiden Jahren wären hier auch die Schutzklauseln und die dreimalige Aussetzung der Aliquotierung zu nennen.

9.5 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ausgaben und Einnahmen gesetzliche Pensionsversicherung 2024 8
Abbildung 2: Zusammensetzung der Beiträge für Teilversicherte 2024 10
Abbildung 3: Zusammensetzung der Bundesmittel 2024....12
Abbildung 4: Entwicklung der Bundesmittel, Anteil am BIP 14
Abbildung 5: Änderung der Bundesmittel im Vergleich zum Vorjahr 14
Abbildung 6: Entwicklung von Pflichtbeiträgen und Pensionsaufwand....18
Abbildung 7: Dynamik Bundesmittel 2024-2030 19
Abbildung 8: Zahl der AZ-Bezieher und Aufwand für AZ 22
Abbildung 9: Dynamik Pensionsaufwand 2024-2030....25
Abbildung 10: Änderung des Pensionsaufwandes....27
Abbildung 11: Entwicklung der Bevölkerung Alter 60-65 Jahre, Änderung zum Vorjahr....28
Abbildung 12: Entwicklung der Lebendgeborenen seit 1950 28
Abbildung 13: Anteil der Bevölkerung 60-65 an der Bevölkerung 15-64 29
Abbildung 14: Anstieg Pensionsantrittsalter Frauen 31
Abbildung 15: Veränderung des Pensionsstandes zum Vorjahr....32
Abbildung 16: Entwicklung der Pensionen nach Pensionsarten....33
Abbildung 17: Entwicklung Zahl der Männer - Alter 62 37
Abbildung 18: Entwicklung Anpassung und Steigerung der Durchschnittspensionen....44
Abbildung 19: Dynamik Pflichtbeiträge 2024-2030 50
Abbildung 20: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen....51
Abbildung 21: Zahl der Pflichtversicherungen pro Pensionsleistung 55
Abbildung 22: Anteil der Bundesmittel an den Aufwendungen 56

9.6 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Zahl der Personen mit Bezug eines AZ- oder Pensionsbonus 22
Tabelle 2: Aufwand für AZ- bzw. Pensionsbonus 23
Tabelle 3: Änderung des Pensionsaufwandes 26
Tabelle 4: Zugangsvoraussetzungen 2025 31
Tabelle 5: Entwicklung des Pensionsstandes nach Versichertengruppe 33
Tabelle 6: Entwicklung des Pensionsstandes nach Pensionsart 34
Tabelle 7: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen - Frauen 36
Tabelle 8: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen – Männer 2024 37
Tabelle 9: Steigerung der Durchschnittspensionen nach Geschlecht seit dem Jahr 2000 42
Tabelle 10: Entwicklung der Durchschnittspensionen 44
Tabelle 11: Pensionsleistungen - Pensionsbezieher 46
Tabelle 12: Beitragssätze 50
Tabelle 13: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen 52
Tabelle 14: Entwicklung der Durchschnittspensionen nach Versichertengruppe 53
Tabelle 15: Entwicklung der Pensionsquote 54
Tabelle 16: Zahl der Personen mit Bezug von Rehabilitations- oder Umschulungsgeld 64
Tabelle 17: Ersätze für Rehabilitationsgeld und für berufliche Maßnahmen der Rehabilitation 64
Tabelle 18: Geldflüsse bei medizinischer und beruflicher Rehabilitation 65
Tabelle 19: Erhöhung der Pensionen seit 2006 67
Tabelle 20: Anpassung der Pensionen im 1. Jahr nach Pensionsantritt 68
Tabelle 21: Berechnung des Richtwertes seit 2006, Inflationsraten 69
Tabelle 22: Erhöhung der AZ-Richtsätze 69
Tabelle 23: Entwicklung der Richtsätze für AZ- bzw. Pensionsbonus 70
Tabelle 24: außertourliche Erhöhungen der AZ-Richtsätze 70
Tabelle 25: Berechnung der Aufwertungszahl 2026 71
Tabelle 26: tägliche und monatliche Höchstbeitragsgrundlagen 2025 und 2026 71
Tabelle 27: Entwicklung von Aufwertungszahl und Höchstbeitragsgrundlage 72

9.7 Übersichten, Tabellen und Zeitreihen

Auf den folgenden Seiten ist das dem Bericht zugrundeliegende Zahlenmaterial zu finden, auf das im Fließtext Bezug genommen wird.

Übersichten 1 bis 32:
Annahmen und Ergebnisse der Berechnungen im Beobachtungszeitraum bzw. Prognosezeitraum

Tabellen 1 bis 7:
Gebarungstabellen der einzelnen PV-Träger

Zeitreihen Register 1 bis 16:
Zeitreihen über den Zeitraum 1970 bis 2029
für diverse Gebarungspositionen

Die wichtigsten Daten zur Wirtschaftslage

	BIP real	BIP nominell 1)	Inflations-rate	Pro-Kopf Einkommen
2018	+2,5%	+4,3%	+2,0%	+2,6%
2019	+1,8%	+3,3%	+1,5%	+2,9%
2020	-6,3%	-3,9%	+1,4%	+2,2%
2021	+4,9%	+6,8%	+2,8%	+2,7%
2022	+5,3%	+10,6%	+8,6%	+4,9%
2023	-0,8%	+6,3%	+7,8%	+7,1%
2024	-0,7%	+3,4%	+2,9%	+6,5%
2025	+0,3%	+3,5%	+3,5%	+3,8%
2026	+1,1%	+3,4%	+2,4%	+2,9%
2027	+1,2%	+3,3%	+2,2%	+2,6%
2028	+1,2%	+3,1%	+2,1%	+2,3%
2029	+1,1%	+2,9%	+2,0%	+2,1%
2030	+0,9%	+2,9%	+2,0%	+2,1%
2018 / 2024	+3,8%	+28,9%	+27,5%	+29,2%
2024 / 2030	+5,9%	+20,6%	+15,1%	+16,9%
2025 / 2030	+5,6%	+16,5%	+11,2%	+12,6%

1) BIP gem. ESVG 2010

Arbeitsmarkt

	Unselbständig aktiv Beschäftigte		Arbeits-lose	Arbeitslosen-rate
	Steigerung	Anzahl		
		in 1.000	in 1.000	
2018	+2,5%	3.661	312	7,7%
2019	+1,6%	3.720	301	7,4%
2020	-2,0%	3.644	410	9,9%
2021	+2,5%	3.734	332	8,0%
2022	+3,0%	3.845	263	6,3%
2023	+1,2%	3.889	271	6,4%
2024	+0,2%	3.898	298	7,0%
2025	+0,2%	3.905	320	7,5%
2026	+0,8%	3.935	314	7,3%
2027	+0,8%	3.965	302	7,0%
2028	+0,7%	3.993	288	6,6%
2029	+0,6%	4.018	273	6,3%
2030	+0,6%	4.041	258	5,9%
2018 / 2024	+6,6%			
2024 / 2030	+3,8%			
2025 / 2030	+3,5%			

Aufwertungszahlen und Anpassungsfaktoren

	Richtzahl und Anpassungsfaktor	
1966	1,070	
1967	1,081	
1968	1,064	
1969	1,071	
1970	1,054	
1971	1,071	
1972	1,074	
1973	1,090	
1974	1,104	
1975	1,102	
1976	1,115	
1977	1,070	
1978	1,069	
1979	1,065	
1980	1,056	
1981	1,051	
1982	1,052	
1983	1,055	
1984	1,040	
1985	1,033	

	Aufwertungszahl	Anpassungsfaktor	
1986	1,041	1,035	
1987	1,041	1,038	
1988	1,031	1,023	
1989	1,026	1,021	
1990	1,025	1,030	1,035 1)
1991	1,043	1,050	
1992	1,055	1,040	
1993	1,061	1,040	
1994	1,060	1,025	
1995	1,050	1,028	
1996	1,043	1,023	
1997	1,039	1,000	
1998	1,024	1,013	
1999	1,018	1,015	
2000	1,020	1,006	1,011 1)
2001	1,025	1,008	
2002	1,018	1,011	
2003	1,026	1,005	
2004	1,022	1,010	1,010 1)
2005	1,023	1,015	1,010 1)
2006	1,030	1,025	1,024 1)
2007	1,024	1,016	1,015 1)
2008	1,023	1,017	1,020 1)
2009	1,025	1,032	1,034 1)
2010	1,024	1,015	
2011	1,021	1,012	1,010 1)
2012	1,006	1,027	
2013	1,028	1,028	1,018 1)
2014	1,022	1,024	1,016 1)
2015	1,027	1,017	
2016	1,024	1,012	
2017	1,024	1,008	
2018	1,029	1,016	1,0194 1)
2019	1,020	1,020	1,0217 1)
2020	1,031	1,018	1,0268 1)
2021	1,033	1,015	1,0183 1)
2022	1,021	1,018	1,0202 1)
2023	1,031	1,058	1,0568 1)
2024	1,035	1,097	
2025	1,063	1,046	
2026	1,073	1,027	1,0231 1)
2027	1,043	1,032	
2028	1,036	1,022	
2029	1,028	1,021	
2030	1,025	1,020	

1) Anpassung im Durchschnitt

2) ohne Berücksichtigung der vorgezogenen Anpassung 2009

3) Anpassung unter Berücksichtigung des 2. Stabilitätsgesetzes 2012

Monatliche Höchstbeitragsgrundlagen

	Pensionsversicherung nach dem ASVG	GSVG, FSVG und BSVG
Betrag	€	€
2018	5.130,00	5.985,00
2019	5.220,00	6.090,00
2020	5.370,00	6.265,00
2021	5.550,00	6.475,00
2022	5.670,00	6.615,00
2023	5.850,00	6.825,00
2024	6.060,00	7.070,00
2025	6.450,00	7.525,00
2026	6.930,00	8.085,00
2027	7.230,00	8.435,00
2028	7.500,00	8.750,00
2029	7.710,00	8.995,00
2030	7.890,00	9.205,00

Steigerung gegenüber dem Vorjahr	
2018	3,0%
2019	1,8%
2020	2,9%
2021	3,4%
2022	2,2%
2023	3,2%
2024	3,6%
2025	6,4%
2026	7,4%
2027	4,3%
2028	3,7%
2029	2,8%
2030	2,3%
2018 / 2024	+18,1%
2024 / 2030	+30,2%
2025 / 2030	+22,3%

Monatliche Richtsätze
für erwachsene Ausgleichszulagenempfänger

Jahr	Alleinstehende 1)		Verheiratete 2)		Pensionsbonus-Obergrenze 3) für					
					Alleinstehende				Verheiratete	
					mit 30 BJ		mit 40 BJ		mit 40 BJ	
	€	Er-höhung	€	Er-höhung	€	Er-höhung	€	Er-höhung	€	Er-höhung
2018	909,42	2,2%	1.363,52	2,2%						
2019	933,06	2,6%	1.398,97	2,6%						
2020	966,65	3,6%	1.524,99	9,0%	1.080,00		1.315,00		1.782,00	
2021	1.000,48	3,5%	1.578,36	3,5%	1.113,48	3,1%	1.339,99	1,9%	1.808,73	1,5%
2022	1.030,49	3,0%	1.625,71	3,0%	1.141,83	2,5%	1.364,11	1,8%	1.841,29	1,8%
2023	1.110,26	7,7%	1.751,56	7,7%	1.208,06	5,8%	1.443,23	5,8%	1.948,08	5,8%
2024	1.217,96	9,7%	1.921,46	9,7%	1.325,24	9,7%	1.583,22	9,7%	2.137,04	9,7%
2025	1.273,99	4,6%	2.009,85	4,6%	1.386,21	4,6%	1.656,05	4,6%	2.235,35	4,6%
2026	1.308,39	2,7%	2.064,12	2,7%	1.423,64	2,7%	1.700,76	2,7%	2.295,70	2,7%
2027	1.350,26	3,2%	2.130,17	3,2%	1.469,20	3,2%	1.755,19	3,2%	2.369,17	3,2%
2028	1.379,97	2,2%	2.177,03	2,2%	1.501,53	2,2%	1.793,81	2,2%	2.421,30	2,2%
2029	1.408,95	2,1%	2.222,75	2,1%	1.533,06	2,1%	1.831,48	2,1%	2.472,15	2,1%
2030	1.437,13	2,0%	2.267,21	2,0%	1.563,72	2,0%	1.868,11	2,0%	2.521,59	2,0%
2018 / 2024	+33,9%	+33,9%	+40,9%	+40,9%						
2024 / 2030	+18,0%	+18,0%	+18,0%	+18,0%	+18,0%	+18,0%	+18,0%	+18,0%	+18,0%	+18,0%
2025 / 2030	+12,8%	+12,8%	+12,8%	+12,8%	+12,8%	+12,8%	+12,8%	+12,8%	+12,8%	+12,8%

BJ …. Beitragsjahre

1) Alleinstehende Pensionsberechtigte mit mind. 30 Beitragsjahren ("AZ plus"):
2017: 1.000 €, 2018: 1.022,00 €, 2019: 1.048,57 €
mit dem BGBl. I Nr. 84/2019 wurde dieser Richtsatz durch den Pensionsbonus ersetzt.

2) 2020 außerourliche Erhöhung auf 1.472 €, rückwirkend Anpassung mit Anpassungsfaktor 2020 (1,036)

3) Der Bonus gebührt in der Höhe der Differenz zwischen den Obergrenzen und dem Gesamteinkommen der langzeitversicherten Person.

Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der Pensionsversicherung nach dem ASVG

	Alters-pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits-fähigkeit	Witwen-pensionen	Witwer-pensionen	Waisen-pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2018	1.436.151	138.106	337.947	37.008	40.256	1.989.468
2019	1.468.061	133.184	336.470	37.327	40.181	2.015.223
2020	1.508.380	129.302	335.360	37.559	40.366	2.050.967
2021	1.543.406	123.102	333.249	37.701	40.384	2.077.841
2022	1.581.790	116.163	331.945	37.943	40.171	2.108.013
2023	1.623.585	110.090	330.781	38.254	39.950	2.142.660
2024	1.654.358	106.327	329.770	39.009	40.227	2.169.691
2025	1.681.421	103.199	328.450	39.668	40.507	2.193.245
2026	1.702.596	100.880	326.152	39.457	40.197	2.209.281
2027	1.717.978	99.214	324.580	39.760	40.178	2.221.710
2028	1.740.760	98.069	323.041	40.047	40.160	2.242.077
2029	1.763.613	97.322	321.522	40.340	40.141	2.262.939
2030	1.793.105	96.872	320.021	40.636	40.123	2.290.757
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2018	+ 25.067	- 5.272	- 1.645	+ 218	- 137	+ 18.231
2019	+ 31.910	- 4.922	- 1.476	+ 320	- 76	+ 25.756
2020	+ 40.319	- 3.882	- 1.110	+ 232	+ 185	+ 35.743
2021	+ 35.026	- 6.200	- 2.112	+ 142	+ 18	+ 26.875
2022	+ 38.384	- 6.939	- 1.303	+ 243	- 213	+ 30.172
2023	+ 41.795	- 6.073	- 1.164	+ 311	- 221	+ 34.648
2024	+ 30.773	- 3.763	- 1.011	+ 755	+ 277	+ 27.031
2025	+ 27.063	- 3.128	- 1.320	+ 659	+ 280	+ 23.554
2026	+ 21.175	- 2.319	- 2.298	- 211	- 310	+ 16.036
2027	+ 15.382	- 1.666	- 1.572	+ 303	- 18	+ 12.429
2028	+ 22.782	- 1.145	- 1.538	+ 287	- 18	+ 20.367
2029	+ 22.854	- 747	- 1.520	+ 293	- 18	+ 20.862
2030	+ 29.492	- 450	- 1.501	+ 296	- 18	+ 27.819
Änderungsraten in %						
2018 / 2024	+ 15,2	- 23,0	- 2,4	+ 5,4	- 0,1	+ 9,1
2024 / 2030	+ 8,4	- 8,9	- 3,0	+ 4,2	- 0,3	+ 5,6
2025 / 2030	+ 6,6	- 6,1	- 2,6	+ 2,4	- 0,9	+ 4,4

Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und FSVG

	Alters-pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits-fähigkeit	Witwen-pensionen	Witwer-pensionen	Waisen-pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2018	138.075	9.283	37.305	2.624	3.608	190.895
2019	143.283	8.967	37.081	2.628	3.590	195.549
2020	150.054	8.593	36.934	2.626	3.616	201.823
2021	156.933	8.300	36.923	2.642	3.671	208.468
2022	164.288	7.989	36.911	2.684	3.623	215.495
2023	172.614	7.759	36.903	2.748	3.617	223.641
2024	180.573	7.669	36.985	2.812	3.656	231.695
2025	187.892	7.874	37.045	2.864	3.672	239.347
2026	193.665	7.903	36.525	2.817	3.745	244.655
2027	198.888	7.962	36.464	2.847	3.756	249.917
2028	204.713	8.038	36.378	2.876	3.762	255.768
2029	210.302	8.118	36.262	2.905	3.766	261.353
2030	215.992	8.192	36.103	2.932	3.769	266.989
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2018	+ 4.563	- 122	- 204	+ 26	+ 26	+ 4.289
2019	+ 5.208	- 316	- 223	+ 4	- 19	+ 4.654
2020	+ 6.771	- 374	- 147	- 2	+ 27	+ 6.275
2021	+ 6.879	- 293	- 11	+ 16	+ 54	+ 6.645
2022	+ 7.355	- 311	- 12	+ 43	- 48	+ 7.027
2023	+ 8.326	- 230	- 8	+ 64	- 5	+ 8.147
2024	+ 7.959	- 90	+ 82	+ 64	+ 38	+ 8.053
2025	+ 7.319	+ 205	+ 60	+ 52	+ 17	+ 7.652
2026	+ 5.773	+ 29	- 520	- 47	+ 73	+ 5.308
2027	+ 5.222	+ 59	- 61	+ 30	+ 11	+ 5.261
2028	+ 5.825	+ 76	- 85	+ 30	+ 6	+ 5.852
2029	+ 5.590	+ 79	- 116	+ 29	+ 3	+ 5.585
2030	+ 5.690	+ 75	- 159	+ 27	+ 3	+ 5.636
Änderungsraten in %						
2018 / 2024	+ 30,8	- 17,4	- 0,9	+ 7,2	+ 1,3	+ 21,4
2024 / 2030	+ 19,6	+ 6,8	- 2,4	+ 4,3	+ 3,1	+ 15,2
2025 / 2030	+ 15,0	+ 4,0	- 2,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 11,5

Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der Pensionsversicherung nach dem BSVG

	Alters-pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits-fähigkeit	Witwen-pensionen	Witwer-pensionen	Waisen-pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2018	123.026	8.435	29.408	5.262	3.892	170.023
2019	123.171	7.433	28.681	5.194	3.812	168.291
2020	123.076	6.569	27.965	5.148	3.735	166.492
2021	122.161	5.730	27.234	5.092	3.678	163.895
2022	120.741	5.046	26.508	5.044	3.631	160.970
2023	118.911	4.652	25.748	5.029	3.543	157.883
2024	117.129	4.613	24.964	4.975	3.448	155.129
2025	115.782	4.721	24.107	4.915	3.368	152.893
2026	116.153	4.650	23.657	5.004	3.293	152.757
2027	116.608	4.586	22.915	4.954	3.217	152.280
2028	117.427	4.526	22.172	4.908	3.143	152.177
2029	117.651	4.464	21.432	4.866	3.070	151.483
2030	118.386	4.397	20.694	4.820	2.995	151.292
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2018	- 16	- 1.290	- 705	- 51	- 79	- 2.141
2019	+ 145	- 1.002	- 727	- 69	- 81	- 1.733
2020	- 95	- 864	- 717	- 46	- 77	- 1.799
2021	- 915	- 839	- 731	- 56	- 56	- 2.597
2022	- 1.420	- 684	- 726	- 48	- 47	- 2.925
2023	- 1.830	- 394	- 760	- 15	- 88	- 3.086
2024	- 1.782	- 39	- 784	- 55	- 95	- 2.755
2025	- 1.347	+ 108	- 857	- 60	- 80	- 2.236
2026	+ 371	- 71	- 450	+ 89	- 75	- 136
2027	+ 455	- 63	- 742	- 49	- 76	- 476
2028	+ 819	- 60	- 742	- 46	- 74	- 104
2029	+ 224	- 62	- 740	- 42	- 72	- 693
2030	+ 735	- 67	- 737	- 46	- 75	- 192
Änderungsraten in %						
2018 / 2024	- 4,8	- 45,3	- 15,1	- 5,5	- 11,4	- 8,8
2024 / 2030	+ 1,1	- 4,7	- 17,1	- 3,1	- 13,1	- 2,5
2025 / 2030	+ 2,2	- 6,9	- 14,2	- 1,9	- 11,1	- 1,0

Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der gesamten Pensionsversicherung

	Alters-pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits-fähigkeit	Witwen-pensionen	Witwer-pensionen	Waisen-pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2018	1.697.252	155.824	404.659	44.894	47.757	2.350.386
2019	1.734.515	149.584	402.233	45.149	47.582	2.379.062
2020	1.781.510	144.464	400.258	45.333	47.717	2.419.282
2021	1.822.500	137.132	397.405	45.434	47.733	2.450.204
2022	1.866.819	129.198	395.364	45.672	47.425	2.484.477
2023	1.915.110	122.501	393.431	46.032	47.111	2.524.185
2024	1.952.060	118.609	391.719	46.796	47.331	2.556.514
2025	1.985.095	115.794	389.602	47.447	47.547	2.585.485
2026	2.012.414	113.432	386.334	47.277	47.235	2.606.693
2027	2.033.474	111.763	383.958	47.560	47.151	2.623.907
2028	2.062.900	110.634	381.592	47.831	47.065	2.650.022
2029	2.091.567	109.904	379.216	48.111	46.977	2.675.775
2030	2.127.483	109.461	376.818	48.388	46.887	2.709.038
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2018	+ 29.614	- 6.684	- 2.554	+ 194	- 191	+ 20.379
2019	+ 37.263	- 6.240	- 2.426	+ 255	- 175	+ 28.677
2020	+ 46.995	- 5.120	- 1.974	+ 184	+ 134	+ 40.220
2021	+ 40.990	- 7.332	- 2.854	+ 102	+ 16	+ 30.922
2022	+ 44.319	- 7.934	- 2.041	+ 237	- 308	+ 34.273
2023	+ 48.291	- 6.697	- 1.932	+ 360	- 314	+ 39.708
2024	+ 36.950	- 3.892	- 1.713	+ 764	+ 220	+ 32.329
2025	+ 33.035	- 2.815	- 2.117	+ 651	+ 216	+ 28.971
2026	+ 27.319	- 2.362	- 3.268	- 170	- 312	+ 21.208
2027	+ 21.059	- 1.669	- 2.376	+ 283	- 83	+ 17.214
2028	+ 29.426	- 1.129	- 2.366	+ 271	- 86	+ 26.115
2029	+ 28.667	- 730	- 2.376	+ 280	- 88	+ 25.753
2030	+ 35.917	- 443	- 2.398	+ 277	- 90	+ 33.263
Änderungsraten in %						
2018 / 2024	+ 15,0	- 23,9	- 3,2	+ 4,2	- 0,9	+ 8,8
2024 / 2030	+ 9,0	- 7,7	- 3,8	+ 3,4	- 0,9	+ 6,0
2025 / 2030	+ 7,2	- 5,5	- 3,3	+ 2,0	- 1,4	+ 4,8

Übersicht 9

Zugänge in die Alterspensionen

	Vorzeitige AP bei langer Versich.-dauer	Korridor-pension	Langzeit-versich.-pension	Schwer-arbeits-pension	*Summe vorzeitige Alters-pensionen*	normale Alters-pension	Summe alle Alters-pensionen
Anzahl							
2018	426	8.579	10.852	8.991	*28.848*	46.236	*75.084*
2019	495	9.140	9.263	9.000	*27.898*	55.862	*83.760*
2020	473	9.993	14.537	8.829	*33.832*	62.051	*95.883*
2021	532	10.079	11.276	7.960	*29.847*	65.166	*95.013*
2022	566	10.885	9.589	7.594	*28.634*	71.903	*100.537*
2023	588	11.652	9.278	7.330	*28.848*	76.352	*105.200*
2024	616	12.063	10.304	8.051	*31.034*	56.098	*87.132*
2025	665	12.829	10.722	8.649	*32.865*	57.081	*89.946*
2026	662	10.311	10.923	9.152	*31.048*	55.281	*86.329*
2027	659	8.090	11.029	9.583	*29.361*	52.465	*81.826*
2028	658	11.859	17.509	9.759	*39.786*	51.990	*91.776*
2029	649	14.069	18.236	9.814	*42.768*	50.805	*93.573*
2030	624	27.500	19.037	9.756	*56.917*	45.082	*102.000*
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
2018	- 925	+ 1.018	- 53	+ 1.768	*+ 1.808*	+ 4.699	*+ 6.507*
2019	+ 69	+ 561	- 1.589	+ 9	*- 950*	+ 9.626	*+ 8.676*
2020	- 22	+ 853	+ 5.274	- 171	*+ 5.934*	+ 6.189	*+ 12.123*
2021	+ 59	+ 86	- 3.261	- 869	*- 3.985*	+ 3.115	*- 870*
2022	+ 34	+ 806	- 1.687	- 366	*- 1.213*	+ 6.737	*+ 5.524*
2023	+ 22	+ 767	- 311	- 264	*+ 214*	+ 4.449	*+ 4.663*
2024	+ 28	+ 411	+ 1.026	+ 721	*+ 2.186*	- 20.254	*- 18.068*
2025	+ 49	+ 766	+ 418	+ 598	*+ 1.831*	+ 983	*+ 2.814*
2026	- 3	- 2.518	+ 201	+ 502	*- 1.817*	- 1.800	*- 3.618*
2027	- 3	- 2.220	+ 105	+ 431	*- 1.687*	- 2.815	*- 4.502*
2028	- 1	+ 3.769	+ 6.481	+ 176	*+ 10.425*	- 476	*+ 9.949*
2029	- 9	+ 2.210	+ 726	+ 55	*+ 2.982*	- 1.185	*+ 1.797*
2030	- 25	+ 13.431	+ 802	- 58	*+ 14.149*	- 5.723	*+ 8.427*
Änderungsraten in %							
2018 / 2024	+ 44,6	+ 40,6	- 5,0	- 10,5	*+ 7,6*	*+ 21,3*	*+ 16,0*
2024 / 2030	+ 1,3	+ 128,0	+ 84,8	+ 21,2	*+ 83,4*	*- 19,6*	*+ 17,1*

Durchschnittliche Zahl aller Pensionen in der gesamten Pensionsversicherung

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Anzahl				
2018	1.989.468	190.895	170.023	2.350.386
2019	2.015.223	195.549	168.291	2.379.062
2020	2.050.967	201.823	166.492	2.419.282
2021	2.077.841	208.468	163.895	2.450.204
2022	2.108.013	215.495	160.970	2.484.477
2023	2.142.660	223.641	157.883	2.524.185
2024	2.169.691	231.695	155.129	2.556.514
2025	2.193.245	239.347	152.893	2.585.485
2026	2.209.281	244.655	152.757	2.606.693
2027	2.221.710	249.917	152.280	2.623.907
2028	2.242.077	255.768	152.177	2.650.022
2029	2.262.939	261.353	151.483	2.675.775
2030	2.290.757	266.989	151.292	2.709.038
Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
2018	+ 18.231	+ 4.289	- 2.141	+ 20.379
2019	+ 25.756	+ 4.654	- 1.733	+ 28.677
2020	+ 35.743	+ 6.275	- 1.799	+ 40.220
2021	+ 26.874	+ 6.645	- 2.597	+ 30.922
2022	+ 30.172	+ 7.027	- 2.925	+ 34.273
2023	+ 34.648	+ 8.147	- 3.086	+ 39.708
2024	+ 27.031	+ 8.053	- 2.755	+ 32.329
2025	+ 23.554	+ 7.652	- 2.236	+ 28.971
2026	+ 16.036	+ 5.308	- 136	+ 21.208
2027	+ 12.429	+ 5.261	- 476	+ 17.214
2028	+ 20.367	+ 5.852	- 104	+ 26.115
2029	+ 20.862	+ 5.585	- 693	+ 25.753
2030	+ 27.819	+ 5.636	- 192	+ 33.263
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 9,1	+ 21,4	- 8,8	+ 8,8
2024 / 2030	+ 5,6	+ 15,2	- 2,5	+ 6,0
2025 / 2030	+ 4,4	+ 11,5	- 1,0	+ 4,8

Höhe der Durchschnittspensionen

(ohne Zulagen und Zuschüsse und
ohne anteilige Sonderzahlungen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Höhe in €				
2018	1.162,20	1.325,36	747,50	1.145,45
2019	1.198,79	1.362,12	779,23	1.182,54
2020	1.246,41	1.404,69	818,18	1.230,14
2021	1.289,89	1.437,95	851,15	1.273,14
2022	1.336,29	1.472,47	884,79	1.318,85
2023	1.431,80	1.559,09	950,45	1.412,97
2024	1.587,65	1.710,89	1.059,87	1.566,80
2025	1.678,37	1.789,33	1.125,47	1.655,95
2026	1.729,91	1.825,93	1.163,65	1.705,74
2027	1.798,28	1.878,53	1.215,39	1.772,09
2028	1.853,61	1.916,75	1.258,23	1.825,51
2029	1.912,02	1.957,62	1.302,58	1.881,97
2030	1.970,78	1.997,88	1.347,19	1.938,63
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	+ 2,8	+ 2,3	+ 3,8	+ 2,9
2019	+ 3,1	+ 2,8	+ 4,2	+ 3,2
2020	+ 4,0	+ 3,1	+ 5,0	+ 4,0
2021	+ 3,5	+ 2,4	+ 4,0	+ 3,5
2022	+ 3,6	+ 2,4	+ 4,0	+ 3,6
2023	+ 7,1	+ 5,9	+ 7,4	+ 7,1
2024	+ 10,9	+ 9,7	+ 11,5	+ 10,9
2025	+ 5,7	+ 4,6	+ 6,2	+ 5,7
2026	+ 3,1	+ 2,0	+ 3,4	+ 3,0
2027	+ 4,0	+ 2,9	+ 4,4	+ 3,9
2028	+ 3,1	+ 2,0	+ 3,5	+ 3,0
2029	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,1
2030	+ 3,1	+ 2,1	+ 3,4	+ 3,0
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 36,6	+ 29,1	+ 41,8	+ 36,8
2024 / 2030	+ 24,1	+ 16,8	+ 27,1	+ 23,7
2025 / 2030	+ 17,4	+ 11,7	+ 19,7	+ 17,1

Anmerkung:
Durchschnitt aller Pensionsleistungen
(Alterspensionen, Invaliditätspensionen, Hinterbliebenenpensionen,
zwischenstaatliche Teilleistungen)

Durchschnittliche Zahl der Pflichtversicherten

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Anzahl				
2018	3.454.873	452.514	135.009	4.042.396
2019	3.522.817	460.260	132.998	4.116.075
2020	3.455.401	463.267	131.374	4.050.042
2021	3.556.536	477.414	130.421	4.164.371
2022	3.677.596	488.585	129.506	4.295.687
2023	3.731.543	497.227	128.587	4.357.357
2024	3.748.875	505.198	127.070	4.381.143
2025	3.761.399	512.848	126.180	4.400.427
2026	3.807.674	520.598	125.300	4.453.572
2027	3.856.912	528.438	124.420	4.509.770
2028	3.895.936	536.378	123.550	4.555.864
2029	3.929.811	544.418	122.690	4.596.919
2030	3.964.261	552.568	121.830	4.638.659
Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
2018	+ 95.501	+ 8.486	- 2.225	+ 101.762
2019	+ 67.944	+ 7.745	- 2.011	+ 73.678
2020	- 67.416	+ 3.007	- 1.624	- 66.033
2021	+ 101.135	+ 14.147	- 953	+ 114.329
2022	+ 121.060	+ 11.171	- 915	+ 131.316
2023	+ 53.947	+ 8.642	- 919	+ 61.670
2024	+ 17.332	+ 7.971	- 1.517	+ 23.786
2025	+ 12.524	+ 7.650	- 890	+ 19.284
2026	+ 46.276	+ 7.750	- 880	+ 53.146
2027	+ 49.238	+ 7.840	- 880	+ 56.198
2028	+ 39.024	+ 7.940	- 870	+ 46.094
2029	+ 33.875	+ 8.040	- 860	+ 41.055
2030	+ 34.449	+ 8.150	- 860	+ 41.739
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 8,5	+ 11,6	- 5,9	+ 8,4
2024 / 2030	+ 5,7	+ 9,4	- 4,1	+ 5,9
2025 / 2030	+ 5,4	+ 7,7	- 3,4	+ 5,4

Höhe der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen

(inklusive Partnerleistung und Beitragsübernahmen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Höhe in €				
2018	2.982,75	2.046,91	1.714,57	2.836,05
2019	3.076,17	2.119,40	1.799,02	2.928,28
2020	3.172,80	1.961,80	1.831,45	2.991,11
2021	3.242,78	2.231,74	1.882,44	3.084,56
2022	3.360,64	2.273,12	1.923,37	3.193,91
2023	3.588,28	2.312,13	1.977,60	3.395,41
2024	3.863,13	2.428,74	1.998,29	3.643,93
2025	4.027,63	2.563,51	2.085,58	3.801,59
2026	4.163,49	2.695,95	2.231,49	3.937,81
2027	4.277,94	2.774,92	2.308,96	4.047,69
2028	4.382,71	2.842,19	2.375,51	4.147,06
2029	4.480,23	2.900,92	2.430,89	4.238,66
2030	4.577,00	2.960,66	2.477,71	4.329,30
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	+ 2,9	+ 3,5	+ 9,6	+ 3,1
2019	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,9	+ 3,3
2020	+ 3,1	- 7,4	+ 1,8	+ 2,1
2021	+ 2,2	+ 13,8	+ 2,8	+ 3,1
2022	+ 3,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 3,5
2023	+ 6,8	+ 1,7	+ 2,8	+ 6,3
2024	+ 7,7	+ 5,0	+ 1,0	+ 7,3
2025	+ 4,3	+ 5,5	+ 4,4	+ 4,3
2026	+ 3,4	+ 5,2	+ 7,0	+ 3,6
2027	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,8
2028	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,5
2029	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2
2030	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,1
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 29,5	+ 18,7	+ 16,5	+ 28,5
2024 / 2030	+ 18,5	+ 21,9	+ 24,0	+ 18,8
2025 / 2030	+ 13,6	+ 15,5	+ 18,8	+ 13,9

monatliche Bgl. INKL anteilige Sonderzahlungen, d.h. Pflichtbeiträge = Fälle * Bgl * 0,228 * 12

Übersicht 14

Auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen ... Pensionen

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
2018	576	422	1.259	581
2019	572	425	1.265	578
2020	594	436	1.267	597
2021	584	437	1.257	588
2022	573	441	1.243	578
2023	574	450	1.228	579
2024	579	459	1.221	584
2025	583	467	1.212	588
2026	580	470	1.219	585
2027	576	473	1.224	582
2028	575	477	1.232	582
2029	576	480	1.235	582
2030	578	483	1.242	584

Übersicht 14a

Verhältnis Pflichtversicherungen zu Pensionen

(z.B. 2 bedeutet: es gibt doppelt so viele Pflichtversicherungen wie Pensionen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
2018	1,74	2,37	0,79	1,72
2019	1,75	2,35	0,79	1,73
2020	1,68	2,30	0,79	1,67
2021	1,71	2,29	0,80	1,70
2022	1,74	2,27	0,80	1,73
2023	1,74	2,22	0,81	1,73
2024	1,73	2,18	0,82	1,71
2025	1,71	2,14	0,83	1,70
2026	1,72	2,13	0,82	1,71
2027	1,74	2,11	0,82	1,72
2028	1,74	2,10	0,81	1,72
2029	1,74	2,08	0,81	1,72
2030	1,73	2,07	0,81	1,71

Entwicklung des Pensionsaufwandes

	Pensionsversicherung nach dem ASVG	Pensionsversicherung nach dem GSVG und FSVG	Pensionsversicherung nach dem BSVG	gesamte Pensions-versicherung
Beträge in Mio.€				
2018	32.370,244	3.542,072	1.779,283	37.691,599
2019	33.821,698	3.729,045	1.835,925	39.386,668
2020	35.788,736	3.968,992	1.907,078	41.664,806
2021	37.522,684	4.196,739	1.952,992	43.672,415
2022	39.436,803	4.442,346	1.993,931	45.873,080
2023	42.949,998	4.881,468	2.100,840	49.932,306
2024	48.225,972	5.549,670	2.301,835	56.077,477
2025	51.535,145	5.995,776	2.409,080	59.940,002
2026	53.506,094	6.254,131	2.488,564	62.248,789
2027	55.933,525	6.572,661	2.591,115	65.097,301
2028	58.183,140	6.863,392	2.680,619	67.727,152
2029	60.575,101	7.162,817	2.762,459	70.500,376
2030	63.204,306	7.467,771	2.853,470	73.525,547
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	+ 3,7	+ 4,7	+ 2,5	+ 3,8
2019	+ 4,5	+ 5,3	+ 3,2	+ 4,5
2020	+ 5,8	+ 6,4	+ 3,9	+ 5,8
2021	+ 4,8	+ 5,7	+ 2,4	+ 4,8
2022	+ 5,1	+ 5,9	+ 2,1	+ 5,0
2023	+ 8,9	+ 9,9	+ 5,4	+ 8,8
2024	+ 12,3	+ 13,7	+ 9,6	+ 12,3
2025	+ 6,9	+ 8,0	+ 4,7	+ 6,9
2026	+ 3,8	+ 4,3	+ 3,3	+ 3,9
2027	+ 4,5	+ 5,1	+ 4,1	+ 4,6
2028	+ 4,0	+ 4,4	+ 3,5	+ 4,0
2029	+ 4,1	+ 4,4	+ 3,1	+ 4,1
2030	+ 4,3	+ 4,3	+ 3,3	+ 4,3
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 49,0	+ 56,7	+ 29,4	+ 48,8
2024 / 2030	+ 31,1	+ 34,6	+ 24,0	+ 31,1
2025 / 2030	+ 22,6	+ 24,6	+ 18,4	+ 22,7

Entwicklung der Aufwendungen der PV-Träger

(ohne Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	35.972,562	3.908,352	2.182,732	42.063,646
2019	37.612,152	4.111,543	2.248,466	43.972,161
2020	39.536,109	4.335,053	2.317,014	46.188,177
2021	41.526,890	4.585,406	2.370,408	48.482,705
2022	44.107,682	4.905,141	2.461,463	51.474,286
2023	48.032,623	5.414,127	2.596,467	56.043,217
2024	53.402,204	6.100,607	2.794,369	62.297,180
2025	57.174,266	6.609,663	2.950,728	66.734,656
2026	59.493,308	6.904,826	3.072,316	69.470,449
2027	62.120,452	7.250,464	3.193,208	72.564,125
2028	64.560,647	7.566,015	3.298,758	75.425,421
2029	67.163,038	7.886,880	3.394,992	78.444,910
2030	70.016,792	8.215,154	3.502,381	81.734,327
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	+ 3,7	+ 4,7	+ 2,4	+ 3,7
2019	+ 4,6	+ 5,2	+ 3,0	+ 4,5
2020	+ 5,1	+ 5,4	+ 3,0	+ 5,0
2021	+ 5,0	+ 5,8	+ 2,3	+ 5,0
2022	+ 6,2	+ 7,0	+ 3,8	+ 6,2
2023	+ 8,9	+ 10,4	+ 5,5	+ 8,9
2024	+ 11,2	+ 12,7	+ 7,6	+ 11,2
2025	+ 7,1	+ 8,3	+ 5,6	+ 7,1
2026	+ 4,1	+ 4,5	+ 4,1	+ 4,1
2027	+ 4,4	+ 5,0	+ 3,9	+ 4,5
2028	+ 3,9	+ 4,4	+ 3,3	+ 3,9
2029	+ 4,0	+ 4,2	+ 2,9	+ 4,0
2030	+ 4,2	+ 4,2	+ 3,2	+ 4,2
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 48,5	+ 56,1	+ 28,0	+ 48,1
2024 / 2030	+ 31,1	+ 34,7	+ 25,3	+ 31,2
2025 / 2030	+ 22,5	+ 24,3	+ 18,7	+ 22,5

Entwicklung der Pflichtbeiträge

(ohne Berücksichtigung der Partnerleistung und Beitragsübernahmen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	28.199,115	2.073,636	472,322	30.745,073
2019	29.653,566	2.182,907	488,206	32.324,679
2020	29.999,324	2.035,400	489,007	32.523,730
2021	31.557,790	2.385,176	499,149	34.442,115
2022	33.817,886	2.485,941	506,446	36.810,273
2023	36.637,962	2.573,484	517,057	39.728,503
2024	39.615,191	2.710,878	509,351	42.835,421
2025	41.439,736	2.904,925	527,968	44.872,629
2026	43.377,121	3.141,842	569,020	47.087,983
2027	45.145,348	3.282,568	584,700	49.012,616
2028	46.718,516	3.412,660	597,580	50.728,756
2029	48.173,316	3.535,390	607,160	52.315,866
2030	49.644,382	3.662,204	613,568	53.920,155
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	+ 5,8	+ 5,4	+ 7,8	+ 5,8
2019	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,4	+ 5,1
2020	+ 1,2	- 6,8	+ 0,2	+ 0,6
2021	+ 5,2	+ 17,2	+ 2,1	+ 5,9
2022	+ 7,2	+ 4,2	+ 1,5	+ 6,9
2023	+ 8,3	+ 3,5	+ 2,1	+ 7,9
2024	+ 8,1	+ 5,3	- 1,5	+ 7,8
2025	+ 4,6	+ 7,2	+ 3,7	+ 4,8
2026	+ 4,7	+ 8,2	+ 7,8	+ 4,9
2027	+ 4,1	+ 4,5	+ 2,8	+ 4,1
2028	+ 3,5	+ 4,0	+ 2,2	+ 3,5
2029	+ 3,1	+ 3,6	+ 1,6	+ 3,1
2030	+ 3,1	+ 3,6	+ 1,1	+ 3,1
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 40,5	+ 30,7	+ 7,8	+ 39,3
2024 / 2030	+ 25,3	+ 35,1	+ 20,5	+ 25,9
2025 / 2030	+ 19,8	+ 26,1	+ 16,2	+ 20,2

Entwicklung von Partnerleistung und Beitragsübernahmen

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung	Beitrags-über-nahmen 1)
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG		
Beträge in Mio.€					
2018	0,000	460,595	161,016	621,611	
2019	0,000	485,992	166,427	652,419	
2020	0,000	451,178	167,008	618,186	
2021	0,000	529,936	170,436	700,372	2,131
2022	0,000	552,701	172,929	725,630	2,128
2023	0,000	571,970	176,550	748,520	2,139
2024	0,000	610,341	176,304	786,645	56,967
2025	0,000	653,980	182,600	836,580	60,340
2026	0,000	698,158	194,100	892,258	1,880
2027	0,000	729,432	199,500	928,932	1,800
2028	0,000	758,340	203,700	962,040	1,720
2029	0,000	785,610	207,200	992,810	1,640
2030	0,000	813,796	210,760	1.024,556	1,560
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
2018		+ 5,5	+ 7,8	+ 6,1	
2019		+ 5,5	+ 3,4	+ 5,0	
2020		- 7,2	+ 0,3	- 5,2	
2021		+ 17,5	+ 2,1	+ 13,3	
2022		+ 4,3	+ 1,5	+ 3,6	
2023		+ 3,5	+ 2,1	+ 3,2	
2024		+ 6,7	- 0,1	+ 5,1	
2025		+ 7,2	+ 3,6	+ 6,3	
2026		+ 6,8	+ 6,3	+ 6,7	
2027		+ 4,5	+ 2,8	+ 4,1	
2028		+ 4,0	+ 2,1	+ 3,6	
2029		+ 3,6	+ 1,7	+ 3,2	
2030		+ 3,6	+ 1,7	+ 3,2	
Änderungsraten in %					
2018 / 2024		+ 32,5	+ 9,5	+ 26,5	
2024 / 2030		+ 33,3	+ 19,5	+ 30,2	
2025 / 2030		+ 24,4	+ 15,4	+ 22,5	

1) Bundesbeitrag für Beitragsgrundlagenerhöhung im BSVG; 2024+2025 inklusive Beitragsübernahme des Bundes bei Erwerbstätigkeit neben dem Pensionsbezug ab Erreichung des Regelpensionsalters

Entwicklung der Pflichtbeiträge

(inklusive Partnerleistung und Beitragsübernahmen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG 1)	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	28.199,115	2.534,231	633,338	31.366,684
2019	29.653,566	2.668,899	654,633	32.977,098
2020	29.999,324	2.486,577	656,015	33.141,915
2021	31.557,790	2.915,111	671,716	35.144,617
2022	33.817,886	3.038,642	681,503	37.538,031
2023	36.637,962	3.145,454	695,746	40.479,162
2024	39.627,245	3.357,054	694,733	43.679,032
2025	41.452,549	3.597,000	720,000	45.769,549
2026	43.377,121	3.840,000	765,000	47.982,121
2027	45.145,348	4.012,000	786,000	49.943,348
2028	46.718,516	4.171,000	803,000	51.692,516
2029	48.173,316	4.321,000	816,000	53.310,316
2030	49.644,382	4.476,000	825,888	54.946,271
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	+ 5,8	+ 5,5	+ 7,8	+ 5,8
2019	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,4	+ 5,1
2020	+ 1,2	- 6,8	+ 0,2	+ 0,5
2021	+ 5,2	+ 17,2	+ 2,4	+ 6,0
2022	+ 7,2	+ 4,2	+ 1,5	+ 6,8
2023	+ 8,3	+ 3,5	+ 2,1	+ 7,8
2024	+ 8,2	+ 6,7	- 0,1	+ 7,9
2025	+ 4,6	+ 7,1	+ 3,6	+ 4,8
2026	+ 4,6	+ 6,8	+ 6,2	+ 4,8
2027	+ 4,1	+ 4,5	+ 2,7	+ 4,1
2028	+ 3,5	+ 4,0	+ 2,2	+ 3,5
2029	+ 3,1	+ 3,6	+ 1,6	+ 3,1
2030	+ 3,1	+ 3,6	+ 1,2	+ 3,1
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 40,5	+ 32,5	+ 9,7	+ 39,3
2024 / 2030	+ 25,3	+ 33,3	+ 18,9	+ 25,8
2025 / 2030	+ 19,8	+ 24,4	+ 14,7	+ 20,0

Beiträge für Teilversicherte

	geleistet durch das AMS	sonstige, nicht aus UG22 [1)]	Zeiten der Kindererziehung geleistet von		Bezieher v. Wochen-, Sonderwochen-, Kranken-, Wiedereingl., Rehabgeld	PräsD, ZivD, Übergangs-geld, Fam.-hospiz	Summe
			FLAF	UG22			
Beträge in Mio.€							
2018	1.262,187	4,665	1.043,724	351,588	518,590	97,315	3.278,070
2019	1.225,096	5,419	1.240,778	413,889	552,484	110,039	3.547,706
2020	1.750,768	5,104	1.159,921	386,400	563,270	123,293	3.988,755
2021	1.447,455	5,850	1.178,542	393,169	558,405	112,769	3.696,190
2022	1.171,127	6,818	1.199,337	399,910	614,090	125,392	3.516,674
2023	1.405,324	8,563	1.205,687	401,849	639,749	124,199	3.785,371
2024	1.569,258	9,947	1.256,119	418,831	716,062	130,700	4.100,917
2025	1.687,000	11,311	1.274,012	424,671	753,180	130,383	4.280,556
2026	1.734,000	12,721	1.353,507	451,169	766,687	132,003	4.450,087
2027	1.715,000	14,131	1.418,019	472,673	790,964	134,688	4.545,474
2028	1.673,000	15,541	1.492,822	497,607	815,500	137,769	4.632,239
2029	1.617,000	16,951	1.563,179	521,060	835,330	142,329	4.695,847
2030	1.562,887	18,361	1.625,978	541,993	853,669	146,525	4.749,411
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2018	- 6,0	+ 27,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 4,9	- 0,1	- 1,6
2019	- 2,9	+ 16,2	+ 18,9	+ 17,7	+ 6,5	+ 13,1	+ 8,2
2020	+ 42,9	- 5,8	- 6,5	- 6,6	+ 2,0	+ 12,0	+ 12,4
2021	- 17,3	+ 14,6	+ 1,6	+ 1,8	- 0,9	- 8,5	- 7,3
2022	- 19,1	+ 16,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 10,0	+ 11,2	- 4,9
2023	+ 20,0	+ 25,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 4,2	- 1,0	+ 7,6
2024	+ 11,7	+ 16,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 11,9	+ 5,2	+ 8,3
2025	+ 7,5	+ 13,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 5,2	- 0,2	+ 4,4
2026	+ 2,8	+ 12,5	+ 6,2	+ 6,2	+ 1,8	+ 1,2	+ 4,0
2027	- 1,1	+ 11,1	+ 4,8	+ 4,8	+ 3,2	+ 2,0	+ 2,1
2028	- 2,4	+ 10,0	+ 5,3	+ 5,3	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,9
2029	- 3,3	+ 9,1	+ 4,7	+ 4,7	+ 2,4	+ 3,3	+ 1,4
2030	- 3,3	+ 8,3	+ 4,0	+ 4,0	+ 2,2	+ 2,9	+ 1,1
Änderungsraten in %							
2018 / 2024	+ 24,3	+ 113,2	+ 20,3	+ 19,1	+ 38,1	+ 34,3	+ 25,1
2024 / 2030	- 0,4	+ 84,6	+ 29,4	+ 29,4	+ 19,2	+ 12,1	+ 15,8
2025 / 2030	- 7,4	+ 62,3	+ 27,6	+ 27,6	+ 13,3	+ 12,4	+ 11,0

1) Ausbildungsdienst (BMLV), Familienhospizkarenz, Pflegekarenz, Familienhospizteilzeit, Pflegeteilzeit (UG21)

Entwicklung der Erträge der PV-Träger

(ohne Bundesmittel)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	30.970,168	2.153,755	519,842	33.643,766
2019	32.574,310	2.264,437	535,970	35.374,717
2020	33.345,145	2.114,585	529,506	35.989,236
2021	34.694,888	2.477,766	538,138	37.710,792
2022	36.745,520	2.570,255	544,753	39.860,528
2023	39.830,359	2.667,662	556,234	43.054,256
2024	43.110,009	2.820,924	551,796	46.482,729
2025	45.055,495	3.016,838	581,368	48.653,701
2026	47.127,049	3.254,243	621,155	51.002,447
2027	48.937,938	3.396,990	638,215	52.973,143
2028	50.535,722	3.530,449	652,664	54.718,835
2029	52.005,568	3.656,197	663,731	56.325,496
2030	53.486,526	3.785,780	671,491	57.943,798
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	+ 7,9	+ 5,8	+ 7,9	+ 7,8
2019	+ 5,2	+ 5,1	+ 3,1	+ 5,1
2020	+ 2,4	- 6,6	- 1,2	+ 1,7
2021	+ 4,0	+ 17,2	+ 1,6	+ 4,8
2022	+ 5,9	+ 3,7	+ 1,2	+ 5,7
2023	+ 8,4	+ 3,8	+ 2,1	+ 8,0
2024	+ 8,2	+ 5,7	- 0,8	+ 8,0
2025	+ 4,5	+ 6,9	+ 5,4	+ 4,7
2026	+ 4,6	+ 7,9	+ 6,8	+ 4,8
2027	+ 3,8	+ 4,4	+ 2,7	+ 3,9
2028	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,3	+ 3,3
2029	+ 2,9	+ 3,6	+ 1,7	+ 2,9
2030	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,2	+ 2,9
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 39,2	+ 31,0	+ 6,1	+ 38,2
2024 / 2030	+ 24,1	+ 34,2	+ 21,7	+ 24,7
2025 / 2030	+ 18,7	+ 25,5	+ 15,5	+ 19,1

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Entwicklung der Ausfallhaftung

	Pensionsversicherung nach dem ASVG	Pensionsversicherung nach dem GSVG und FSVG	Pensionsversicherung nach dem BSVG	gesamte Pensionsversicherung
Beträge in Mio.€				
2018	4.055,000	1.279,201	1.496,575	6.830,775
2019	3.981,133	1.347,057	1.540,424	6.868,613
2020	5.136,755	1.755,027	1.613,731	8.505,513
2021	5.787,774	1.563,125	1.654,167	9.005,066
2022	6.241,973	1.768,109	1.736,526	9.746,608
2023	7.055,319	2.160,471	1.856,716	11.072,506
2024	9.030,269	2.621,532	2.053,446	13.705,246
2025	10.822,793	2.883,456	2.169,551	15.875,800
2026	11.043,043	2.934,169	2.246,793	16.224,005
2027	11.812,001	3.105,012	2.344,913	17.261,926
2028	12.603,208	3.257,303	2.431,437	18.291,949
2029	13.689,189	3.424,306	2.512,753	19.626,247
2030	15.019,658	3.594,052	2.608,518	21.222,227
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	- 5,3	+ 2,2	+ 0,1	- 2,8
2019	- 1,8	+ 5,3	+ 2,9	+ 0,6
2020	+ 29,0	+ 30,3	+ 4,8	+ 23,8
2021	+ 12,7	- 10,9	+ 2,5	+ 5,9
2022	+ 7,8	+ 13,1	+ 5,0	+ 8,2
2023	+ 13,0	+ 22,2	+ 6,9	+ 13,6
2024	+ 28,0	+ 21,3	+ 10,6	+ 23,8
2025	+ 19,9	+ 10,0	+ 5,7	+ 15,8
2026	+ 2,0	+ 1,8	+ 3,6	+ 2,2
2027	+ 7,0	+ 5,8	+ 4,4	+ 6,4
2028	+ 6,7	+ 4,9	+ 3,7	+ 6,0
2029	+ 8,6	+ 5,1	+ 3,3	+ 7,3
2030	+ 9,7	+ 5,0	+ 3,8	+ 8,1
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 122,7	+ 104,9	+ 37,2	+ 100,6
2024 / 2030	+ 66,3	+ 37,1	+ 27,0	+ 54,8
2025 / 2030	+ 38,8	+ 24,6	+ 20,2	+ 33,7

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Entwicklung des Bundesbeitrages (gesamt)

(Ausfallhaftung, Partnerleistung, Beitragsübernahmen und Beiträge für Teilvers. aus UG22)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	5.002,394	1.754,596	1.662,889	8.419,880
2019	5.037,842	1.847,106	1.712,497	8.597,444
2020	6.190,964	2.220,468	1.787,509	10.198,941
2021	6.832,002	2.107,640	1.832,270	10.771,913
2022	7.362,162	2.334,886	1.916,710	11.613,758
2023	8.202,264	2.746,465	2.040,233	12.988,961
2024	10.292,195	3.279,683	2.242,573	15.814,451
2025	12.118,770	3.592,825	2.369,359	18.080,955
2026	12.366,259	3.650,583	2.451,160	18.468,002
2027	13.182,514	3.853,474	2.554,994	19.590,982
2028	14.024,925	4.035,566	2.646,095	20.706,586
2029	15.157,470	4.230,683	2.731,261	22.119,415
2030	16.530,266	4.429,373	2.830,890	23.790,530
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	- 4,0	+ 3,3	+ 0,8	- 1,6
2019	+ 0,7	+ 5,3	+ 3,0	+ 2,1
2020	+ 22,9	+ 20,2	+ 4,4	+ 18,6
2021	+ 10,4	- 5,1	+ 2,5	+ 5,6
2022	+ 7,8	+ 10,8	+ 4,6	+ 7,8
2023	+ 11,4	+ 17,6	+ 6,4	+ 11,8
2024	+ 25,5	+ 19,4	+ 9,9	+ 21,8
2025	+ 17,7	+ 9,5	+ 5,7	+ 14,3
2026	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,5	+ 2,1
2027	+ 6,6	+ 5,6	+ 4,2	+ 6,1
2028	+ 6,4	+ 4,7	+ 3,6	+ 5,7
2029	+ 8,1	+ 4,8	+ 3,2	+ 6,8
2030	+ 9,1	+ 4,7	+ 3,6	+ 7,6
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 105,7	+ 86,9	+ 34,9	+ 87,8
2024 / 2030	+ 60,6	+ 35,1	+ 26,2	+ 50,4
2025 / 2030	+ 36,4	+ 23,3	+ 19,5	+ 31,6

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Entwicklung des Aufwandes für Ausgleichszulagen

(inklusive Aufwand für AZ- und Pensionsbonus)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	694,856	69,080	213,142	977,078
2019	705,844	69,358	204,624	979,826
2020	751,825	76,792	223,581	1.052,198
2021	775,788	82,519	217,660	1.075,967
2022	784,144	82,863	216,965	1.083,972
2023	856,275	89,882	218,691	1.164,849
2024	930,564	98,630	224,552	1.253,746
2025	975,962	104,343	224,466	1.304,771
2026	996,463	105,093	224,090	1.325,646
2027	1.024,676	108,341	225,114	1.358,131
2028	1.047,611	110,862	224,589	1.383,062
2029	1.070,563	113,206	223,074	1.406,843
2030	1.096,628	115,508	222,184	1.434,320
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	+ 1,0	- 0,4	- 4,3	- 0,3
2019	+ 1,6	+ 0,4	- 4,0	+ 0,3
2020	+ 6,5	+ 10,7	+ 9,3	+ 7,4
2021	+ 3,2	+ 7,5	- 2,6	+ 2,3
2022	+ 1,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,7
2023	+ 9,2	+ 8,5	+ 0,8	+ 7,5
2024	+ 8,7	+ 9,7	+ 2,7	+ 7,6
2025	+ 4,9	+ 5,8	- 0,0	+ 4,1
2026	+ 2,1	+ 0,7	- 0,2	+ 1,6
2027	+ 2,8	+ 3,1	+ 0,5	+ 2,5
2028	+ 2,2	+ 2,3	- 0,2	+ 1,8
2029	+ 2,2	+ 2,1	- 0,7	+ 1,7
2030	+ 2,4	+ 2,0	- 0,4	+ 2,0
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 33,9	+ 42,8	+ 5,4	+ 28,3
2024 / 2030	+ 17,8	+ 17,1	- 1,1	+ 14,4
2025 / 2030	+ 12,4	+ 10,7	- 1,0	+ 9,9

Entwicklung der Bundesmittel

(Bundesbeitrag gesamt und Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	5.697,251	1.823,676	1.876,032	9.396,958
2019	5.743,686	1.916,464	1.917,120	9.577,270
2020	6.942,789	2.297,261	2.011,089	11.251,139
2021	7.607,791	2.190,159	2.049,930	11.847,880
2022	8.146,307	2.417,749	2.133,675	12.697,730
2023	9.058,539	2.836,346	2.258,925	14.153,810
2024	11.222,758	3.378,313	2.467,125	17.068,196
2025	13.094,732	3.697,168	2.593,825	19.385,725
2026	13.362,722	3.755,675	2.675,251	19.793,648
2027	14.207,190	3.961,815	2.780,108	20.949,113
2028	15.072,536	4.146,428	2.870,684	22.089,648
2029	16.228,033	4.343,890	2.954,335	23.526,258
2030	17.626,894	4.544,882	3.053,074	25.224,850
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	- 3,4	+ 3,1	+ 0,2	- 1,5
2019	+ 0,8	+ 5,1	+ 2,2	+ 1,9
2020	+ 20,9	+ 19,9	+ 4,9	+ 17,5
2021	+ 9,6	- 4,7	+ 1,9	+ 5,3
2022	+ 7,1	+ 10,4	+ 4,1	+ 7,2
2023	+ 11,2	+ 17,3	+ 5,9	+ 11,5
2024	+ 23,9	+ 19,1	+ 9,2	+ 20,6
2025	+ 16,7	+ 9,4	+ 5,1	+ 13,6
2026	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,1	+ 2,1
2027	+ 6,3	+ 5,5	+ 3,9	+ 5,8
2028	+ 6,1	+ 4,7	+ 3,3	+ 5,4
2029	+ 7,7	+ 4,8	+ 2,9	+ 6,5
2030	+ 8,6	+ 4,6	+ 3,3	+ 7,2
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 97,0	+ 85,2	+ 31,5	+ 81,6
2024 / 2030	+ 57,1	+ 34,5	+ 23,8	+ 47,8
2025 / 2030	+ 34,6	+ 22,9	+ 17,7	+ 30,1

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Die Ausfallhaftung deckt ... % der Aufwendungen

(ohne Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	11,27%	32,73%	68,56%	16,24%
2019	10,58%	32,76%	68,51%	15,62%
2020	12,99%	40,48%	69,65%	18,41%
2021	13,94%	34,09%	69,78%	18,57%
2022	14,15%	36,05%	70,55%	18,93%
2023	14,69%	39,90%	71,51%	19,76%
2024	16,91%	42,97%	73,49%	22,00%
2025	18,93%	43,62%	73,53%	23,79%
2026	18,56%	42,49%	73,13%	23,35%
2027	19,01%	42,83%	73,43%	23,79%
2028	19,52%	43,05%	73,71%	24,25%
2029	20,38%	43,42%	74,01%	25,02%
2030	21,45%	43,75%	74,48%	25,96%

Die Partnerleistung deckt ... % der Aufwendungen

(ohne Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	0,00%	11,78%	7,38%	1,48%
2019	0,00%	11,82%	7,40%	1,48%
2020	0,00%	10,41%	7,21%	1,34%
2021	0,00%	11,56%	7,19%	1,44%
2022	0,00%	11,27%	7,03%	1,41%
2023	0,00%	10,56%	6,80%	1,34%
2024	0,00%	10,00%	6,31%	1,26%
2025	0,00%	9,89%	6,19%	1,25%
2026	0,00%	10,11%	6,32%	1,28%
2027	0,00%	10,06%	6,25%	1,28%
2028	0,00%	10,02%	6,18%	1,28%
2029	0,00%	9,96%	6,10%	1,27%
2030	0,00%	9,91%	6,02%	1,25%

Der Beitrag für Teilversicherte aus der UG22 deckt ... % der Aufwendungen
(ohne Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	2,63%	0,38%	0,24%	2,30%
2019	2,81%	0,34%	0,25%	2,45%
2020	2,67%	0,33%	0,29%	2,33%
2021	2,51%	0,32%	0,32%	2,20%
2022	2,54%	0,29%	0,29%	2,22%
2023	2,39%	0,26%	0,27%	2,08%
2024	2,36%	0,78%	0,46%	2,12%
2025	2,27%	0,84%	0,58%	2,05%
2026	2,22%	0,26%	0,33%	1,95%
2027	2,21%	0,26%	0,33%	1,93%
2028	2,20%	0,26%	0,33%	1,93%
2029	2,19%	0,26%	0,33%	1,91%
2030	2,16%	0,26%	0,33%	1,89%

Die Bundesmittel decken ... % der Gesamtaufwendungen

(inkl. Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	15,54%	45,85%	78,30%	21,83%
2019	14,99%	45,84%	78,15%	21,31%
2020	17,23%	52,07%	79,16%	23,82%
2021	17,98%	46,92%	79,21%	23,91%
2022	18,15%	48,47%	79,66%	24,16%
2023	18,53%	51,53%	80,24%	24,74%
2024	20,66%	54,50%	81,72%	26,86%
2025	22,52%	55,07%	81,69%	28,49%
2026	22,09%	53,58%	81,16%	27,96%
2027	22,50%	53,84%	81,33%	28,34%
2028	22,97%	54,01%	81,48%	28,76%
2029	23,78%	54,30%	81,66%	29,46%
2030	24,79%	54,56%	81,97%	30,33%

Anmerkung:
Bundesmittel = Bundesbeitrag (gesamt) + Ausgleichszulagen

Die Bundesmittel in % des BIP

(inklusive Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2018	1,49%	0,48%	0,49%	2,45%
2019	1,45%	0,48%	0,48%	2,42%
2020	1,83%	0,60%	0,53%	2,96%
2021	1,87%	0,54%	0,50%	2,92%
2022	1,81%	0,54%	0,47%	2,83%
2023	1,90%	0,59%	0,47%	2,96%
2024	2,27%	0,68%	0,50%	3,45%
2025	2,56%	0,72%	0,51%	3,79%
2026	2,53%	0,71%	0,51%	3,74%
2027	2,60%	0,73%	0,51%	3,84%
2028	2,68%	0,74%	0,51%	3,92%
2029	2,80%	0,75%	0,51%	4,06%
2030	2,96%	0,76%	0,51%	4,23%

Anmerkung:
Bundesmittel = Bundesbeitrag (gesamt) + Ausgleichszulagen
BIP gemäß ESVG 2010

Übersicht über die gesamte Pensionsversicherung
2018 bis 2024

	2018	2024	Veränderung nominell absolut	Veränderung nominell relativ insgesamt	Veränderung nominell relativ pro Jahr	durchschn. jährliche Veränderung real
Gebarungsdaten (in Mio. €)						
Aufwendungen (ohne AZ)	42.063,646	62.297,180	+ 20.233,534	+ 48,10%	+ 6,76%	+ 2,53%
Erträge (ohne Bundesmittel)	33.643,766	46.482,729	+ 12.838,963	+ 38,16%	+ 5,54%	+ 1,35%
Bundesbeiträge (gesamt)	8.419,880	15.814,451	+ 7.394,571	+ 87,82%	+ 11,08%	+ 6,68%
Anteil der Bundesbeiträge in % der Aufwendungen	20,02%	25,39%	.	.	.	
Ausgleichszulagen	977,078	1.253,746	+ 276,668	+ 28,32%	+ 4,24%	+ 0,11%
Bundesmittel (BB + AZ)	9.396,958	17.068,197	+ 7.671,239	+ 81,64%	+ 10,46%	+ 6,08%
Anteil der Bundesmittel in % der Gesamtaufwendungen	21,83%	26,86%	.	.	.	
Statistikdaten						
Zahl der Pensionen	2.350.386	2.556.514	+ 206.129	+ 8,77%	+ 1,41%	
Zahl der Pflichtversicherten	4.042.396	4.381.143	+ 338.747	+ 8,38%	+ 1,35%	
Belastungsquote (auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen . . . Pensionen)	581	584	.	.	.	
Durchschn. Beitragsgrundl.	2.836,05	3.643,93	+ 807,88	+ 28,49%	+ 4,27%	+ 0,13%
Durchschnittpension	1.145,45	1.566,80	+ 421,34	+ 36,78%	+ 5,36%	+ 1,18%
Anpassung	100,0	126,3	.	+ 26,35%	+ 3,97%	
Brutto-Inlandsprodukt (nominell, in Mio. €) gem. ESVG 2010	383.234	494.088	+ 110.853	+ 28,93%	+ 4,33%	+ 0,19%

Übersicht über die gesamte Pensionsversicherung
2024 bis 2030

	2024	2030	Veränderung nominell absolut	Veränderung nominell relativ insgesamt	Veränderung nominell relativ pro Jahr	durchschn. jährliche Veränderung real
Gebarungsdaten (in Mio. €)						
Aufwendungen (ohne AZ)	62.297,180	81.734,327	+ 19.437,147	+ 31,20%	+ 4,63%	+ 2,21%
Erträge (ohne Bundesmittel)	46.482,729	57.943,798	+ 11.461,069	+ 24,66%	+ 3,74%	+ 1,34%
Bundesbeiträge (gesamt)	15.814,451	23.790,530	+ 7.976,079	+ 50,44%	+ 7,04%	+ 4,57%
Anteil der Bundesbeiträge in % der Aufwendungen	25,39%	29,11%	.	.	.	
Ausgleichszulagen	1.253,746	1.434,320	+ 180,574	+ 14,40%	+ 2,27%	- 0,10%
Bundesmittel (BB + AZ)	17.068,197	25.224,850	+ 8.156,653	+ 47,79%	+ 6,73%	+ 4,26%
Anteil der Bundesmittel in % der Gesamtaufwendungen	26,86%	30,33%	.	.	.	
Statistikdaten						
Zahl der Pensionen	2.556.514	2.709.038	+ 152.523	+ 5,97%	+ 0,97%	
Zahl der Pflichtversicherten	4.381.143	4.638.659	+ 257.516	+ 5,88%	+ 0,96%	
Belastungsquote (auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen . . . Pensionen)	584	584	.	.	.	
Durchschn. Beitragsgrundl.	3.643,93	4.329,30	+ 685,37	+ 18,81%	+ 2,91%	+ 0,54%
Durchschnittpension	1.566,80	1.938,63	+ 371,83	+ 23,73%	+ 3,61%	+ 1,22%
Anpassung	100,0	117,5	.	+ 17,55%	+ 2,73%	
Brutto-Inlandsprodukt (nominell, in Mio. €) gem. ESVG 2010	494.088	595.858	+ 101.770	+ 20,60%	+ 3,17%	+ 0,79%

Übersicht über die gesamte Pensionsversicherung
2025 bis 2030

	2025	2030	Veränderung nominell absolut	Veränderung nominell relativ insgesamt	Veränderung nominell relativ pro Jahr	durchschn. jährliche Veränderung real
Gebarungsdaten (in Mio. €)						
Aufwendungen (ohne AZ)	66.734,656	81.734,327	+ 14.999,671	+ 22,48%	+ 4,14%	+ 1,96%
Erträge (ohne Bundesmittel)	48.653,701	57.943,798	+ 9.290,097	+ 19,09%	+ 3,56%	+ 1,39%
Bundesbeiträge (gesamt)	18.080,955	23.790,530	+ 5.709,575	+ 31,58%	+ 5,64%	+ 3,43%
Anteil der Bundesbeiträge in % der Aufwendungen	27,09%	29,11%	.	.	.	
Ausgleichszulagen	1.304,771	1.434,320	+ 129,549	+ 9,93%	+ 1,91%	- 0,22%
Bundesmittel (BB + AZ)	19.385,726	25.224,850	+ 5.839,124	+ 30,12%	+ 5,41%	+ 3,20%
Anteil der Bundesmittel in % der Gesamtaufwendungen	28,49%	30,33%	.	.	.	
Statistikdaten						
Zahl der Pensionen	2.585.485	2.709.038	+ 123.553	+ 4,78%	+ 0,94%	
Zahl der Pflichtversicherten	4.400.427	4.638.659	+ 238.232	+ 5,41%	+ 1,06%	
Belastungsquote (auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen . . . Pensionen)	588	584	.	.	.	
Durchschn. Beitragsgrundl.	3.801,59	4.329,30	+ 527,70	+ 13,88%	+ 2,63%	+ 0,48%
Durchschnittpension	1.655,95	1.938,63	+ 282,68	+ 17,07%	+ 3,20%	+ 1,04%
Anpassung	100,0	112,4	.	+ 12,38%	+ 2,36%	
Brutto-Inlandsprodukt (nominell, in Mio. €) gem. ESVG 2010	511.542	595.858	+ 84.316	+ 16,48%	+ 3,10%	+ 0,94%

Zahl aller Ausgleichszulagenbezieher

(inklusive Pensionsbonusbezieher)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Anzahl				
2018	161.390	13.963	35.043	210.396
2019	159.788	13.641	33.168	206.597
2020	160.880	13.588	32.409	206.877
2021	162.747	14.054	32.197	208.998
2022	160.668	14.031	30.632	205.331
2023	161.668	14.194	29.716	205.578
2024	161.402	14.320	28.326	204.048
2025	160.783	14.611	27.086	202.480
2026	159.770	14.330	26.300	200.400
2027	158.540	14.260	25.490	198.290
2028	157.960	14.230	24.780	196.970
2029	157.470	14.190	24.000	195.660
2030	157.520	14.150	23.350	195.020
Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
2018	- 1.209	+ 7	- 1.847	- 3.049
2019	- 1.602	- 322	- 1.875	- 3.799
2020	+ 1.092	- 53	- 759	+ 280
2021	+ 1.867	+ 466	- 212	+ 2.121
2022	- 2.079	- 23	- 1.565	- 3.667
2023	+ 1.000	+ 163	- 916	+ 247
2024	- 266	+ 126	- 1.390	- 1.530
2025	- 619	+ 291	- 1.240	- 1.568
2026	- 1.013	- 281	- 786	- 2.080
2027	- 1.230	- 70	- 810	- 2.110
2028	- 580	- 30	- 710	- 1.320
2029	- 490	- 40	- 780	- 1.310
2030	+ 50	- 40	- 650	- 640
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 0,0	+ 2,6	- 19,2	- 3,0
2024 / 2030	- 2,4	- 1,2	- 17,6	- 4,4
2025 / 2030	- 2,0	- 3,2	- 13,8	- 3,7

Höhe der durchschnittlichen Ausgleichszulagen

(inklusive AZ- und Pensionsbonus)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Höhe in €				
2018	307,53	353,38	434,45	331,71
2019	315,53	363,18	440,67	338,76
2020	333,80	403,68	492,77	363,29
2021	340,49	419,40	482,88	367,73
2022	348,61	421,84	505,92	377,08
2023	378,32	452,31	525,67	404,73
2024	411,82	491,97	566,24	438,88
2025	433,58	510,10	591,94	460,28
2026	445,49	523,84	608,61	472,50
2027	461,66	542,68	630,82	489,23
2028	473,72	556,48	647,38	501,55
2029	485,61	569,85	663,91	513,59
2030	497,27	583,08	679,67	525,34
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2018	+ 1,8	- 0,5	+ 0,8	+ 1,2
2019	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,4	+ 2,1
2020	+ 5,8	+ 11,2	+ 11,8	+ 7,2
2021	+ 2,0	+ 3,9	- 2,0	+ 1,2
2022	+ 2,4	+ 0,6	+ 4,8	+ 2,5
2023	+ 8,5	+ 7,2	+ 3,9	+ 7,3
2024	+ 8,9	+ 8,8	+ 7,7	+ 8,4
2025	+ 5,3	+ 3,7	+ 4,5	+ 4,9
2026	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7
2027	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5
2028	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,5
2029	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,4
2030	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,3
Änderungsraten in %				
2018 / 2024	+ 33,9	+ 39,2	+ 30,3	+ 32,3
2024 / 2030	+ 20,7	+ 18,5	+ 20,0	+ 19,7
2025 / 2030	+ 14,7	+ 14,3	+ 14,8	+ 14,1

Gebarung der gesamten PV

(in Millionen EURO)

pv2510 10.10.2025	**2024**		**2025**		**2026**		**2027**		**2028**		**2029**		**2030**
Pensionserhöhung	1,097		1,046		1,023		1,032		1,022		1,021		1,020
Aufwendungen :													
Pensionsaufwand	56.077,477	+ 6,89%	59.940,002	+ 3,85%	62.248,789	+ 4,58%	65.097,301	+ 4,04%	67.727,152	+ 4,09%	70.500,376	+ 4,29%	73.525,547
Abfertigungen	8,565	+ 9,41%	9,371	+ 3,73%	9,721	+ 2,57%	9,971	+ 2,41%	10,211	+ 2,25%	10,441	+ 2,26%	10,677
Überweisungsbeträge	200,688	- 17,93%	164,700	+ 0,18%	165,000	+ 0,03%	165,050	+ 0,03%	165,100	+ 0,00%	165,100	+ 0,00%	165,100
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	1.684,440	+ 4,59%	1.761,749	+ 3,68%	1.826,634	+ 3,38%	1.888,342	+ 3,11%	1.947,160	+ 3,37%	2.012,751	+ 3,37%	2.080,602
Krankenvers. der Pens.	2.533,830	+ 16,71%	2.957,222	+ 11,34%	3.292,499	+ 4,41%	3.437,547	+ 3,86%	3.570,150	+ 3,85%	3.707,426	+ 4,10%	3.859,260
Verwaltungsaufwand	812,915	+ 3,94%	844,967	+ 4,05%	879,218	+ 3,00%	905,566	+ 2,27%	926,107	+ 2,26%	947,001	+ 2,26%	968,391
Übrige Aufwendungen	979,266	+ 7,90%	1.056,645	- 0,76%	1.048,588	+ 1,12%	1.060,348	+ 1,81%	1.079,542	+ 2,06%	1.101,814	+ 2,08%	1.124,751
Summe	62.297,180	+ 7,12%	66.734,656	+ 4,10%	69.470,449	+ 4,45%	72.564,125	+ 3,94%	75.425,421	+ 4,00%	78.444,910	+ 4,19%	81.734,327
Erträge :													
Pflichtbeiträge *)	42.835,421	+ 4,76%	44.872,629	+ 4,94%	47.087,983	+ 4,09%	49.012,616	+ 3,50%	50.728,756	+ 3,13%	52.315,866	+ 3,07%	53.920,155
Sonstige Beiträge	499,810	- 1,99%	489,885	+ 2,12%	500,261	+ 0,65%	503,500	+ 0,64%	506,741	+ 0,62%	509,883	+ 0,62%	513,046
Beiträge für Teilversicherte 1)	2.835,324	+ 4,83%	2.972,322	+ 4,30%	3.100,227	+ 1,51%	3.147,150	+ 1,09%	3.181,363	+ 0,50%	3.197,129	+ 0,32%	3.207,225
Vermögenserträgnisse	11,870	- 21,19%	9,354	- 2,19%	9,149	- 0,10%	9,140	- 0,09%	9,132	- 0,48%	9,088	- 0,39%	9,053
Übrige Erträge	300,305	+ 3,07%	309,511	- 1,51%	304,827	- 1,34%	300,737	- 2,62%	292,843	+ 0,23%	293,529	+ 0,27%	294,319
Summe	46.482,729	+ 4,67%	48.653,701	+ 4,83%	51.002,447	+ 3,86%	52.973,143	+ 3,30%	54.718,835	+ 2,94%	56.325,496	+ 2,87%	57.943,798
Beitragsübernahmen	56,967	+ 5,92%	60,340	- 96,88%	1,880	- 4,26%	1,800	- 4,44%	1,720	- 4,65%	1,640	- 4,88%	1,560
Partnerleistung	786,645	+ 6,35%	836,580	+ 6,66%	892,258	+ 4,11%	928,932	+ 3,56%	962,040	+ 3,20%	992,810	+ 3,20%	1.024,556
Ausfallhaftung	13.705,246	+ 15,84%	15.875,800	+ 2,19%	16.224,005	+ 6,40%	17.261,926	+ 5,97%	18.291,949	+ 7,29%	19.626,247	+ 8,13%	21.222,227
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	1.265,593	+ 3,37%	1.308,234	+ 3,18%	1.349,859	+ 3,59%	1.398,324	+ 3,76%	1.450,877	+ 3,30%	1.498,718	+ 2,90%	1.542,186
Summe Bundesbeitrag	**15.814,451**	+ 14,33%	**18.080,955**	+ 2,14%	**18.468,002**	+ 6,08%	**19.590,982**	+ 5,69%	**20.706,586**	+ 6,82%	**22.119,415**	+ 7,55%	**23.790,530**
Kontrolle	0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000
Ausgleichszulagen	**1.253,746**	+ 4,07%	**1.304,771**	+ 1,60%	**1.325,646**	+ 2,45%	**1.358,131**	+ 1,84%	**1.383,062**	+ 1,72%	**1.406,843**	+ 1,95%	**1.434,320**
Bundesmittel (BB + AZ)	17.068,196	+ 13,58%	19.385,725	+ 2,10%	19.793,648	+ 5,84%	20.949,113	+ 5,44%	22.089,648	+ 6,50%	23.526,258	+ 7,22%	25.224,850
NSCHG	**110,083**	+ 1,02%	**111,210**	- 0,08%	**111,122**	- 3,27%	**107,491**	- 3,80%	**103,403**	- 2,31%	**101,015**	- 3,95%	**97,028**
BB + AZ + NSCHG	17.178,280	+ 13,50%	19.496,935	+ 2,07%	19.901,139	+ 5,79%	21.052,516	+ 5,42%	22.193,051	+ 6,46%	23.627,272	+ 7,17%	25.321,878

*) ohne Beitragsübernahmen (2024-2025) und ohne Partnerleistung

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebarung der PVA

(in Millionen EURO)

pv2510 10.10.2025 Pensionserhöhung	**2024** 1,097		**2025** 1,046		**2026** 1,023		**2027** 1,032		**2028** 1,022		**2029** 1,021		**2030** 1,020
Aufwendungen :													
Pensionsaufwand	47.262,787	+ 6,89%	50.518,087	+ 3,85%	52.461,786	+ 4,56%	54.853,277	+ 4,04%	57.071,356	+ 4,13%	59.430,242	+ 4,36%	62.022,703
Abfertigungen	7,604	+ 10,47%	8,400	+ 4,17%	8,750	+ 2,86%	9,000	+ 2,67%	9,240	+ 2,49%	9,470	+ 2,49%	9,706
Überweisungsbeträge	197,076	- 18,31%	161,000	+ 0,00%	161,000	+ 0,00%	161,000	+ 0,00%	161,000	+ 0,00%	161,000	+ 0,00%	161,000
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	1.440,328	+ 4,49%	1.505,000	+ 3,85%	1.563,000	+ 3,52%	1.618,000	+ 3,28%	1.671,000	+ 3,53%	1.730,000	+ 3,53%	1.791,083
Krankenvers. der Pens.	1.859,100	+ 16,97%	2.174,669	+ 11,41%	2.422,901	+ 4,45%	2.530,808	+ 3,94%	2.630,503	+ 4,03%	2.736,479	+ 4,26%	2.852,985
Verwaltungsaufwand	651,780	+ 4,04%	678,100	+ 4,31%	707,300	+ 3,08%	729,100	+ 2,32%	746,000	+ 2,29%	763,100	+ 2,29%	780,592
Übrige Aufwendungen	866,799	+ 8,37%	939,380	- 0,10%	938,432	+ 0,83%	946,186	+ 1,63%	961,564	+ 2,38%	984,419	+ 2,39%	1.007,918
Summe	52.285,474	+ 7,07%	55.984,636	+ 4,07%	58.263,169	+ 4,44%	60.847,371	+ 3,95%	63.250,663	+ 4,05%	65.814,711	+ 4,27%	68.625,986
Erträge :													
Pflichtbeiträge *)	38.729,939	+ 4,47%	40.463,024	+ 4,66%	42.348,014	+ 4,06%	44.067,715	+ 3,46%	45.594,368	+ 3,09%	47.003,597	+ 3,03%	48.427,779
Sonstige Beiträge	462,528	- 2,36%	451,600	+ 2,04%	460,800	+ 0,67%	463,900	+ 0,67%	467,000	+ 0,64%	470,000	+ 0,64%	473,019
Beiträge für Teilversicherte 1)	2.779,115	+ 3,99%	2.890,043	+ 4,25%	3.012,947	+ 1,44%	3.056,224	+ 0,98%	3.086,211	+ 0,38%	3.098,002	+ 0,21%	3.104,550
Vermögenserträgnisse	11,086	- 20,44%	8,820	- 0,79%	8,750	+ 0,00%	8,750	+ 0,00%	8,750	+ 0,00%	8,750	+ 0,00%	8,750
Übrige Erträge	213,325	+ 11,11%	237,030	+ 1,76%	241,200	- 1,97%	236,450	- 3,87%	227,300	+ 0,31%	228,000	+ 0,31%	228,702
Summe	42.195,992	+ 4,40%	44.050,517	+ 4,59%	46.071,710	+ 3,82%	47.833,039	+ 3,24%	49.383,629	+ 2,89%	50.808,349	+ 2,82%	52.242,800
Beitragsübernahmen (§54b ASVG)	11,934		12,686										
Partnerleistung													
Ausfallhaftung	8.841,456	+ 20,48%	10.652,134	+ 2,16%	10.882,694	+ 7,13%	11.658,932	+ 6,88%	12.461,195	+ 8,78%	13.554,805	+ 9,85%	14.890,225
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	1.236,093	+ 2,69%	1.269,299	+ 3,11%	1.308,765	+ 3,56%	1.355,400	+ 3,72%	1.405,839	+ 3,25%	1.451,556	+ 2,85%	1.492,961
Summe Bundesbeitrag	**10.089,482**	+ 18,28%	**11.934,119**	+ 2,16%	**12.191,459**	+ 6,75%	**13.014,332**	+ 6,55%	**13.867,034**	+ 8,22%	**15.006,361**	+ 9,17%	**16.383,186**
Kontrolle	0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000
Ausgleichszulagen	922,879	+ 4,92%	968,256	+ 2,13%	988,858	+ 2,86%	1.017,113	+ 2,26%	1.040,138	+ 2,22%	1.063,183	+ 2,46%	1.089,323
Bundesmittel (BB + AZ)	11.012,361	+ 17,16%	12.902,375	+ 2,15%	13.180,317	+ 6,46%	14.031,445	+ 6,24%	14.907,172	+ 7,80%	16.069,544	+ 8,73%	17.472,509

*) ohne Beitragsübernahmen (2024-2025)
1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs
2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebarung der BVAEB

(in Millionen EURO)

pv2510 10.10.2025	**2024**		**2025**		**2026**		**2027**		**2028**		**2029**		**2030**
Pensionserhöhung	1,097		1,046		1,023		1,032		1,022		1,021		1,020
Aufwendungen :													
Pensionsaufwand	963,185	+ 5,59%	1.017,059	+ 2,68%	1.044,308	+ 3,44%	1.080,248	+ 2,92%	1.111,784	+ 2,97%	1.144,859	+ 3,21%	1.181,603
Abfertigungen	0,168	+ 1,96%	0,171	+ 0,00%	0,171	+ 0,00%	0,171	+ 0,00%	0,171	+ 0,00%	0,171	+ 0,00%	0,171
Überweisungsbeträge	1,004	+ 9,54%	1,100	+ 27,27%	1,400	+ 3,57%	1,450	+ 3,45%	1,500	+ 0,00%	1,500	+ 0,00%	1,500
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	24,226	+ 2,16%	24,749	+ 3,58%	25,634	+ 2,76%	26,342	- 0,69%	26,160	+ 2,26%	26,751	+ 2,26%	27,355
Krankenvers. der Pens.	99,189	+ 15,36%	114,429	+ 9,99%	125,861	+ 3,17%	129,853	+ 2,65%	133,294	+ 2,97%	137,260	+ 3,21%	141,665
Verwaltungsaufwand	14,561	+ 2,79%	14,967	+ 4,35%	15,618	+ 2,87%	16,066	+ 2,12%	16,407	+ 2,40%	16,801	+ 2,40%	17,204
Übrige Aufwendungen	14,397	+ 19,16%	17,155	- 0,05%	17,146	+ 10,53%	18,952	+ 9,05%	20,668	+ 1,53%	20,985	+ 1,53%	21,307
Summe	1.116,730	+ 6,53%	1.189,630	+ 3,41%	1.230,138	+ 3,49%	1.273,081	+ 2,90%	1.309,985	+ 2,93%	1.348,327	+ 3,15%	1.390,806
Erträge :													
Pflichtbeiträge *)	885,253	+ 10,33%	976,712	+ 5,36%	1.029,107	+ 4,72%	1.077,633	+ 4,32%	1.124,148	+ 4,05%	1.169,719	+ 4,01%	1.216,603
Sonstige Beiträge	5,258	- 22,37%	4,082	+ 24,69%	5,090	- 0,59%	5,060	- 0,57%	5,031	- 0,56%	5,003	- 0,56%	4,975
Beiträge für Teilversicherte 1)	18,125	- 8,75%	16,540	+ 2,57%	16,965	+ 1,73%	17,259	+ 1,97%	17,599	+ 1,82%	17,919	+ 1,59%	18,205
Vermögenserträgnisse	0,604	- 38,04%	0,374	- 36,10%	0,239	- 3,77%	0,230	- 3,48%	0,222	- 19,82%	0,178	- 19,82%	0,143
Übrige Erträge	4,777	+ 52,20%	7,271	- 45,85%	3,937	+ 19,81%	4,717	+ 7,97%	5,093	- 13,63%	4,399	- 13,63%	3,800
Summe	914,017	+ 9,95%	1.004,979	+ 5,01%	1.055,338	+ 4,70%	1.104,899	+ 4,27%	1.152,094	+ 3,92%	1.197,218	+ 3,88%	1.243,726
Beitragsübernahmen (§54b ASVG)	0,120		0,128										
Partnerleistung													
Ausfallhaftung	188,813	- 9,62%	170,659	- 6,04%	160,348	- 4,54%	153,069	- 7,22%	142,013	- 5,37%	134,383	- 3,68%	129,433
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	13,779	+ 0,62%	13,865	+ 4,23%	14,452	+ 4,58%	15,113	+ 5,06%	15,878	+ 5,34%	16,726	+ 5,51%	17,647
Summe Bundesbeitrag	**202,713**	- 8,91%	**184,651**	- 5,34%	**174,800**	- 3,79%	**168,182**	- 6,12%	**157,891**	- 4,30%	**151,109**	- 2,67%	**147,080**
Kontrolle	0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000
Ausgleichszulagen	7,685	+ 0,27%	7,706	- 1,31%	7,605	- 0,55%	7,563	- 1,20%	7,473	- 1,24%	7,380	- 1,02%	7,305
Bundesmittel (BB + AZ)	210,398	- 8,57%	192,357	- 5,17%	182,405	- 3,65%	175,745	- 5,91%	165,364	- 4,16%	158,489	- 2,59%	154,385

*) ohne Beitragsübernahmen (2024-2025)

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebarung der PV nach dem ASVG

(in Millionen EURO)

pv2510 10.10.2025	**2024**		**2025**		**2026**		**2027**		**2028**		**2029**		**2030**
Pensionserhöhung	1,097		1,046		1,023		1,032		1,022		1,021		1,020
Aufwendungen :													
Pensionsaufwand	48.225,972	+ 6,86%	51.535,145	+ 3,82%	53.506,094	+ 4,54%	55.933,525	+ 4,02%	58.183,140	+ 4,11%	60.575,101	+ 4,34%	63.204,306
Abfertigungen	7,772	+ 10,28%	8,571	+ 4,08%	8,921	+ 2,80%	9,171	+ 2,62%	9,411	+ 2,44%	9,641	+ 2,45%	9,877
Überweisungsbeträge	198,080	- 18,16%	162,100	+ 0,19%	162,400	+ 0,03%	162,450	+ 0,03%	162,500	+ 0,00%	162,500	+ 0,00%	162,500
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	1.464,553	+ 4,45%	1.529,749	+ 3,85%	1.588,634	+ 3,51%	1.644,342	+ 3,21%	1.697,160	+ 3,51%	1.756,751	+ 3,51%	1.818,439
Krankenvers. der Pens.	1.958,289	+ 16,89%	2.289,098	+ 11,34%	2.548,762	+ 4,39%	2.660,661	+ 3,88%	2.763,798	+ 3,98%	2.873,739	+ 4,21%	2.994,650
Verwaltungsaufwand	666,341	+ 4,01%	693,067	+ 4,31%	722,918	+ 3,08%	745,166	+ 2,31%	762,407	+ 2,29%	779,901	+ 2,29%	797,796
Übrige Aufwendungen	881,196	+ 8,55%	956,535	- 0,10%	955,578	+ 1,00%	965,138	+ 1,77%	982,232	+ 2,36%	1.005,404	+ 2,37%	1.029,225
Summe	53.402,204	+ 7,06%	57.174,266	+ 4,06%	59.493,308	+ 4,42%	62.120,452	+ 3,93%	64.560,647	+ 4,03%	67.163,038	+ 4,25%	70.016,792
Erträge :													
Pflichtbeiträge *)	39.615,191	+ 4,61%	41.439,736	+ 4,68%	43.377,121	+ 4,08%	45.145,348	+ 3,48%	46.718,516	+ 3,11%	48.173,316	+ 3,05%	49.644,382
Sonstige Beiträge	467,786	- 2,59%	455,682	+ 2,24%	465,890	+ 0,66%	468,960	+ 0,65%	472,031	+ 0,63%	475,003	+ 0,63%	477,994
Beiträge für Teilversicherte 1)	2.797,240	+ 3,91%	2.906,583	+ 4,24%	3.029,912	+ 1,44%	3.073,483	+ 0,99%	3.103,810	+ 0,39%	3.115,922	+ 0,22%	3.122,755
Vermögenserträgnisse	11,690	- 21,35%	9,194	- 2,23%	8,989	- 0,10%	8,980	- 0,09%	8,972	- 0,49%	8,928	- 0,40%	8,893
Übrige Erträge	218,102	+ 12,01%	244,301	+ 0,34%	245,137	- 1,62%	241,167	- 3,64%	232,393	+ 0,00%	232,399	+ 0,04%	232,502
Summe	43.110,009	+ 4,51%	45.055,495	+ 4,60%	47.127,049	+ 3,84%	48.937,938	+ 3,26%	50.535,722	+ 2,91%	52.005,568	+ 2,85%	53.486,526
Beitragsübernahmen (§54b ASVG)	12,054		12,814		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000
Partnerleistung	0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000
Ausfallhaftung	9.030,269	+ 19,85%	10.822,793	+ 2,04%	11.043,043	+ 6,96%	11.812,001	+ 6,70%	12.603,208	+ 8,62%	13.689,189	+ 9,72%	15.019,658
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	1.249,872	+ 2,66%	1.283,164	+ 3,12%	1.323,217	+ 3,57%	1.370,513	+ 3,74%	1.421,717	+ 3,28%	1.468,281	+ 2,88%	1.510,608
Summe Bundesbeitrag	**10.292,195**	+ 17,75%	**12.118,770**	+ 2,04%	**12.366,259**	+ 6,60%	**13.182,514**	+ 6,39%	**14.024,925**	+ 8,08%	**15.157,470**	+ 9,06%	**16.530,266**
Kontrolle	0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000
Ausgleichszulagen	930,564	+ 4,88%	975,962	+ 2,10%	996,463	+ 2,83%	1.024,676	+ 2,24%	1.047,611	+ 2,19%	1.070,563	+ 2,43%	1.096,628
Bundesmittel (BB + AZ)	11.222,758	+ 16,68%	13.094,732	+ 2,05%	13.362,722	+ 6,32%	14.207,190	+ 6,09%	15.072,536	+ 7,67%	16.228,033	+ 8,62%	17.626,894

*) ohne Beitragsübernahmen (2024-2025)
1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs
2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebarung der PV nach dem GSVG und FSVG

(in Millionen EURO)

pv2510 10.10.2025 Pensionserhöhung	**2024** 1,097		**2025** 1,046		**2026** 1,023		**2027** 1,032		**2028** 1,022		**2029** 1,021		**2030** 1,020
Aufwendungen :													
Summe des Pensionsaufwandes	5.549,670	+ 8,04%	5.995,776	+ 4,31%	6.254,131	+ 5,09%	6.572,661	+ 4,42%	6.863,392	+ 4,36%	7.162,817	+ 4,26%	7.467,771
Abfertigungen	0,658	- 5,79%	0,620	+ 0,00%	0,620	+ 0,00%	0,620	+ 0,00%	0,620	+ 0,00%	0,620	+ 0,00%	0,620
Überweisungsbeträge	2,036	- 1,75%	2,000	+ 0,00%	2,000	+ 0,00%	2,000	+ 0,00%	2,000	+ 0,00%	2,000	+ 0,00%	2,000
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	140,915	+ 6,45%	150,000	+ 3,33%	155,000	+ 3,23%	160,000	+ 3,13%	165,000	+ 3,03%	170,000	+ 3,03%	175,152
Krankenvers. der Pens.	237,024	+ 18,40%	280,626	+ 12,05%	314,445	+ 5,13%	330,563	+ 4,46%	345,293	+ 3,95%	358,943	+ 4,26%	374,225
Verwaltungsaufwand	93,186	+ 4,84%	97,700	+ 4,30%	101,900	+ 3,83%	105,800	+ 2,93%	108,900	+ 2,94%	112,100	+ 2,94%	115,394
Übrige Aufwendungen	77,119	+ 7,55%	82,940	- 7,49%	76,730	+ 2,72%	78,820	+ 2,52%	80,810	- 0,51%	80,400	- 0,51%	79,992
Summe	6.100,607	+ 8,34%	6.609,663	+ 4,47%	6.904,826	+ 5,01%	7.250,464	+ 4,35%	7.566,015	+ 4,24%	7.886,880	+ 4,16%	8.215,154
Erträge :													
Pflichtbeiträge der													
selbständig Erwerbstätigen	2.405,911	+ 7,22%	2.579,574	+ 8,33%	2.794,474	+ 4,48%	2.919,673	+ 3,96%	3.035,379	+ 3,60%	3.144,513	+ 3,59%	3.257,379
freiberuflich selbst. Erwerbstätigen	304,968	+ 6,68%	325,351	+ 6,77%	347,368	+ 4,47%	362,895	+ 3,96%	377,281	+ 3,60%	390,877	+ 3,57%	404,825
Summe der Pflichtbeiträge *)	2.710,878	+ 7,16%	2.904,925	+ 8,16%	3.141,842	+ 4,48%	3.282,568	+ 3,96%	3.412,660	+ 3,60%	3.535,390	+ 3,59%	3.662,204
Sonstige Beiträge	18,107	+ 7,25%	19,420	+ 0,77%	19,570	+ 0,77%	19,720	+ 0,76%	19,870	+ 0,75%	20,020	+ 0,75%	20,171
Beiträge für Teilversicherte 1)	26,969	+ 58,73%	42,807	+ 6,40%	45,546	+ 4,77%	47,717	+ 5,28%	50,234	+ 4,71%	52,602	+ 4,02%	54,715
Vermögenserträgnisse	0,095	- 10,67%	0,085	+ 0,00%	0,085	+ 0,00%	0,085	+ 0,00%	0,085	+ 0,00%	0,085	+ 0,00%	0,085
Übrige Erträge	64,875	- 23,55%	49,600	- 4,84%	47,200	- 0,64%	46,900	+ 1,49%	47,600	+ 1,05%	48,100	+ 1,05%	48,605
Summe	2.820,924	+ 6,95%	3.016,838	+ 7,87%	3.254,243	+ 4,39%	3.396,990	+ 3,93%	3.530,449	+ 3,56%	3.656,197	+ 3,54%	3.785,780
Beitragsübernahmen (§27g GSVG)	35,835	+ 6,30%	38,094										
Partnerleistung	610,341	+ 7,15%	653,980	+ 6,76%	698,158	+ 4,48%	729,432	+ 3,96%	758,340	+ 3,60%	785,610	+ 3,59%	813,796
Ausfallhaftung	2.621,532	+ 9,99%	2.883,456	+ 1,76%	2.934,169	+ 5,82%	3.105,012	+ 4,90%	3.257,303	+ 5,13%	3.424,306	+ 4,96%	3.594,052
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	11,976	+ 44,41%	17,294	+ 5,56%	18,255	+ 4,25%	19,031	+ 4,69%	19,923	+ 4,24%	20,768	+ 3,65%	21,526
Summe Bundesbeitrag	**3.279,683**	+ 9,55%	**3.592,825**	+ 1,61%	**3.650,583**	+ 5,56%	**3.853,474**	+ 4,73%	**4.035,566**	+ 4,83%	**4.230,683**	+ 4,70%	**4.429,373**
Kontrolle	0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000
Ausgleichszulagen	98,630	+ 5,79%	104,343	+ 0,72%	105,093	+ 3,09%	108,341	+ 2,33%	110,862	+ 2,11%	113,206	+ 2,03%	115,508
Bundesmittel (BB + AZ)	3.378,313	+ 9,44%	3.697,168	+ 1,58%	3.755,675	+ 5,49%	3.961,815	+ 4,66%	4.146,428	+ 4,76%	4.343,890	+ 4,63%	4.544,882

*) ohne Beitragsübernahmen (2024-2025) und ohne Partnerleistung

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebarung der PV nach dem BSVG
(in Millionen EURO)

pv2510 10.10.2025	**2024**		**2025**		**2026**		**2027**		**2028**		**2029**		**2030**
Pensionserhöhung	1,097		1,046		1,023		1,032		1,022		1,021		1,020
Aufwendungen :													
Pensionsaufwand	2.301,835	+ 4,66%	2.409,080	+ 3,30%	2.488,564	+ 4,12%	2.591,115	+ 3,45%	2.680,619	+ 3,05%	2.762,459	+ 3,29%	2.853,470
Abfertigungen	0,135	+ 33,36%	0,180	+ 0,00%	0,180	+ 0,00%	0,180	+ 0,00%	0,180	+ 0,00%	0,180	+ 0,00%	0,180
Überweisungsbeträge	0,572	+ 4,97%	0,600	+ 0,00%	0,600	+ 0,00%	0,600	+ 0,00%	0,600	+ 0,00%	0,600	+ 0,00%	0,600
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	78,972	+ 3,83%	82,000	+ 1,22%	83,000	+ 1,20%	84,000	+ 1,19%	85,000	+ 1,18%	86,000	+ 1,18%	87,012
Krankenvers. der Pens.	338,517	+ 14,47%	387,498	+ 10,79%	429,292	+ 3,97%	446,323	+ 3,30%	461,059	+ 2,97%	474,744	+ 3,29%	490,385
Verwaltungsaufwand	53,388	+ 1,52%	54,200	+ 0,37%	54,400	+ 0,37%	54,600	+ 0,37%	54,800	+ 0,36%	55,000	+ 0,36%	55,201
Übrige Aufwendungen	20,950	- 18,04%	17,170	- 5,18%	16,280	+ 0,68%	16,390	+ 0,67%	16,500	- 2,97%	16,010	- 2,97%	15,535
Summe	2.794,369	+ 5,60%	2.950,728	+ 4,12%	3.072,316	+ 3,93%	3.193,208	+ 3,31%	3.298,758	+ 2,92%	3.394,992	+ 3,16%	3.502,381
Erträge :													
Pflichtbeiträge *)	509,351	+ 3,65%	527,968	+ 7,78%	569,020	+ 2,76%	584,700	+ 2,20%	597,580	+ 1,60%	607,160	+ 1,06%	613,568
Sonstige Beiträge	13,918	+ 6,22%	14,783	+ 0,12%	14,801	+ 0,13%	14,820	+ 0,13%	14,840	+ 0,13%	14,860	+ 0,13%	14,880
Beiträge für Teilversicherte 1)	11,115	+ 106,32%	22,932	+ 8,01%	24,769	+ 4,77%	25,950	+ 5,28%	27,319	+ 4,71%	28,606	+ 4,02%	29,755
Vermögenserträgnisse	0,085	- 11,74%	0,075	+ 0,00%	0,075	+ 0,00%	0,075	+ 0,00%	0,075	+ 0,00%	0,075	+ 0,00%	0,075
Übrige Erträge	17,328	- 9,91%	15,610	- 19,99%	12,490	+ 1,44%	12,670	+ 1,42%	12,850	+ 1,40%	13,030	+ 1,40%	13,213
Summe	551,796	+ 5,36%	581,368	+ 6,84%	621,155	+ 2,75%	638,215	+ 2,26%	652,664	+ 1,70%	663,731	+ 1,17%	671,491
Beitragsübernahmen (§24g + §23 Abs. 6 BSVG) 3)	9,077	+ 3,91%	9,432	- 80,07%	1,880	- 4,26%	1,800	- 4,44%	1,720	- 4,65%	1,640	- 4,88%	1,560
Partnerleistung	176,304	+ 3,57%	182,600	+ 6,30%	194,100	+ 2,78%	199,500	+ 2,11%	203,700	+ 1,72%	207,200	+ 1,72%	210,760
Ausfallhaftung	2.053,446	+ 5,65%	2.169,551	+ 3,56%	2.246,793	+ 4,37%	2.344,913	+ 3,69%	2.431,437	+ 3,34%	2.512,753	+ 3,81%	2.608,518
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	3,746	+ 107,61%	7,776	+ 7,86%	8,387	+ 4,69%	8,781	+ 5,20%	9,237	+ 4,67%	9,668	+ 3,97%	10,052
Summe Bundesbeitrag	**2.242,573**	+ 5,65%	**2.369,359**	+ 3,45%	**2.451,160**	+ 4,24%	**2.554,994**	+ 3,57%	**2.646,095**	+ 3,22%	**2.731,261**	+ 3,65%	**2.830,890**
3) davon BB Erh. BGL §23 Abs. 6 Z1 BSVG	2,048		1,960		1,880		1,800		1,720		1,640		1,640
Kontrolle	0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000
Ausgleichszulagen	224,552	- 0,04%	224,466	- 0,17%	224,090	+ 0,46%	225,114	- 0,23%	224,589	- 0,67%	223,074	- 0,40%	222,184
Bundesmittel (BB + AZ)	2.467,125	+ 5,14%	2.593,825	+ 3,14%	2.675,251	+ 3,92%	2.780,108	+ 3,26%	2.870,684	+ 2,91%	2.954,335	+ 3,34%	3.053,074

*) ohne Beitragsübernahmen (2024-2025) und ohne Partnerleistung
1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs
2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Ausgleichszulagen

(in Millionen EURO)

pv2510 10.10.2025	**2024**		**2025**		**2026**		**2027**		**2028**		**2029**		**2030**
Pensionserhöhung	1,097		1,046		1,023		1,032		1,022		1,021		1,020
Richtsatz Alleinstehende	1.217,96		1.273,99		1.308,39		1.350,26		1.379,97		1.408,95		1.437,13
Steigerung	+ 9,70%		+ 4,60%		+ 2,70%		+ 3,20%		+ 2,20%		+ 2,10%		+ 2,00%
Pensionsversicherungsanstalt	922,879	+ 4,92%	968,256	+ 2,13%	988,858	+ 2,86%	1.017,113	+ 2,26%	1.040,138	+ 2,22%	1.063,183	+ 2,46%	1.089,323
VA öff. Bed., Eisenbahn und Bergbau	7,685	+ 0,27%	7,706	- 1,31%	7,605	- 0,55%	7,563	- 1,20%	7,473	- 1,24%	7,380	- 1,02%	7,305
Summe ASVG	**930,564**	+ 4,88%	**975,962**	+ 2,10%	**996,463**	+ 2,83%	**1.024,676**	+ 2,24%	**1.047,611**	+ 2,19%	**1.070,563**	+ 2,43%	**1.096,628**
SVS - gewerbliche Wirtschaft	98,630	+ 5,79%	104,343	+ 0,72%	105,093	+ 3,09%	108,341	+ 2,33%	110,862	+ 2,11%	113,206	+ 2,03%	115,508
SVS - Bauern	224,552	- 0,04%	224,466	- 0,17%	224,090	+ 0,46%	225,114	- 0,23%	224,589	- 0,67%	223,074	- 0,40%	222,184
Summe Selbständige	**323,182**	+ 1,74%	**328,809**	+ 0,11%	**329,183**	+ 1,30%	**333,455**	+ 0,60%	**335,451**	+ 0,25%	**336,280**	+ 0,42%	**337,692**
Gesamtsumme	**1.253,746**	+ 4,07%	**1.304,771**	+ 1,60%	**1.325,646**	+ 2,45%	**1.358,131**	+ 1,84%	**1.383,062**	+ 1,72%	**1.406,843**	+ 1,95%	**1.434,320**

Stand:
10.10.25

Erträge der Pensionsversicherungsträger
(ohne Bundesmittel) in Mio. Euro

Register 1

pv2510	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	1.557,670		1.469,640		58,370		29,660	
1971	1.785,140	+ 14,6%	1.679,340	+ 14,3%	60,510	+ 3,7%	45,290	+ 52,7%
1972	2.034,770	+ 14,0%	1.922,180	+ 14,5%	64,560	+ 6,7%	48,030	+ 6,0%
1973	2.370,950	+ 16,5%	2.234,780	+ 16,3%	82,460	+ 27,7%	53,710	+ 11,8%
1974	2.717,020	+ 14,6%	2.565,310	+ 14,8%	93,340	+ 13,2%	58,370	+ 8,7%
1975	3.041,210	+ 11,9%	2.870,740	+ 11,9%	106,290	+ 13,9%	64,180	+ 10,0%
1976	3.469,910	+ 14,1%	3.281,710	+ 14,3%	115,070	+ 8,3%	73,130	+ 13,9%
1977	3.823,100	+ 10,2%	3.605,790	+ 9,9%	131,150	+ 14,0%	86,160	+ 17,8%
1978	4.691,610	+ 22,7%	4.417,450	+ 22,5%	169,240	+ 29,0%	104,920	+ 21,8%
1979	5.084,410	+ 8,4%	4.771,640	+ 8,0%	200,520	+ 18,5%	112,250	+ 7,0%
1980	5.726,620	+ 12,6%	5.355,420	+ 12,2%	218,190	+ 8,8%	153,010	+ 36,3%
1981	6.169,340	+ 7,7%	5.812,160	+ 8,5%	202,690	- 7,1%	154,490	+ 1,0%
1982	6.411,050	+ 3,9%	6.050,480	+ 4,1%	208,080	+ 2,7%	152,490	- 1,3%
1983	6.641,720	+ 3,6%	6.267,460	+ 3,6%	217,030	+ 4,3%	157,230	+ 3,1%
1984	7.345,190	+ 10,6%	6.870,220	+ 9,6%	278,190	+ 28,2%	196,780	+ 25,2%
1985	7.866,760	+ 7,1%	7.343,860	+ 6,9%	311,470	+ 12,0%	211,430	+ 7,4%
1986	8.329,030	+ 5,9%	7.719,950	+ 5,1%	393,270	+ 26,3%	215,810	+ 2,1%
1987	8.559,620	+ 2,8%	8.006,610	+ 3,7%	329,480	- 16,2%	223,530	+ 3,6%
1988	8.937,760	+ 4,4%	8.349,720	+ 4,3%	344,040	+ 4,4%	244,000	+ 9,2%
1989	9.547,700	+ 6,8%	8.934,810	+ 7,0%	365,180	+ 6,1%	247,710	+ 1,5%
1990	10.631,950	+ 11,4%	10.004,770	+ 12,0%	375,110	+ 2,7%	252,070	+ 1,8%
1991	11.394,510	+ 7,2%	10.730,280	+ 7,3%	401,550	+ 7,0%	262,680	+ 4,2%
1992	12.108,980	+ 6,3%	11.391,760	+ 6,2%	442,150	+ 10,1%	275,070	+ 4,7%
1993	12.713,350	+ 5,0%	11.957,580	+ 5,0%	467,200	+ 5,7%	288,570	+ 4,9%
1994	13.273,930	+ 4,4%	12.464,090	+ 4,2%	507,370	+ 8,6%	302,470	+ 4,8%
1995	13.770,680	+ 3,7%	12.907,170	+ 3,6%	542,520	+ 6,9%	320,990	+ 6,1%
1996	14.574,860	+ 5,8%	13.615,900	+ 5,5%	611,160	+ 12,7%	347,800	+ 8,4%
1997	14.984,740	+ 2,8%	13.890,090	+ 2,0%	726,550	+ 18,9%	368,100	+ 5,8%
1998	15.532,460	+ 3,7%	14.364,280	+ 3,4%	777,920	+ 7,1%	390,260	+ 6,0%
1999	16.100,560	+ 3,7%	14.880,370	+ 3,6%	825,800	+ 6,2%	394,390	+ 1,1%
2000	17.420,310	+ 8,2%	16.173,790	+ 8,7%	853,210	+ 3,3%	393,310	- 0,3%
2001	18.259,406	+ 4,8%	16.656,045	+ 3,0%	1.185,833	+ 39,0%	417,528	+ 6,2%
2002	18.260,846	+ 0,0%	16.891,090	+ 1,4%	955,663	- 19,4%	414,093	- 0,8%
2003	17.985,167	- 1,5%	16.521,554	- 2,2%	1.026,920	+ 7,5%	436,693	+ 5,5%
2004	18.622,837	+ 3,5%	17.076,001	+ 3,4%	1.117,064	+ 8,8%	429,773	- 1,6%
2005	19.632,598	+ 5,4%	18.231,922	+ 6,8%	1.028,934	- 7,9%	371,742	- 13,5%
2006	20.587,136	+ 4,9%	19.083,636	+ 4,7%	1.131,627	+ 10,0%	371,873	+ 0,0%
2007	21.667,533	+ 5,2%	20.106,403	+ 5,4%	1.184,752	+ 4,7%	376,378	+ 1,2%
2008	22.686,974	+ 4,7%	21.078,530	+ 4,8%	1.228,733	+ 3,7%	379,711	+ 0,9%
2009	23.190,633	+ 2,2%	21.473,519	+ 1,9%	1.320,855	+ 7,5%	396,259	+ 4,4%
2010	24.219,299	+ 4,4%	22.522,139	+ 4,9%	1.304,327	- 1,3%	392,833	- 0,9%
2011	25.196,663	+ 4,0%	23.364,577	+ 3,7%	1.427,895	+ 9,5%	404,191	+ 2,9%
2012	26.084,744	+ 3,5%	24.182,370	+ 3,5%	1.479,120	+ 3,6%	423,254	+ 4,7%
2013	27.430,211	+ 5,2%	25.225,918	+ 4,3%	1.768,822	+ 19,6%	435,471	+ 2,9%
2014	28.419,763	+ 3,6%	26.311,434	+ 4,3%	1.674,030	- 5,4%	434,299	- 0,3%
2015	29.585,954	+ 4,1%	27.293,720	+ 3,7%	1.822,341	+ 8,9%	469,894	+ 8,2%
2016	30.832,323	+ 4,2%	28.387,636	+ 4,0%	1.968,851	+ 8,0%	475,836	+ 1,3%
2017	31.986,913	+ 3,7%	29.470,096	+ 3,8%	2.034,990	+ 3,4%	481,827	+ 1,3%
2018	33.643,766	+ 5,2%	30.970,168	+ 5,1%	2.153,755	+ 5,8%	519,842	+ 7,9%
2019	35.374,717	+ 5,1%	32.574,310	+ 5,2%	2.264,437	+ 5,1%	535,970	+ 3,1%
2020	35.989,236	+ 1,7%	33.345,145	+ 2,4%	2.114,585	- 6,6%	529,506	- 1,2%
2021	37.710,792	+ 4,8%	34.694,888	+ 4,0%	2.477,766	+ 17,2%	538,138	+ 1,6%
2022	39.860,528	+ 5,7%	36.745,520	+ 5,9%	2.570,255	+ 3,7%	544,753	+ 1,2%
2023	43.054,256	+ 8,0%	39.830,359	+ 8,4%	2.667,662	+ 3,8%	556,234	+ 2,1%
2024	46.482,729	+ 8,0%	43.110,009	+ 8,2%	2.820,924	+ 5,7%	551,796	- 0,8%
2025	48.653,701	+ 4,7%	45.055,495	+ 4,5%	3.016,838	+ 6,9%	581,368	+ 5,4%
2026	51.002,447	+ 4,8%	47.127,049	+ 4,6%	3.254,243	+ 7,9%	621,155	+ 6,8%
2027	52.973,143	+ 3,9%	48.937,938	+ 3,8%	3.396,990	+ 4,4%	638,215	+ 2,7%
2028	54.718,835	+ 3,3%	50.535,722	+ 3,3%	3.530,449	+ 3,9%	652,664	+ 2,3%
2029	56.325,496	+ 2,9%	52.005,568	+ 2,9%	3.656,197	+ 3,6%	663,731	+ 1,7%
2030	57.943,798	+ 2,9%	53.486,526	+ 2,8%	3.785,780	+ 3,5%	671,491	+ 1,2%

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger
(ohne AZ) in Mio. Euro

pv2510	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	2.056,930		1.857,000		130,960		68,970	
1971	2.326,690	+ 13,1%	2.078,290	+ 11,9%	150,870	+ 15,2%	97,530	+ 41,4%
1972	2.619,060	+ 12,6%	2.313,250	+ 11,3%	175,650	+ 16,4%	130,160	+ 33,5%
1973	2.928,930	+ 11,8%	2.569,560	+ 11,1%	208,720	+ 18,8%	150,650	+ 15,7%
1974	3.437,860	+ 17,4%	2.988,670	+ 16,3%	259,660	+ 24,4%	189,530	+ 25,8%
1975	4.026,000	+ 17,1%	3.488,650	+ 16,7%	310,170	+ 19,5%	227,180	+ 19,9%
1976	4.796,330	+ 19,1%	4.162,770	+ 19,3%	366,200	+ 18,1%	267,360	+ 17,7%
1977	5.211,510	+ 8,7%	4.448,810	+ 6,9%	423,100	+ 15,5%	339,600	+ 27,0%
1978	5.764,190	+ 10,6%	4.894,370	+ 10,0%	472,370	+ 11,6%	397,450	+ 17,0%
1979	6.305,530	+ 9,4%	5.331,060	+ 8,9%	530,220	+ 12,2%	444,250	+ 11,8%
1980	6.862,930	+ 8,8%	5.793,910	+ 8,7%	588,360	+ 11,0%	480,660	+ 8,2%
1981	7.454,340	+ 8,6%	6.293,900	+ 8,6%	641,270	+ 9,0%	519,170	+ 8,0%
1982	8.177,370	+ 9,7%	6.923,910	+ 10,0%	695,480	+ 8,5%	557,980	+ 7,5%
1983	8.912,010	+ 9,0%	7.562,040	+ 9,2%	752,240	+ 8,2%	597,730	+ 7,1%
1984	9.637,290	+ 8,1%	8.193,570	+ 8,4%	806,520	+ 7,2%	637,200	+ 6,6%
1985	10.314,020	+ 7,0%	8.770,080	+ 7,0%	859,140	+ 6,5%	684,800	+ 7,5%
1986	11.016,400	+ 6,8%	9.367,520	+ 6,8%	923,530	+ 7,5%	725,350	+ 5,9%
1987	11.772,350	+ 6,9%	10.006,910	+ 6,8%	995,110	+ 7,8%	770,330	+ 6,2%
1988	12.253,480	+ 4,1%	10.424,600	+ 4,2%	1.033,140	+ 3,8%	795,740	+ 3,3%
1989	12.958,300	+ 5,8%	11.023,830	+ 5,7%	1.093,930	+ 5,9%	840,540	+ 5,6%
1990	13.811,410	+ 6,6%	11.745,110	+ 6,5%	1.170,720	+ 7,0%	895,580	+ 6,5%
1991	14.875,070	+ 7,7%	12.641,970	+ 7,6%	1.265,060	+ 8,1%	968,040	+ 8,1%
1992	15.759,000	+ 5,9%	13.382,460	+ 5,9%	1.343,400	+ 6,2%	1.033,140	+ 6,7%
1993	16.160,490	+ 2,5%	13.707,880	+ 2,4%	1.398,410	+ 4,1%	1.054,200	+ 2,0%
1994	16.625,420	+ 2,9%	14.067,880	+ 2,6%	1.484,980	+ 6,2%	1.072,560	+ 1,7%
1995	17.568,210	+ 5,7%	14.867,320	+ 5,7%	1.560,250	+ 5,1%	1.140,640	+ 6,3%
1996	18.490,280	+ 5,2%	15.683,340	+ 5,5%	1.617,600	+ 3,7%	1.189,340	+ 4,3%
1997	18.963,040	+ 2,6%	16.108,710	+ 2,7%	1.652,580	+ 2,2%	1.201,750	+ 1,0%
1998	19.656,970	+ 3,7%	16.720,980	+ 3,8%	1.706,500	+ 3,3%	1.229,490	+ 2,3%
1999	20.561,190	+ 4,6%	17.505,400	+ 4,7%	1.782,980	+ 4,5%	1.272,810	+ 3,5%
2000	21.583,260	+ 5,0%	18.385,280	+ 5,0%	1.869,410	+ 4,8%	1.328,570	+ 4,4%
2001	22.376,505	+ 3,7%	19.033,465	+ 3,5%	1.923,956	+ 2,9%	1.419,084	+ 6,8%
2002	23.023,120	+ 2,9%	19.582,350	+ 2,9%	1.994,926	+ 3,7%	1.445,844	+ 1,9%
2003	23.583,390	+ 2,4%	20.072,045	+ 2,5%	2.046,447	+ 2,6%	1.464,898	+ 1,3%
2004	24.526,746	+ 4,0%	20.873,926	+ 4,0%	2.155,660	+ 5,3%	1.497,160	+ 2,2%
2005	25.378,093	+ 3,5%	21.614,626	+ 3,5%	2.222,866	+ 3,1%	1.540,601	+ 2,9%
2006	26.471,571	+ 4,3%	22.582,022	+ 4,5%	2.306,775	+ 3,8%	1.582,774	+ 2,7%
2007	27.653,228	+ 4,5%	23.608,882	+ 4,5%	2.407,933	+ 4,4%	1.636,413	+ 3,4%
2008	29.177,110	+ 5,5%	24.918,075	+ 5,5%	2.538,045	+ 5,4%	1.720,990	+ 5,2%
2009	30.755,344	+ 5,4%	26.264,831	+ 5,4%	2.684,304	+ 5,8%	1.806,209	+ 5,0%
2010	31.990,517	+ 4,0%	27.354,837	+ 4,2%	2.799,753	+ 4,3%	1.835,927	+ 1,6%
2011	33.073,757	+ 3,4%	28.317,746	+ 3,5%	2.889,556	+ 3,2%	1.866,455	+ 1,7%
2012	34.669,153	+ 4,8%	29.708,328	+ 4,9%	3.021,884	+ 4,6%	1.938,941	+ 3,9%
2013	36.084,645	+ 4,1%	30.936,194	+ 4,1%	3.162,812	+ 4,7%	1.985,639	+ 2,4%
2014	37.470,310	+ 3,8%	32.113,214	+ 3,8%	3.336,180	+ 5,5%	2.020,916	+ 1,8%
2015	38.539,327	+ 2,9%	32.963,973	+ 2,6%	3.491,135	+ 4,6%	2.084,219	+ 3,1%
2016	39.716,948	+ 3,1%	33.966,819	+ 3,0%	3.625,756	+ 3,9%	2.124,374	+ 1,9%
2017	40.543,433	+ 2,1%	34.678,696	+ 2,1%	3.733,692	+ 3,0%	2.131,045	+ 0,3%
2018	42.063,646	+ 3,7%	35.972,562	+ 3,7%	3.908,352	+ 4,7%	2.182,732	+ 2,4%
2019	43.972,161	+ 4,5%	37.612,152	+ 4,6%	4.111,543	+ 5,2%	2.248,466	+ 3,0%
2020	46.188,177	+ 5,0%	39.536,109	+ 5,1%	4.335,053	+ 5,4%	2.317,014	+ 3,0%
2021	48.482,705	+ 5,0%	41.526,890	+ 5,0%	4.585,406	+ 5,8%	2.370,408	+ 2,3%
2022	51.474,286	+ 6,2%	44.107,682	+ 6,2%	4.905,141	+ 7,0%	2.461,463	+ 3,8%
2023	56.043,217	+ 8,9%	48.032,623	+ 8,9%	5.414,127	+ 10,4%	2.596,467	+ 5,5%
2024	62.297,180	+ 11,2%	53.402,204	+ 11,2%	6.100,607	+ 12,7%	2.794,369	+ 7,6%
2025	66.734,656	+ 7,1%	57.174,266	+ 7,1%	6.609,663	+ 8,3%	2.950,728	+ 5,6%
2026	69.470,449	+ 4,1%	59.493,308	+ 4,1%	6.904,826	+ 4,5%	3.072,316	+ 4,1%
2027	72.564,125	+ 4,5%	62.120,452	+ 4,4%	7.250,464	+ 5,0%	3.193,208	+ 3,9%
2028	75.425,421	+ 3,9%	64.560,647	+ 3,9%	7.566,015	+ 4,4%	3.298,758	+ 3,3%
2029	78.444,910	+ 4,0%	67.163,038	+ 4,0%	7.886,880	+ 4,2%	3.394,992	+ 2,9%
2030	81.734,327	+ 4,2%	70.016,792	+ 4,2%	8.215,154	+ 4,2%	3.502,381	+ 3,2%

Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung
(gesamt; ohne AZ) in Mio. Euro

pv2510	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	550,710		424,410		73,540		52,760	
1971	595,260	+ 8,1%	448,970	+ 5,8%	92,660	+ 26,0%	53,630	+ 1,6%
1972	648,750	+ 9,0%	450,940	+ 0,4%	113,730	+ 22,7%	84,080	+ 56,8%
1973	698,020	+ 7,6%	469,460	+ 4,1%	129,360	+ 13,7%	99,200	+ 18,0%
1974	883,270	+ 26,5%	579,060	+ 23,3%	170,200	+ 31,6%	134,010	+ 35,1%
1975	1.157,970	+ 31,1%	783,050	+ 35,2%	208,500	+ 22,5%	166,420	+ 24,2%
1976	1.320,540	+ 14,0%	861,320	+ 10,0%	256,610	+ 23,1%	202,610	+ 21,7%
1977	1.536,670	+ 16,4%	979,850	+ 13,8%	298,250	+ 16,2%	258,570	+ 27,6%
1978	1.188,710	- 22,6%	588,720	- 39,9%	305,520	+ 2,4%	294,470	+ 13,9%
1979	1.334,850	+ 12,3%	668,300	+ 13,5%	332,330	+ 8,8%	334,220	+ 13,5%
1980	1.211,170	- 9,3%	507,990	- 24,0%	373,100	+ 12,3%	330,080	- 1,2%
1981	1.329,110	+ 9,7%	520,040	+ 2,4%	441,780	+ 18,4%	367,290	+ 11,3%
1982	1.807,230	+ 36,0%	907,980	+ 74,6%	490,900	+ 11,1%	408,350	+ 11,2%
1983	2.314,920	+ 28,1%	1.332,460	+ 46,7%	539,010	+ 9,8%	443,450	+ 8,6%
1984	2.447,550	+ 5,7%	1.470,250	+ 10,3%	533,130	- 1,1%	444,170	+ 0,2%
1985	2.521,380	+ 3,0%	1.493,790	+ 1,6%	551,800	+ 3,5%	475,790	+ 7,1%
1986	2.735,480	+ 8,5%	1.690,230	+ 13,2%	533,850	- 3,3%	511,400	+ 7,5%
1987	3.228,780	+ 18,0%	2.015,880	+ 19,3%	666,480	+ 24,8%	546,420	+ 6,8%
1988	3.316,210	+ 2,7%	2.077,600	+ 3,1%	688,390	+ 3,3%	550,220	+ 0,7%
1989	3.413,290	+ 2,9%	2.094,580	+ 0,8%	728,010	+ 5,8%	590,700	+ 7,4%
1990	3.182,520	- 6,8%	1.746,420	- 16,6%	795,150	+ 9,2%	640,950	+ 8,5%
1991	3.484,890	+ 9,5%	1.917,970	+ 9,8%	863,040	+ 8,5%	703,880	+ 9,8%
1992	3.433,670	- 1,5%	1.802,190	- 6,0%	879,120	+ 1,9%	752,360	+ 6,9%
1993	3.441,850	+ 0,2%	1.751,360	- 2,8%	929,160	+ 5,7%	761,330	+ 1,2%
1994	3.351,490	- 2,6%	1.603,790	- 8,4%	977,610	+ 5,2%	770,090	+ 1,2%
1995	3.797,530	+ 13,3%	1.960,150	+ 22,2%	1.017,730	+ 4,1%	819,650	+ 6,4%
1996	3.912,320	+ 3,0%	2.064,550	+ 5,3%	1.006,330	- 1,1%	841,440	+ 2,7%
1997	3.978,300	+ 1,7%	2.218,620	+ 7,5%	926,030	- 8,0%	833,650	- 0,9%
1998	4.124,510	+ 3,7%	2.356,700	+ 6,2%	928,580	+ 0,3%	839,230	+ 0,7%
1999	4.460,630	+ 8,1%	2.625,030	+ 11,4%	957,180	+ 3,1%	878,420	+ 4,7%
2000	4.157,100	- 6,8%	2.211,490	- 15,8%	1.016,200	+ 6,2%	929,410	+ 5,8%
2001	4.104,859	- 1,3%	2.377,420	+ 7,5%	738,123	- 27,4%	989,316	+ 6,4%
2002	4.761,547	+ 16,0%	2.691,260	+ 13,2%	1.039,263	+ 40,8%	1.031,024	+ 4,2%
2003	5.597,496	+ 17,6%	3.550,491	+ 31,9%	1.019,527	- 1,9%	1.027,478	- 0,3%
2004	5.903,181	+ 5,5%	3.797,924	+ 7,0%	1.038,596	+ 1,9%	1.066,661	+ 3,8%
2005	5.744,768	- 2,7%	3.382,704	- 10,9%	1.193,932	+ 15,0%	1.168,132	+ 9,5%
2006	5.884,435	+ 2,4%	3.498,386	+ 3,4%	1.175,148	- 1,6%	1.210,901	+ 3,7%
2007	5.985,695	+ 1,7%	3.502,479	+ 0,1%	1.223,181	+ 4,1%	1.260,035	+ 4,1%
2008	6.490,136	+ 8,4%	3.839,545	+ 9,6%	1.309,312	+ 7,0%	1.341,279	+ 6,4%
2009	7.564,711	+ 16,6%	4.791,312	+ 24,8%	1.363,449	+ 4,1%	1.409,950	+ 5,1%
2010	7.771,218	+ 2,7%	4.832,698	+ 0,9%	1.495,426	+ 9,7%	1.443,094	+ 2,4%
2011	7.877,094	+ 1,4%	4.953,169	+ 2,5%	1.461,661	- 2,3%	1.462,264	+ 1,3%
2012	8.584,409	+ 9,0%	5.525,958	+ 11,6%	1.542,764	+ 5,5%	1.515,687	+ 3,7%
2013	8.654,434	+ 0,8%	5.710,276	+ 3,3%	1.393,990	- 9,6%	1.550,168	+ 2,3%
2014	9.050,547	+ 4,6%	5.801,780	+ 1,6%	1.662,150	+ 19,2%	1.586,617	+ 2,4%
2015	8.953,373	- 1,1%	5.670,254	- 2,3%	1.668,794	+ 0,4%	1.614,325	+ 1,7%
2016	8.884,626	- 0,8%	5.579,183	- 1,6%	1.656,905	- 0,7%	1.648,538	+ 2,1%
2017	8.556,521	- 3,7%	5.208,600	- 6,6%	1.698,702	+ 2,5%	1.649,218	+ 0,0%
2018	8.419,880	- 1,6%	5.002,394	- 4,0%	1.754,596	+ 3,3%	1.662,889	+ 0,8%
2019	8.597,444	+ 2,1%	5.037,842	+ 0,7%	1.847,106	+ 5,3%	1.712,497	+ 3,0%
2020	10.198,941	+ 18,6%	6.190,964	+ 22,9%	2.220,468	+ 20,2%	1.787,509	+ 4,4%
2021	10.771,913	+ 5,6%	6.832,002	+ 10,4%	2.107,640	- 5,1%	1.832,270	+ 2,5%
2022	11.613,758	+ 7,8%	7.362,162	+ 7,8%	2.334,886	+ 10,8%	1.916,710	+ 4,6%
2023	12.988,961	+ 11,8%	8.202,264	+ 11,4%	2.746,465	+ 17,6%	2.040,233	+ 6,4%
2024	15.814,451	+ 21,8%	10.292,195	+ 25,5%	3.279,683	+ 19,4%	2.242,573	+ 9,9%
2025	18.080,955	+ 14,3%	12.118,770	+ 17,7%	3.592,825	+ 9,5%	2.369,359	+ 5,7%
2026	18.468,002	+ 2,1%	12.366,259	+ 2,0%	3.650,583	+ 1,6%	2.451,160	+ 3,5%
2027	19.590,982	+ 6,1%	13.182,514	+ 6,6%	3.853,474	+ 5,6%	2.554,994	+ 4,2%
2028	20.706,586	+ 5,7%	14.024,925	+ 6,4%	4.035,566	+ 4,7%	2.646,095	+ 3,6%
2029	22.119,415	+ 6,8%	15.157,470	+ 8,1%	4.230,683	+ 4,8%	2.731,261	+ 3,2%
2030	23.790,530	+ 7,6%	16.530,266	+ 9,1%	4.429,373	+ 4,7%	2.830,890	+ 3,6%

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Ausgleichszulagen zur Pensionsversicherung

(einschließlich Wertausgleich) in Mio. Euro

pv2510	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	134,590		101,520		33,070		-	
1971	188,510	+ 40,1%	119,470	+ 17,7%	37,350	+ 12,9%	31,690	
1972	228,920	+ 21,4%	137,500	+ 15,1%	41,930	+ 12,3%	49,490	+ 56,2%
1973	249,270	+ 8,9%	150,000	+ 9,1%	45,060	+ 7,5%	54,210	+ 9,5%
1974	276,230	+ 10,8%	164,170	+ 9,4%	48,910	+ 8,5%	63,150	+ 16,5%
1975	310,020	+ 12,2%	182,690	+ 11,3%	54,000	+ 10,4%	73,330	+ 16,1%
1976	338,510	+ 9,2%	197,880	+ 8,3%	57,270	+ 6,1%	83,360	+ 13,7%
1977	359,510	+ 6,2%	210,820	+ 6,5%	58,650	+ 2,4%	90,040	+ 8,0%
1978	382,770	+ 6,5%	222,460	+ 5,5%	59,880	+ 2,1%	100,430	+ 11,5%
1979	398,390	+ 4,1%	230,080	+ 3,4%	60,610	+ 1,2%	107,700	+ 7,2%
1980	408,420	+ 2,5%	235,610	+ 2,4%	61,260	+ 1,1%	111,550	+ 3,6%
1981	424,480	+ 3,9%	244,680	+ 3,8%	62,430	+ 1,9%	117,370	+ 5,2%
1982	448,540	+ 5,7%	259,300	+ 6,0%	63,950	+ 2,4%	125,290	+ 6,7%
1983	458,350	+ 2,2%	262,420	+ 1,2%	63,590	- 0,6%	132,340	+ 5,6%
1984	470,700	+ 2,7%	269,250	+ 2,6%	63,440	- 0,2%	138,010	+ 4,3%
1985	464,520	- 1,3%	265,400	- 1,4%	61,840	- 2,5%	137,280	- 0,5%
1986	462,710	- 0,4%	263,520	- 0,7%	60,970	- 1,4%	138,220	+ 0,7%
1987	466,850	+ 0,9%	266,340	+ 1,1%	60,030	- 1,5%	140,480	+ 1,6%
1988	475,240	+ 1,8%	273,420	+ 2,7%	59,770	- 0,4%	142,050	+ 1,1%
1989	463,380	- 2,5%	265,930	- 2,7%	57,080	- 4,5%	140,370	- 1,2%
1990	537,170	+ 15,9%	299,860	+ 12,8%	62,020	+ 8,7%	175,290	+ 24,9%
1991	598,570	+ 11,4%	339,130	+ 13,1%	67,980	+ 9,6%	191,460	+ 9,2%
1992	671,460	+ 12,2%	388,710	+ 14,6%	74,240	+ 9,2%	208,510	+ 8,9%
1993	735,830	+ 9,6%	432,210	+ 11,2%	79,790	+ 7,5%	223,830	+ 7,3%
1994	820,770	+ 11,5%	491,610	+ 13,7%	87,000	+ 9,0%	242,160	+ 8,2%
1995	814,110	- 0,8%	490,610	- 0,2%	84,500	- 2,9%	239,000	- 1,3%
1996	798,060	- 2,0%	481,840	- 1,8%	81,970	- 3,0%	234,250	- 2,0%
1997	814,440	+ 2,1%	496,950	+ 3,1%	82,050	+ 0,1%	235,440	+ 0,5%
1998	796,220	- 2,2%	478,800	- 3,7%	77,370	- 5,7%	240,050	+ 2,0%
1999	757,550	- 4,9%	456,170	- 4,7%	72,480	- 6,3%	228,900	- 4,6%
2000	738,190	- 2,6%	445,470	- 2,3%	68,120	- 6,0%	224,600	- 1,9%
2001	884,342	+ 19,8%	569,544	+ 27,9%	79,287	+ 16,4%	235,511	+ 4,9%
2002	921,197	+ 4,2%	598,683	+ 5,1%	79,794	+ 0,6%	242,720	+ 3,1%
2003	1.080,354	+ 17,3%	736,486	+ 23,0%	93,307	+ 16,9%	250,561	+ 3,2%
2004	811,664	- 24,9%	503,273	- 31,7%	68,577	- 26,5%	239,814	- 4,3%
2005	813,804	+ 0,3%	511,549	+ 1,6%	66,423	- 3,1%	235,832	- 1,7%
2006	851,234	+ 4,6%	540,945	+ 5,7%	67,840	+ 2,1%	242,449	+ 2,8%
2007	930,579	+ 9,3%	605,318	+ 11,9%	71,739	+ 5,7%	253,522	+ 4,6%
2008	968,522	+ 4,1%	638,566	+ 5,5%	72,491	+ 1,0%	257,465	+ 1,6%
2009	982,067	+ 1,4%	654,300	+ 2,5%	71,275	- 1,7%	256,492	- 0,4%
2010	980,276	- 0,2%	661,517	+ 1,1%	69,526	- 2,5%	249,233	- 2,8%
2011	975,778	- 0,5%	664,232	+ 0,4%	67,727	- 2,6%	243,819	- 2,2%
2012	984,758	+ 0,9%	676,401	+ 1,8%	66,998	- 1,1%	241,359	- 1,0%
2013	1.005,262	+ 2,1%	696,103	+ 2,9%	67,164	+ 0,2%	241,995	+ 0,3%
2014	1.017,110	+ 1,2%	708,416	+ 1,8%	67,826	+ 1,0%	240,868	- 0,5%
2015	987,676	- 2,9%	686,842	- 3,0%	67,264	- 0,8%	233,570	- 3,0%
2016	971,135	- 1,7%	678,334	- 1,2%	66,288	- 1,5%	226,513	- 3,0%
2017	979,710	+ 0,9%	687,689	+ 1,4%	69,387	+ 4,7%	222,634	- 1,7%
2018	977,078	- 0,3%	694,856	+ 1,0%	69,080	- 0,4%	213,142	- 4,3%
2019	979,826	+ 0,3%	705,844	+ 1,6%	69,358	+ 0,4%	204,624	- 4,0%
2020	1.052,198	+ 7,4%	751,825	+ 6,5%	76,792	+ 10,7%	223,581	+ 9,3%
2021	1.075,967	+ 2,3%	775,788	+ 3,2%	82,519	+ 7,5%	217,660	- 2,6%
2022	1.083,972	+ 0,7%	784,144	+ 1,1%	82,863	+ 0,4%	216,965	- 0,3%
2023	1.164,849	+ 7,5%	856,275	+ 9,2%	89,882	+ 8,5%	218,691	+ 0,8%
2024	1.253,746	+ 7,6%	930,564	+ 8,7%	98,630	+ 9,7%	224,552	+ 2,7%
2025	1.304,771	+ 4,1%	975,962	+ 4,9%	104,343	+ 5,8%	224,466	- 0,0%
2026	1.325,646	+ 1,6%	996,463	+ 2,1%	105,093	+ 0,7%	224,090	- 0,2%
2027	1.358,131	+ 2,5%	1.024,676	+ 2,8%	108,341	+ 3,1%	225,114	+ 0,5%
2028	1.383,062	+ 1,8%	1.047,611	+ 2,2%	110,862	+ 2,3%	224,589	- 0,2%
2029	1.406,843	+ 1,7%	1.070,563	+ 2,2%	113,206	+ 2,1%	223,074	- 0,7%
2030	1.434,320	+ 2,0%	1.096,628	+ 2,4%	115,508	+ 2,0%	222,184	- 0,4%

Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung

(Aufwendungen und AZ) in Mio. Euro

pv2510	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	2.191,520		1.958,520		164,030		68,970	
1971	2.515,200	+ 14,8%	2.197,760	+ 12,2%	188,220	+ 14,7%	129,220	
1972	2.847,980	+ 13,2%	2.450,750	+ 11,5%	217,580	+ 15,6%	179,650	+ 39,0%
1973	3.178,200	+ 11,6%	2.719,560	+ 11,0%	253,780	+ 16,6%	204,860	+ 14,0%
1974	3.714,090	+ 16,9%	3.152,840	+ 15,9%	308,570	+ 21,6%	252,680	+ 23,3%
1975	4.336,020	+ 16,7%	3.671,340	+ 16,4%	364,170	+ 18,0%	300,510	+ 18,9%
1976	5.134,840	+ 18,4%	4.360,650	+ 18,8%	423,470	+ 16,3%	350,720	+ 16,7%
1977	5.571,020	+ 8,5%	4.659,630	+ 6,9%	481,750	+ 13,8%	429,640	+ 22,5%
1978	6.146,960	+ 10,3%	5.116,830	+ 9,8%	532,250	+ 10,5%	497,880	+ 15,9%
1979	6.703,920	+ 9,1%	5.561,140	+ 8,7%	590,830	+ 11,0%	551,950	+ 10,9%
1980	7.271,350	+ 8,5%	6.029,520	+ 8,4%	649,620	+ 10,0%	592,210	+ 7,3%
1981	7.878,820	+ 8,4%	6.538,580	+ 8,4%	703,700	+ 8,3%	636,540	+ 7,5%
1982	8.625,910	+ 9,5%	7.183,210	+ 9,9%	759,430	+ 7,9%	683,270	+ 7,3%
1983	9.370,360	+ 8,6%	7.824,460	+ 8,9%	815,830	+ 7,4%	730,070	+ 6,8%
1984	10.107,990	+ 7,9%	8.462,820	+ 8,2%	869,960	+ 6,6%	775,210	+ 6,2%
1985	10.778,540	+ 6,6%	9.035,480	+ 6,8%	920,980	+ 5,9%	822,080	+ 6,0%
1986	11.479,110	+ 6,5%	9.631,040	+ 6,6%	984,500	+ 6,9%	863,570	+ 5,0%
1987	12.239,200	+ 6,6%	10.273,250	+ 6,7%	1.055,140	+ 7,2%	910,810	+ 5,5%
1988	12.728,720	+ 4,0%	10.698,020	+ 4,1%	1.092,910	+ 3,6%	937,790	+ 3,0%
1989	13.421,680	+ 5,4%	11.289,760	+ 5,5%	1.151,010	+ 5,3%	980,910	+ 4,6%
1990	14.348,580	+ 6,9%	12.044,970	+ 6,7%	1.232,740	+ 7,1%	1.070,870	+ 9,2%
1991	15.473,640	+ 7,8%	12.981,100	+ 7,8%	1.333,040	+ 8,1%	1.159,500	+ 8,3%
1992	16.430,460	+ 6,2%	13.771,170	+ 6,1%	1.417,640	+ 6,3%	1.241,650	+ 7,1%
1993	16.896,320	+ 2,8%	14.140,090	+ 2,7%	1.478,200	+ 4,3%	1.278,030	+ 2,9%
1994	17.446,190	+ 3,3%	14.559,490	+ 3,0%	1.571,980	+ 6,3%	1.314,720	+ 2,9%
1995	18.382,320	+ 5,4%	15.357,930	+ 5,5%	1.644,750	+ 4,6%	1.379,640	+ 4,9%
1996	19.288,340	+ 4,9%	16.165,180	+ 5,3%	1.699,570	+ 3,3%	1.423,590	+ 3,2%
1997	19.777,480	+ 2,5%	16.605,660	+ 2,7%	1.734,630	+ 2,1%	1.437,190	+ 1,0%
1998	20.453,190	+ 3,4%	17.199,780	+ 3,6%	1.783,870	+ 2,8%	1.469,540	+ 2,3%
1999	21.318,740	+ 4,2%	17.961,570	+ 4,4%	1.855,460	+ 4,0%	1.501,710	+ 2,2%
2000	22.321,450	+ 4,7%	18.830,750	+ 4,8%	1.937,530	+ 4,4%	1.553,170	+ 3,4%
2001	23.260,847	+ 4,2%	19.603,009	+ 4,1%	2.003,243	+ 3,4%	1.654,595	+ 6,5%
2002	23.944,317	+ 2,9%	20.181,033	+ 2,9%	2.074,720	+ 3,6%	1.688,564	+ 2,1%
2003	24.663,744	+ 3,0%	20.808,531	+ 3,1%	2.139,754	+ 3,1%	1.715,459	+ 1,6%
2004	25.338,409	+ 2,7%	21.377,198	+ 2,7%	2.224,237	+ 3,9%	1.736,974	+ 1,3%
2005	26.191,897	+ 3,4%	22.126,175	+ 3,5%	2.289,289	+ 2,9%	1.776,433	+ 2,3%
2006	27.322,805	+ 4,3%	23.122,967	+ 4,5%	2.374,615	+ 3,7%	1.825,223	+ 2,7%
2007	28.583,807	+ 4,6%	24.214,200	+ 4,7%	2.479,672	+ 4,4%	1.889,935	+ 3,5%
2008	30.145,632	+ 5,5%	25.556,641	+ 5,5%	2.610,536	+ 5,3%	1.978,455	+ 4,7%
2009	31.737,411	+ 5,3%	26.919,131	+ 5,3%	2.755,579	+ 5,6%	2.062,701	+ 4,3%
2010	32.970,793	+ 3,9%	28.016,354	+ 4,1%	2.869,279	+ 4,1%	2.085,160	+ 1,1%
2011	34.049,535	+ 3,3%	28.981,978	+ 3,4%	2.957,283	+ 3,1%	2.110,274	+ 1,2%
2012	35.653,911	+ 4,7%	30.384,729	+ 4,8%	3.088,882	+ 4,4%	2.180,300	+ 3,3%
2013	37.089,907	+ 4,0%	31.632,297	+ 4,1%	3.229,976	+ 4,6%	2.227,634	+ 2,2%
2014	38.487,420	+ 3,8%	32.821,629	+ 3,8%	3.404,006	+ 5,4%	2.261,784	+ 1,5%
2015	39.527,003	+ 2,7%	33.650,815	+ 2,5%	3.558,399	+ 4,5%	2.317,788	+ 2,5%
2016	40.688,083	+ 2,9%	34.645,152	+ 3,0%	3.692,044	+ 3,8%	2.350,887	+ 1,4%
2017	41.523,143	+ 2,1%	35.366,385	+ 2,1%	3.803,079	+ 3,0%	2.353,679	+ 0,1%
2018	43.040,724	+ 3,7%	36.667,418	+ 3,7%	3.977,431	+ 4,6%	2.395,874	+ 1,8%
2019	44.951,987	+ 4,4%	38.317,996	+ 4,5%	4.180,900	+ 5,1%	2.453,090	+ 2,4%
2020	47.240,375	+ 5,1%	40.287,934	+ 5,1%	4.411,845	+ 5,5%	2.540,595	+ 3,6%
2021	49.558,672	+ 4,9%	42.302,679	+ 5,0%	4.667,925	+ 5,8%	2.588,068	+ 1,9%
2022	52.558,258	+ 6,1%	44.891,826	+ 6,1%	4.988,004	+ 6,9%	2.678,428	+ 3,5%
2023	57.208,066	+ 8,8%	48.888,898	+ 8,9%	5.504,009	+ 10,3%	2.815,158	+ 5,1%
2024	63.550,925	+ 11,1%	54.332,767	+ 11,1%	6.199,237	+ 12,6%	3.018,921	+ 7,2%
2025	68.039,427	+ 7,1%	58.150,227	+ 7,0%	6.714,006	+ 8,3%	3.175,194	+ 5,2%
2026	70.796,095	+ 4,1%	60.489,771	+ 4,0%	7.009,919	+ 4,4%	3.296,406	+ 3,8%
2027	73.922,256	+ 4,4%	63.145,128	+ 4,4%	7.358,805	+ 5,0%	3.418,323	+ 3,7%
2028	76.808,483	+ 3,9%	65.608,258	+ 3,9%	7.676,877	+ 4,3%	3.523,347	+ 3,1%
2029	79.851,753	+ 4,0%	68.233,600	+ 4,0%	8.000,087	+ 4,2%	3.618,066	+ 2,7%
2030	83.168,648	+ 4,2%	71.113,420	+ 4,2%	8.330,662	+ 4,1%	3.724,565	+ 2,9%

Bundesmittel zur Pensionsversicherung

(Bundesbeitrag und AZ) in Mio. Euro

pv2510	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	685,300		525,930		106,610		52,760	
1971	783,770	+ 14,4%	568,440	+ 8,1%	130,010	+ 21,9%	85,320	
1972	877,670	+ 12,0%	588,440	+ 3,5%	155,660	+ 19,7%	133,570	+ 56,6%
1973	947,290	+ 7,9%	619,460	+ 5,3%	174,420	+ 12,1%	153,410	+ 14,9%
1974	1.159,500	+ 22,4%	743,230	+ 20,0%	219,110	+ 25,6%	197,160	+ 28,5%
1975	1.467,990	+ 26,6%	965,740	+ 29,9%	262,500	+ 19,8%	239,750	+ 21,6%
1976	1.659,050	+ 13,0%	1.059,200	+ 9,7%	313,880	+ 19,6%	285,970	+ 19,3%
1977	1.896,180	+ 14,3%	1.190,670	+ 12,4%	356,900	+ 13,7%	348,610	+ 21,9%
1978	1.571,480	- 17,1%	811,180	- 31,9%	365,400	+ 2,4%	394,900	+ 13,3%
1979	1.733,240	+ 10,3%	898,380	+ 10,7%	392,940	+ 7,5%	441,920	+ 11,9%
1980	1.619,590	- 6,6%	743,600	- 17,2%	434,360	+ 10,5%	441,630	- 0,1%
1981	1.753,590	+ 8,3%	764,720	+ 2,8%	504,210	+ 16,1%	484,660	+ 9,7%
1982	2.255,770	+ 28,6%	1.167,280	+ 52,6%	554,850	+ 10,0%	533,640	+ 10,1%
1983	2.773,270	+ 22,9%	1.594,880	+ 36,6%	602,600	+ 8,6%	575,790	+ 7,9%
1984	2.918,250	+ 5,2%	1.739,500	+ 9,1%	596,570	- 1,0%	582,180	+ 1,1%
1985	2.985,900	+ 2,3%	1.759,190	+ 1,1%	613,640	+ 2,9%	613,070	+ 5,3%
1986	3.198,190	+ 7,1%	1.953,750	+ 11,1%	594,820	- 3,1%	649,620	+ 6,0%
1987	3.695,630	+ 15,6%	2.282,220	+ 16,8%	726,510	+ 22,1%	686,900	+ 5,7%
1988	3.791,450	+ 2,6%	2.351,020	+ 3,0%	748,160	+ 3,0%	692,270	+ 0,8%
1989	3.876,670	+ 2,2%	2.360,510	+ 0,4%	785,090	+ 4,9%	731,070	+ 5,6%
1990	3.719,690	- 4,0%	2.046,280	- 13,3%	857,170	+ 9,2%	816,240	+ 11,7%
1991	4.083,460	+ 9,8%	2.257,100	+ 10,3%	931,020	+ 8,6%	895,340	+ 9,7%
1992	4.105,130	+ 0,5%	2.190,900	- 2,9%	953,360	+ 2,4%	960,870	+ 7,3%
1993	4.177,680	+ 1,8%	2.183,570	- 0,3%	1.008,950	+ 5,8%	985,160	+ 2,5%
1994	4.172,260	- 0,1%	2.095,400	- 4,0%	1.064,610	+ 5,5%	1.012,250	+ 2,7%
1995	4.611,640	+ 10,5%	2.450,760	+ 17,0%	1.102,230	+ 3,5%	1.058,650	+ 4,6%
1996	4.710,380	+ 2,1%	2.546,390	+ 3,9%	1.088,300	- 1,3%	1.075,690	+ 1,6%
1997	4.792,740	+ 1,7%	2.715,570	+ 6,6%	1.008,080	- 7,4%	1.069,090	- 0,6%
1998	4.920,730	+ 2,7%	2.835,500	+ 4,4%	1.005,950	- 0,2%	1.079,280	+ 1,0%
1999	5.218,180	+ 6,0%	3.081,200	+ 8,7%	1.029,660	+ 2,4%	1.107,320	+ 2,6%
2000	4.895,290	- 6,2%	2.656,960	- 13,8%	1.084,320	+ 5,3%	1.154,010	+ 4,2%
2001	4.989,201	+ 1,9%	2.946,964	+ 10,9%	817,410	- 24,6%	1.224,827	+ 6,1%
2002	5.682,744	+ 13,9%	3.289,943	+ 11,6%	1.119,057	+ 36,9%	1.273,744	+ 4,0%
2003	6.677,850	+ 17,5%	4.286,977	+ 30,3%	1.112,834	- 0,6%	1.278,039	+ 0,3%
2004	6.714,844	+ 0,6%	4.301,197	+ 0,3%	1.107,173	- 0,5%	1.306,475	+ 2,2%
2005	6.558,572	- 2,3%	3.894,253	- 9,5%	1.260,355	+ 13,8%	1.403,964	+ 7,5%
2006	6.735,669	+ 2,7%	4.039,331	+ 3,7%	1.242,988	- 1,4%	1.453,350	+ 3,5%
2007	6.916,274	+ 2,7%	4.107,797	+ 1,7%	1.294,920	+ 4,2%	1.513,557	+ 4,1%
2008	7.458,658	+ 7,8%	4.478,111	+ 9,0%	1.381,803	+ 6,7%	1.598,744	+ 5,6%
2009	8.546,778	+ 14,6%	5.445,612	+ 21,6%	1.434,724	+ 3,8%	1.666,442	+ 4,2%
2010	8.751,494	+ 2,4%	5.494,215	+ 0,9%	1.564,952	+ 9,1%	1.692,327	+ 1,6%
2011	8.852,872	+ 1,2%	5.617,401	+ 2,2%	1.529,388	- 2,3%	1.706,083	+ 0,8%
2012	9.569,167	+ 8,1%	6.202,359	+ 10,4%	1.609,762	+ 5,3%	1.757,046	+ 3,0%
2013	9.659,696	+ 0,9%	6.406,379	+ 3,3%	1.461,154	- 9,2%	1.792,163	+ 2,0%
2014	10.067,657	+ 4,2%	6.510,195	+ 1,6%	1.729,976	+ 18,4%	1.827,485	+ 2,0%
2015	9.941,049	- 1,3%	6.357,096	- 2,4%	1.736,058	+ 0,4%	1.847,895	+ 1,1%
2016	9.855,761	- 0,9%	6.257,517	- 1,6%	1.723,193	- 0,7%	1.875,051	+ 1,5%
2017	9.536,231	- 3,2%	5.896,289	- 5,8%	1.768,089	+ 2,6%	1.871,852	- 0,2%
2018	9.396,958	- 1,5%	5.697,251	- 3,4%	1.823,676	+ 3,1%	1.876,032	+ 0,2%
2019	9.577,270	+ 1,9%	5.743,686	+ 0,8%	1.916,464	+ 5,1%	1.917,120	+ 2,2%
2020	11.251,139	+ 17,5%	6.942,789	+ 20,9%	2.297,261	+ 19,9%	2.011,089	+ 4,9%
2021	11.847,880	+ 5,3%	7.607,791	+ 9,6%	2.190,159	- 4,7%	2.049,930	+ 1,9%
2022	12.697,730	+ 7,2%	8.146,307	+ 7,1%	2.417,749	+ 10,4%	2.133,675	+ 4,1%
2023	14.153,810	+ 11,5%	9.058,539	+ 11,2%	2.836,346	+ 17,3%	2.258,925	+ 5,9%
2024	17.068,196	+ 20,6%	11.222,758	+ 23,9%	3.378,313	+ 19,1%	2.467,125	+ 9,2%
2025	19.385,725	+ 13,6%	13.094,732	+ 16,7%	3.697,168	+ 9,4%	2.593,825	+ 5,1%
2026	19.793,648	+ 2,1%	13.362,722	+ 2,0%	3.755,675	+ 1,6%	2.675,251	+ 3,1%
2027	20.949,113	+ 5,8%	14.207,190	+ 6,3%	3.961,815	+ 5,5%	2.780,108	+ 3,9%
2028	22.089,648	+ 5,4%	15.072,536	+ 6,1%	4.146,428	+ 4,7%	2.870,684	+ 3,3%
2029	23.526,258	+ 6,5%	16.228,033	+ 7,7%	4.343,890	+ 4,8%	2.954,335	+ 2,9%
2030	25.224,850	+ 7,2%	17.626,894	+ 8,6%	4.544,882	+ 4,6%	3.053,074	+ 3,3%

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

pv2510	BIP ab 1995 gem. ESVG 2010		Aufwendungen des Bundes *) lt. Ergebnisrechnung	
1970	27.316,260		7.021,000	
1971	30.494,970	+ 11,6%	7.741,000	+ 10,3%
1972	34.849,530	+ 14,3%	8.840,000	+ 14,2%
1973	39.494,780	+ 13,3%	9.846,000	+ 11,4%
1974	44.952,510	+ 13,8%	11.643,000	+ 18,3%
1975	47.682,100	+ 6,1%	13.750,000	+ 18,1%
1976	53.930,510	+ 13,1%	15.346,000	+ 11,6%
1977	59.660,040	+ 10,6%	16.328,000	+ 6,4%
1978	62.994,270	+ 5,6%	18.195,000	+ 11,4%
1979	68.740,510	+ 9,1%	19.632,000	+ 7,9%
1980	73.845,770	+ 7,4%	20.953,000	+ 6,7%
1981	78.613,110	+ 6,5%	22.913,000	+ 9,4%
1982	84.385,510	+ 7,3%	25.258,000	+ 10,2%
1983	89.923,910	+ 6,6%	27.778,000	+ 10,0%
1984	94.402,740	+ 5,0%	29.237,000	+ 5,3%
1985	99.496,380	+ 5,4%	31.468,000	+ 7,6%
1986	104.579,120	+ 5,1%	33.776,000	+ 7,3%
1987	108.582,660	+ 3,8%	34.836,000	+ 3,1%
1988	118.580,000	+ 9,2%	37.632,000	+ 8,0%
1989	126.840,000	+ 7,0%	39.292,000	+ 4,4%
1990	136.210,000	+ 7,4%	41.041,000	+ 4,5%
1991	146.080,000	+ 7,2%	45.047,000	+ 9,8%
1992	154.210,000	+ 5,6%	47.816,000	+ 6,1%
1993	159.160,000	+ 3,2%	50.848,000	+ 6,3%
1994	167.010,000	+ 4,9%	53.156,000	+ 4,5%
1995	175.916,998	+ 5,3%	55.565,000	+ 4,5%
1996	181.541,916	+ 3,2%	54.853,000	- 1,3%
1997	187.778,736	+ 3,4%	54.478,000	- 0,7%
1998	195.274,450	+ 4,0%	56.510,000	+ 3,7%
1999	203.064,920	+ 4,0%	57.249,000	+ 1,3%
2000	212.406,815	+ 4,6%	58.247,000	+ 1,7%
2001	219.373,302	+ 3,3%	60.409,000	+ 3,7%
2002	225.087,921	+ 2,6%	61.818,000	+ 2,3%
2003	230.541,872	+ 2,4%	61.387,000	- 0,7%
2004	240.541,727	+ 4,3%	64.977,000	+ 5,8%
2005	252.354,933	+ 4,9%	66.041,000	+ 1,6%
2006	265.933,651	+ 5,4%	70.561,000	+ 6,8%
2007	282.208,227	+ 6,1%	72.332,000	+ 2,5%
2008	291.846,203	+ 3,4%	80.298,000	+ 11,0%
2009	286.274,126	- 1,9%	69.457,000	- 13,5%
2010	294.050,606	+ 2,7%	67.287,000	- 3,1%
2011	308.167,045	+ 4,8%	67.814,000	+ 0,8%
2012	316.589,410	+ 2,7%	72.880,000	+ 7,5%
2013	321.191,709	+ 1,5%	78.110,000	+ 7,2%
2014	330.113,483	+ 2,8%	79.849,000	+ 2,2%
2015	342.083,540	+ 3,6%	79.201,000	- 0,8%
2016	355.665,600	+ 4,0%	82.809,000	+ 4,6%
2017	367.294,903	+ 3,3%	78.945,730	- 4,7%
2018	383.234,317	+ 4,3%	79.925,950	+ 1,2%
2019	395.706,770	+ 3,3%	81.001,760	+ 1,3%
2020	380.317,879	- 3,9%	100.129,230	+ 23,6%
2021	406.231,494	+ 6,8%	105.417,020	+ 5,3%
2022	449.382,186	+ 10,6%	106.463,710	+ 1,0%
2023	477.837,326	+ 6,3%	109.420,630	+ 2,8%
2024	494.087,556	+ 3,4%	119.329,710	+ 9,1%
2025	511.542,000	+ 3,5%		
2026	528.720,000	+ 3,4%		
2027	546.047,300	+ 3,3%		
2028	562.899,000	+ 3,1%		
2029	579.316,100	+ 2,9%		
2030	595.858,000	+ 2,9%		

*) bis 2012 Allgemeiner Haushalt lt. Bundesrechnungsabschluss

ab 2013: Aufwendungen (Ergebnishaushalt) lt. Bundesrechnungsabschluss (Rechnungshof)

Daten auf Basis der neuen Haushaltsrechtslage sind nur bedingt mit den Vorperioden vergleichbar (Zeitreihenbrüche: 2008/2009 und 2012/2013)

Erträge der PV in % des Bruttoinlandsproduktes

(ohne Bundesmittel)

pv2510	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	5,70%	5,38%	0,21%	0,11%
1971	5,85%	5,51%	0,20%	0,15%
1972	5,84%	5,52%	0,19%	0,14%
1973	6,00%	5,66%	0,21%	0,14%
1974	6,04%	5,71%	0,21%	0,13%
1975	6,38%	6,02%	0,22%	0,13%
1976	6,43%	6,09%	0,21%	0,14%
1977	6,41%	6,04%	0,22%	0,14%
1978	7,45%	7,01%	0,27%	0,17%
1979	7,40%	6,94%	0,29%	0,16%
1980	7,75%	7,25%	0,30%	0,21%
1981	7,85%	7,39%	0,26%	0,20%
1982	7,60%	7,17%	0,25%	0,18%
1983	7,39%	6,97%	0,24%	0,17%
1984	7,78%	7,28%	0,29%	0,21%
1985	7,91%	7,38%	0,31%	0,21%
1986	7,96%	7,38%	0,38%	0,21%
1987	7,88%	7,37%	0,30%	0,21%
1988	7,54%	7,04%	0,29%	0,21%
1989	7,53%	7,04%	0,29%	0,20%
1990	7,81%	7,35%	0,28%	0,19%
1991	7,80%	7,35%	0,27%	0,18%
1992	7,85%	7,39%	0,29%	0,18%
1993	7,99%	7,51%	0,29%	0,18%
1994	7,95%	7,46%	0,30%	0,18%
1995	7,83%	7,34%	0,31%	0,18%
1996	8,03%	7,50%	0,34%	0,19%
1997	7,98%	7,40%	0,39%	0,20%
1998	7,95%	7,36%	0,40%	0,20%
1999	7,93%	7,33%	0,41%	0,19%
2000	8,20%	7,61%	0,40%	0,19%
2001	8,32%	7,59%	0,54%	0,19%
2002	8,11%	7,50%	0,42%	0,18%
2003	7,80%	7,17%	0,45%	0,19%
2004	7,74%	7,10%	0,46%	0,18%
2005	7,78%	7,22%	0,41%	0,15%
2006	7,74%	7,18%	0,43%	0,14%
2007	7,68%	7,12%	0,42%	0,13%
2008	7,77%	7,22%	0,42%	0,13%
2009	8,10%	7,50%	0,46%	0,14%
2010	8,24%	7,66%	0,44%	0,13%
2011	8,18%	7,58%	0,46%	0,13%
2012	8,24%	7,64%	0,47%	0,13%
2013	8,54%	7,85%	0,55%	0,14%
2014	8,61%	7,97%	0,51%	0,13%
2015	8,65%	7,98%	0,53%	0,14%
2016	8,67%	7,98%	0,55%	0,13%
2017	8,71%	8,02%	0,55%	0,13%
2018	8,78%	8,08%	0,56%	0,14%
2019	8,94%	8,23%	0,57%	0,14%
2020	9,46%	8,77%	0,56%	0,14%
2021	9,28%	8,54%	0,61%	0,13%
2022	8,87%	8,18%	0,57%	0,12%
2023	9,01%	8,34%	0,56%	0,12%
2024	9,41%	8,73%	0,57%	0,11%
2025	9,51%	8,81%	0,59%	0,11%
2026	9,65%	8,91%	0,62%	0,12%
2027	9,70%	8,96%	0,62%	0,12%
2028	9,72%	8,98%	0,63%	0,12%
2029	9,72%	8,98%	0,63%	0,11%
2030	9,72%	8,98%	0,64%	0,11%

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Aufwendungen der PV in % des Bruttoinlandsproduktes
(ohne AZ)

pv2510	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	7,53%	6,80%	0,48%	0,25%
1971	7,63%	6,82%	0,49%	0,32%
1972	7,52%	6,64%	0,50%	0,37%
1973	7,42%	6,51%	0,53%	0,38%
1974	7,65%	6,65%	0,58%	0,42%
1975	8,44%	7,32%	0,65%	0,48%
1976	8,89%	7,72%	0,68%	0,50%
1977	8,74%	7,46%	0,71%	0,57%
1978	9,15%	7,77%	0,75%	0,63%
1979	9,17%	7,76%	0,77%	0,65%
1980	9,29%	7,85%	0,80%	0,65%
1981	9,48%	8,01%	0,82%	0,66%
1982	9,69%	8,21%	0,82%	0,66%
1983	9,91%	8,41%	0,84%	0,66%
1984	10,21%	8,68%	0,85%	0,67%
1985	10,37%	8,81%	0,86%	0,69%
1986	10,53%	8,96%	0,88%	0,69%
1987	10,84%	9,22%	0,92%	0,71%
1988	10,33%	8,79%	0,87%	0,67%
1989	10,22%	8,69%	0,86%	0,66%
1990	10,14%	8,62%	0,86%	0,66%
1991	10,18%	8,65%	0,87%	0,66%
1992	10,22%	8,68%	0,87%	0,67%
1993	10,15%	8,61%	0,88%	0,66%
1994	9,95%	8,42%	0,89%	0,64%
1995	9,99%	8,45%	0,89%	0,65%
1996	10,19%	8,64%	0,89%	0,66%
1997	10,10%	8,58%	0,88%	0,64%
1998	10,07%	8,56%	0,87%	0,63%
1999	10,13%	8,62%	0,88%	0,63%
2000	10,16%	8,66%	0,88%	0,63%
2001	10,20%	8,68%	0,88%	0,65%
2002	10,23%	8,70%	0,89%	0,64%
2003	10,23%	8,71%	0,89%	0,64%
2004	10,20%	8,68%	0,90%	0,62%
2005	10,06%	8,57%	0,88%	0,61%
2006	9,95%	8,49%	0,87%	0,60%
2007	9,80%	8,37%	0,85%	0,58%
2008	10,00%	8,54%	0,87%	0,59%
2009	10,74%	9,17%	0,94%	0,63%
2010	10,88%	9,30%	0,95%	0,62%
2011	10,73%	9,19%	0,94%	0,61%
2012	10,95%	9,38%	0,95%	0,61%
2013	11,23%	9,63%	0,98%	0,62%
2014	11,35%	9,73%	1,01%	0,61%
2015	11,27%	9,64%	1,02%	0,61%
2016	11,17%	9,55%	1,02%	0,60%
2017	11,04%	9,44%	1,02%	0,58%
2018	10,98%	9,39%	1,02%	0,57%
2019	11,11%	9,51%	1,04%	0,57%
2020	12,14%	10,40%	1,14%	0,61%
2021	11,93%	10,22%	1,13%	0,58%
2022	11,45%	9,82%	1,09%	0,55%
2023	11,73%	10,05%	1,13%	0,54%
2024	12,61%	10,81%	1,23%	0,57%
2025	13,05%	11,18%	1,29%	0,58%
2026	13,14%	11,25%	1,31%	0,58%
2027	13,29%	11,38%	1,33%	0,58%
2028	13,40%	11,47%	1,34%	0,59%
2029	13,54%	11,59%	1,36%	0,59%
2030	13,72%	11,75%	1,38%	0,59%

Stand: 10.10.25

Gesamtaufwendungen der PV in % des Bruttoinlandsproduktes

(Aufwendungen und AZ)

pv2510	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	8,02%	7,17%	0,60%	0,25%
1971	8,25%	7,21%	0,62%	0,42%
1972	8,17%	7,03%	0,62%	0,52%
1973	8,05%	6,89%	0,64%	0,52%
1974	8,26%	7,01%	0,69%	0,56%
1975	9,09%	7,70%	0,76%	0,63%
1976	9,52%	8,09%	0,79%	0,65%
1977	9,34%	7,81%	0,81%	0,72%
1978	9,76%	8,12%	0,84%	0,79%
1979	9,75%	8,09%	0,86%	0,80%
1980	9,85%	8,17%	0,88%	0,80%
1981	10,02%	8,32%	0,90%	0,81%
1982	10,22%	8,51%	0,90%	0,81%
1983	10,42%	8,70%	0,91%	0,81%
1984	10,71%	8,96%	0,92%	0,82%
1985	10,83%	9,08%	0,93%	0,83%
1986	10,98%	9,21%	0,94%	0,83%
1987	11,27%	9,46%	0,97%	0,84%
1988	10,73%	9,02%	0,92%	0,79%
1989	10,58%	8,90%	0,91%	0,77%
1990	10,53%	8,84%	0,91%	0,79%
1991	10,59%	8,89%	0,91%	0,79%
1992	10,65%	8,93%	0,92%	0,81%
1993	10,62%	8,88%	0,93%	0,80%
1994	10,45%	8,72%	0,94%	0,79%
1995	10,45%	8,73%	0,93%	0,78%
1996	10,62%	8,90%	0,94%	0,78%
1997	10,53%	8,84%	0,92%	0,77%
1998	10,47%	8,81%	0,91%	0,75%
1999	10,50%	8,85%	0,91%	0,74%
2000	10,51%	8,87%	0,91%	0,73%
2001	10,60%	8,94%	0,91%	0,75%
2002	10,64%	8,97%	0,92%	0,75%
2003	10,70%	9,03%	0,93%	0,74%
2004	10,53%	8,89%	0,92%	0,72%
2005	10,38%	8,77%	0,91%	0,70%
2006	10,27%	8,70%	0,89%	0,69%
2007	10,13%	8,58%	0,88%	0,67%
2008	10,33%	8,76%	0,89%	0,68%
2009	11,09%	9,40%	0,96%	0,72%
2010	11,21%	9,53%	0,98%	0,71%
2011	11,05%	9,40%	0,96%	0,68%
2012	11,26%	9,60%	0,98%	0,69%
2013	11,55%	9,85%	1,01%	0,69%
2014	11,66%	9,94%	1,03%	0,69%
2015	11,55%	9,84%	1,04%	0,68%
2016	11,44%	9,74%	1,04%	0,66%
2017	11,31%	9,63%	1,04%	0,64%
2018	11,23%	9,57%	1,04%	0,63%
2019	11,36%	9,68%	1,06%	0,62%
2020	12,42%	10,59%	1,16%	0,67%
2021	12,20%	10,41%	1,15%	0,64%
2022	11,70%	9,99%	1,11%	0,60%
2023	11,97%	10,23%	1,15%	0,59%
2024	12,86%	11,00%	1,25%	0,61%
2025	13,30%	11,37%	1,31%	0,62%
2026	13,39%	11,44%	1,33%	0,62%
2027	13,54%	11,56%	1,35%	0,63%
2028	13,65%	11,66%	1,36%	0,63%
2029	13,78%	11,78%	1,38%	0,62%
2030	13,96%	11,93%	1,40%	0,63%

Bundesbeitrag zur PV in % des Bruttoinlandsproduktes

(gesamt; ohne AZ)

pv2510	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	2,02%	1,55%	0,27%	0,19%
1971	1,95%	1,47%	0,30%	0,18%
1972	1,86%	1,29%	0,33%	0,24%
1973	1,77%	1,19%	0,33%	0,25%
1974	1,96%	1,29%	0,38%	0,30%
1975	2,43%	1,64%	0,44%	0,35%
1976	2,45%	1,60%	0,48%	0,38%
1977	2,58%	1,64%	0,50%	0,43%
1978	1,89%	0,93%	0,48%	0,47%
1979	1,94%	0,97%	0,48%	0,49%
1980	1,64%	0,69%	0,51%	0,45%
1981	1,69%	0,66%	0,56%	0,47%
1982	2,14%	1,08%	0,58%	0,48%
1983	2,57%	1,48%	0,60%	0,49%
1984	2,59%	1,56%	0,56%	0,47%
1985	2,53%	1,50%	0,55%	0,48%
1986	2,62%	1,62%	0,51%	0,49%
1987	2,97%	1,86%	0,61%	0,50%
1988	2,80%	1,75%	0,58%	0,46%
1989	2,69%	1,65%	0,57%	0,47%
1990	2,34%	1,28%	0,58%	0,47%
1991	2,39%	1,31%	0,59%	0,48%
1992	2,23%	1,17%	0,57%	0,49%
1993	2,16%	1,10%	0,58%	0,48%
1994	2,01%	0,96%	0,59%	0,46%
1995	2,16%	1,11%	0,58%	0,47%
1996	2,16%	1,14%	0,55%	0,46%
1997	2,12%	1,18%	0,49%	0,44%
1998	2,11%	1,21%	0,48%	0,43%
1999	2,20%	1,29%	0,47%	0,43%
2000	1,96%	1,04%	0,48%	0,44%
2001	1,87%	1,08%	0,34%	0,45%
2002	2,12%	1,20%	0,46%	0,46%
2003	2,43%	1,54%	0,44%	0,45%
2004	2,45%	1,58%	0,43%	0,44%
2005	2,28%	1,34%	0,47%	0,46%
2006	2,21%	1,32%	0,44%	0,46%
2007	2,12%	1,24%	0,43%	0,45%
2008	2,22%	1,32%	0,45%	0,46%
2009	2,64%	1,67%	0,48%	0,49%
2010	2,64%	1,64%	0,51%	0,49%
2011	2,56%	1,61%	0,47%	0,47%
2012	2,71%	1,75%	0,49%	0,48%
2013	2,69%	1,78%	0,43%	0,48%
2014	2,74%	1,76%	0,50%	0,48%
2015	2,62%	1,66%	0,49%	0,47%
2016	2,50%	1,57%	0,47%	0,46%
2017	2,33%	1,42%	0,46%	0,45%
2018	2,20%	1,31%	0,46%	0,43%
2019	2,17%	1,27%	0,47%	0,43%
2020	2,68%	1,63%	0,58%	0,47%
2021	2,65%	1,68%	0,52%	0,45%
2022	2,58%	1,64%	0,52%	0,43%
2023	2,72%	1,72%	0,57%	0,43%
2024	3,20%	2,08%	0,66%	0,45%
2025	3,53%	2,37%	0,70%	0,46%
2026	3,49%	2,34%	0,69%	0,46%
2027	3,59%	2,41%	0,71%	0,47%
2028	3,68%	2,49%	0,72%	0,47%
2029	3,82%	2,62%	0,73%	0,47%
2030	3,99%	2,77%	0,74%	0,48%

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Stand:
10.10.25

Bundesmittel zur PV in % des Bruttoinlandsproduktes

(Bundesbeitrag gesamt und AZ)

pv2510	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	2,51%	1,93%	0,39%	0,19%
1971	2,57%	1,86%	0,43%	0,28%
1972	2,52%	1,69%	0,45%	0,38%
1973	2,40%	1,57%	0,44%	0,39%
1974	2,58%	1,65%	0,49%	0,44%
1975	3,08%	2,03%	0,55%	0,50%
1976	3,08%	1,96%	0,58%	0,53%
1977	3,18%	2,00%	0,60%	0,58%
1978	2,49%	1,29%	0,58%	0,63%
1979	2,52%	1,31%	0,57%	0,64%
1980	2,19%	1,01%	0,59%	0,60%
1981	2,23%	0,97%	0,64%	0,62%
1982	2,67%	1,38%	0,66%	0,63%
1983	3,08%	1,77%	0,67%	0,64%
1984	3,09%	1,84%	0,63%	0,62%
1985	3,00%	1,77%	0,62%	0,62%
1986	3,06%	1,87%	0,57%	0,62%
1987	3,40%	2,10%	0,67%	0,63%
1988	3,20%	1,98%	0,63%	0,58%
1989	3,06%	1,86%	0,62%	0,58%
1990	2,73%	1,50%	0,63%	0,60%
1991	2,80%	1,55%	0,64%	0,61%
1992	2,66%	1,42%	0,62%	0,62%
1993	2,62%	1,37%	0,63%	0,62%
1994	2,50%	1,25%	0,64%	0,61%
1995	2,62%	1,39%	0,63%	0,60%
1996	2,59%	1,40%	0,60%	0,59%
1997	2,55%	1,45%	0,54%	0,57%
1998	2,52%	1,45%	0,52%	0,55%
1999	2,57%	1,52%	0,51%	0,55%
2000	2,30%	1,25%	0,51%	0,54%
2001	2,27%	1,34%	0,37%	0,56%
2002	2,52%	1,46%	0,50%	0,57%
2003	2,90%	1,86%	0,48%	0,55%
2004	2,79%	1,79%	0,46%	0,54%
2005	2,60%	1,54%	0,50%	0,56%
2006	2,53%	1,52%	0,47%	0,55%
2007	2,45%	1,46%	0,46%	0,54%
2008	2,56%	1,53%	0,47%	0,55%
2009	2,99%	1,90%	0,50%	0,58%
2010	2,98%	1,87%	0,53%	0,58%
2011	2,87%	1,82%	0,50%	0,55%
2012	3,02%	1,96%	0,51%	0,55%
2013	3,01%	1,99%	0,45%	0,56%
2014	3,05%	1,97%	0,52%	0,55%
2015	2,91%	1,86%	0,51%	0,54%
2016	2,77%	1,76%	0,48%	0,53%
2017	2,60%	1,61%	0,48%	0,51%
2018	2,45%	1,49%	0,48%	0,49%
2019	2,42%	1,45%	0,48%	0,48%
2020	2,96%	1,83%	0,60%	0,53%
2021	2,92%	1,87%	0,54%	0,50%
2022	2,83%	1,81%	0,54%	0,47%
2023	2,96%	1,90%	0,59%	0,47%
2024	3,45%	2,27%	0,68%	0,50%
2025	3,79%	2,56%	0,72%	0,51%
2026	3,74%	2,53%	0,71%	0,51%
2027	3,84%	2,60%	0,73%	0,51%
2028	3,92%	2,68%	0,74%	0,51%
2029	4,06%	2,80%	0,75%	0,51%
2030	4,23%	2,96%	0,76%	0,51%

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Bundesbeitrag zur PV in % der Aufwendungen des Bundes

(gesamt; ohne AZ)

pv2510	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	7,84%	6,04%	1,05%	0,75%
1971	7,69%	5,80%	1,20%	0,69%
1972	7,34%	5,10%	1,29%	0,95%
1973	7,09%	4,77%	1,31%	1,01%
1974	7,59%	4,97%	1,46%	1,15%
1975	8,42%	5,69%	1,52%	1,21%
1976	8,61%	5,61%	1,67%	1,32%
1977	9,41%	6,00%	1,83%	1,58%
1978	6,53%	3,24%	1,68%	1,62%
1979	6,80%	3,40%	1,69%	1,70%
1980	5,78%	2,42%	1,78%	1,58%
1981	5,80%	2,27%	1,93%	1,60%
1982	7,16%	3,59%	1,94%	1,62%
1983	8,33%	4,80%	1,94%	1,60%
1984	8,37%	5,03%	1,82%	1,52%
1985	8,01%	4,75%	1,75%	1,51%
1986	8,10%	5,00%	1,58%	1,51%
1987	9,27%	5,79%	1,91%	1,57%
1988	8,81%	5,52%	1,83%	1,46%
1989	8,69%	5,33%	1,85%	1,50%
1990	7,75%	4,26%	1,94%	1,56%
1991	7,74%	4,26%	1,92%	1,56%
1992	7,18%	3,77%	1,84%	1,57%
1993	6,77%	3,44%	1,83%	1,50%
1994	6,31%	3,02%	1,84%	1,45%
1995	6,83%	3,53%	1,83%	1,48%
1996	7,13%	3,76%	1,83%	1,53%
1997	7,30%	4,07%	1,70%	1,53%
1998	7,30%	4,17%	1,64%	1,49%
1999	7,79%	4,59%	1,67%	1,53%
2000	7,14%	3,80%	1,74%	1,60%
2001	6,80%	3,94%	1,22%	1,64%
2002	7,70%	4,35%	1,68%	1,67%
2003	9,12%	5,78%	1,66%	1,67%
2004	9,09%	5,85%	1,60%	1,64%
2005	8,70%	5,12%	1,81%	1,77%
2006	8,34%	4,96%	1,67%	1,72%
2007	8,28%	4,84%	1,69%	1,74%
2008	8,08%	4,78%	1,63%	1,67%
2009	10,89%	6,90%	1,96%	2,03%
2010	11,55%	7,18%	2,22%	2,14%
2011	11,62%	7,30%	2,16%	2,16%
2012	11,78%	7,58%	2,12%	2,08%
2013	11,08%	7,31%	1,78%	1,98%
2014	11,33%	7,27%	2,08%	1,99%
2015	11,30%	7,16%	2,11%	2,04%
2016	10,73%	6,74%	2,00%	1,99%
2017	10,84%	6,60%	2,15%	2,09%
2018	10,53%	6,26%	2,20%	2,08%
2019	10,61%	6,22%	2,28%	2,11%
2020	10,19%	6,18%	2,22%	1,79%
2021	10,22%	6,48%	2,00%	1,74%
2022	10,91%	6,92%	2,19%	1,80%
2023	11,87%	7,50%	2,51%	1,86%
2024	13,25%	8,63%	2,75%	1,88%

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Bundesmittel zur PV in % der Aufwendungen des Bundes

(Bundesbeitrag gesamt und AZ)

pv2510	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	9,76%	7,49%	1,52%	0,75%
1971	10,12%	7,34%	1,68%	1,10%
1972	9,93%	6,66%	1,76%	1,51%
1973	9,62%	6,29%	1,77%	1,56%
1974	9,96%	6,38%	1,88%	1,69%
1975	10,68%	7,02%	1,91%	1,74%
1976	10,81%	6,90%	2,05%	1,86%
1977	11,61%	7,29%	2,19%	2,14%
1978	8,64%	4,46%	2,01%	2,17%
1979	8,83%	4,58%	2,00%	2,25%
1980	7,73%	3,55%	2,07%	2,11%
1981	7,65%	3,34%	2,20%	2,12%
1982	8,93%	4,62%	2,20%	2,11%
1983	9,98%	5,74%	2,17%	2,07%
1984	9,98%	5,95%	2,04%	1,99%
1985	9,49%	5,59%	1,95%	1,95%
1986	9,47%	5,78%	1,76%	1,92%
1987	10,61%	6,55%	2,09%	1,97%
1988	10,08%	6,25%	1,99%	1,84%
1989	9,87%	6,01%	2,00%	1,86%
1990	9,06%	4,99%	2,09%	1,99%
1991	9,06%	5,01%	2,07%	1,99%
1992	8,59%	4,58%	1,99%	2,01%
1993	8,22%	4,29%	1,98%	1,94%
1994	7,85%	3,94%	2,00%	1,90%
1995	8,30%	4,41%	1,98%	1,91%
1996	8,59%	4,64%	1,98%	1,96%
1997	8,80%	4,98%	1,85%	1,96%
1998	8,71%	5,02%	1,78%	1,91%
1999	9,11%	5,38%	1,80%	1,93%
2000	8,40%	4,56%	1,86%	1,98%
2001	8,26%	4,88%	1,35%	2,03%
2002	9,19%	5,32%	1,81%	2,06%
2003	10,88%	6,98%	1,81%	2,08%
2004	10,33%	6,62%	1,70%	2,01%
2005	9,93%	5,90%	1,91%	2,13%
2006	9,55%	5,72%	1,76%	2,06%
2007	9,56%	5,68%	1,79%	2,09%
2008	9,29%	5,58%	1,72%	1,99%
2009	12,31%	7,84%	2,07%	2,40%
2010	13,01%	8,17%	2,33%	2,52%
2011	13,05%	8,28%	2,26%	2,52%
2012	13,13%	8,51%	2,21%	2,41%
2013	12,37%	8,20%	1,87%	2,29%
2014	12,61%	8,15%	2,17%	2,29%
2015	12,55%	8,03%	2,19%	2,33%
2016	11,90%	7,56%	2,08%	2,26%
2017	12,08%	7,47%	2,24%	2,37%
2018	11,76%	7,13%	2,28%	2,35%
2019	11,82%	7,09%	2,37%	2,37%
2020	11,24%	6,93%	2,29%	2,01%
2021	11,24%	7,22%	2,08%	1,94%
2022	11,93%	7,65%	2,27%	2,00%
2023	12,94%	8,28%	2,59%	2,06%
2024	14,30%	9,40%	2,83%	2,07%

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Stand:
10.10.25

Deckungsrate der Aufwendungen der PV durch Bundesbeiträge

(ohne AZ)

pv2510	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	26,77%	22,85%	56,15%	76,50%
1971	25,58%	21,60%	61,42%	54,99%
1972	24,77%	19,49%	64,75%	64,60%
1973	23,83%	18,27%	61,98%	65,85%
1974	25,69%	19,38%	65,55%	70,71%
1975	28,76%	22,45%	67,22%	73,25%
1976	27,53%	20,69%	70,07%	75,78%
1977	29,49%	22,02%	70,49%	76,14%
1978	20,62%	12,03%	64,68%	74,09%
1979	21,17%	12,54%	62,68%	75,23%
1980	17,65%	8,77%	63,41%	68,67%
1981	17,83%	8,26%	68,89%	70,75%
1982	22,10%	13,11%	70,58%	73,18%
1983	25,98%	17,62%	71,65%	74,19%
1984	25,40%	17,94%	66,10%	69,71%
1985	24,45%	17,03%	64,23%	69,48%
1986	24,83%	18,04%	57,81%	70,50%
1987	27,43%	20,14%	66,98%	70,93%
1988	27,06%	19,93%	66,63%	69,15%
1989	26,34%	19,00%	66,55%	70,28%
1990	23,04%	14,87%	67,92%	71,57%
1991	23,43%	15,17%	68,22%	72,71%
1992	21,79%	13,47%	65,44%	72,82%
1993	21,30%	12,78%	66,44%	72,22%
1994	20,16%	11,40%	65,83%	71,80%
1995	21,62%	13,18%	65,23%	71,86%
1996	21,16%	13,16%	62,21%	70,75%
1997	20,98%	13,77%	56,04%	69,37%
1998	20,98%	14,09%	54,41%	68,26%
1999	21,69%	15,00%	53,68%	69,01%
2000	19,26%	12,03%	54,36%	69,96%
2001	18,34%	12,49%	38,36%	69,72%
2002	20,68%	13,74%	52,10%	71,31%
2003	23,73%	17,69%	49,82%	70,14%
2004	24,07%	18,19%	48,18%	71,25%
2005	22,64%	15,65%	53,71%	75,82%
2006	22,23%	15,49%	50,94%	76,50%
2007	21,65%	14,84%	50,80%	77,00%
2008	22,24%	15,41%	51,59%	77,94%
2009	24,60%	18,24%	50,79%	78,06%
2010	24,29%	17,67%	53,41%	78,60%
2011	23,82%	17,49%	50,58%	78,34%
2012	24,76%	18,60%	51,05%	78,17%
2013	23,98%	18,46%	44,07%	78,07%
2014	24,15%	18,07%	49,82%	78,51%
2015	23,23%	17,20%	47,80%	77,45%
2016	22,37%	16,43%	45,70%	77,60%
2017	21,10%	15,02%	45,50%	77,39%
2018	20,02%	13,91%	44,89%	76,18%
2019	19,55%	13,39%	44,92%	76,16%
2020	22,08%	15,66%	51,22%	77,15%
2021	22,22%	16,45%	45,96%	77,30%
2022	22,56%	16,69%	47,60%	77,87%
2023	23,18%	17,08%	50,73%	78,58%
2024	25,39%	19,27%	53,76%	80,25%
2025	27,09%	21,20%	54,36%	80,30%
2026	26,58%	20,79%	52,87%	79,78%
2027	27,00%	21,22%	53,15%	80,01%
2028	27,45%	21,72%	53,34%	80,21%
2029	28,20%	22,57%	53,64%	80,45%
2030	29,11%	23,61%	53,92%	80,83%

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR

Stand:
10.10.25

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der PV durch Bundesmittel

(inkl. AZ)

pv2510	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	31,27%	26,85%	64,99%	76,50%
1971	31,16%	25,86%	69,07%	66,03%
1972	30,82%	24,01%	71,54%	74,35%
1973	29,81%	22,78%	68,73%	74,89%
1974	31,22%	23,57%	71,01%	78,03%
1975	33,86%	26,30%	72,08%	79,78%
1976	32,31%	24,29%	74,12%	81,54%
1977	34,04%	25,55%	74,08%	81,14%
1978	25,57%	15,85%	68,65%	79,32%
1979	25,85%	16,15%	66,51%	80,07%
1980	22,27%	12,33%	66,86%	74,57%
1981	22,26%	11,70%	71,65%	76,14%
1982	26,15%	16,25%	73,06%	78,10%
1983	29,60%	20,38%	73,86%	78,87%
1984	28,87%	20,55%	68,57%	75,10%
1985	27,70%	19,47%	66,63%	74,58%
1986	27,86%	20,29%	60,42%	75,22%
1987	30,20%	22,22%	68,85%	75,42%
1988	29,79%	21,98%	68,46%	73,82%
1989	28,88%	20,91%	68,21%	74,53%
1990	25,92%	16,99%	69,53%	76,22%
1991	26,39%	17,39%	69,84%	77,22%
1992	24,98%	15,91%	67,25%	77,39%
1993	24,73%	15,44%	68,26%	77,08%
1994	23,92%	14,39%	67,72%	76,99%
1995	25,09%	15,96%	67,02%	76,73%
1996	24,42%	15,75%	64,03%	75,56%
1997	24,23%	16,35%	58,11%	74,39%
1998	24,06%	16,49%	56,39%	73,44%
1999	24,48%	17,15%	55,49%	73,74%
2000	21,93%	14,11%	55,96%	74,30%
2001	21,45%	15,03%	40,80%	74,03%
2002	23,73%	16,30%	53,94%	75,43%
2003	27,08%	20,60%	52,01%	74,50%
2004	26,50%	20,12%	49,78%	75,22%
2005	25,04%	17,60%	55,05%	79,03%
2006	24,65%	17,47%	52,34%	79,63%
2007	24,20%	16,96%	52,22%	80,09%
2008	24,74%	17,52%	52,93%	80,81%
2009	26,93%	20,23%	52,07%	80,79%
2010	26,54%	19,61%	54,54%	81,16%
2011	26,00%	19,38%	51,72%	80,85%
2012	26,84%	20,41%	52,11%	80,59%
2013	26,04%	20,25%	45,24%	80,45%
2014	26,16%	19,84%	50,82%	80,80%
2015	25,15%	18,89%	48,79%	79,73%
2016	24,22%	18,06%	46,67%	79,76%
2017	22,97%	16,67%	46,49%	79,53%
2018	21,83%	15,54%	45,85%	78,30%
2019	21,31%	14,99%	45,84%	78,15%
2020	23,82%	17,23%	52,07%	79,16%
2021	23,91%	17,98%	46,92%	79,21%
2022	24,16%	18,15%	48,47%	79,66%
2023	24,74%	18,53%	51,53%	80,24%
2024	26,86%	20,66%	54,50%	81,72%
2025	28,49%	22,52%	55,07%	81,69%
2026	27,96%	22,09%	53,58%	81,16%
2027	28,34%	22,50%	53,84%	81,33%
2028	28,76%	22,97%	54,01%	81,48%
2029	29,46%	23,78%	54,30%	81,66%
2030	30,33%	24,79%	54,56%	81,97%

2017 ohne Überweisungsbetrag der Bank Austria AG an die PVA in Höhe von 768 Mio. EUR